

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Alfred Schaefer/Walter Uhlmann/  
Edu Wald/Bodo Gerstenberg  
Die Widerstandskämpfer  
im Zuchthaus  
Brandenburg-Görden  
1933—1945

Ulrich Popplow  
Schulalltag im Dritten Reich  
Fallstudie über ein  
Göttinger Gymnasium

ISSN 0479-611 X

B 18/80

3. Mai 1980

Alfred Schaefer, Dr. phil., geb. 1907; 1935 Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Zuchthaus; in der Berliner Erwachsenenbildung tätig.

Veröffentlichungen: David Hume — Philosophie und Politik, Meisenheim 1963; Macht und Protest, Meisenheim 1968; Die alten und die jungen Moralisten, München 1971; Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften; ständige Mitarbeit am Philosophischen Literaturanzeiger.

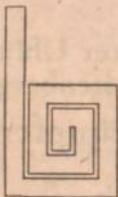
Walter Uhlmann, geb. 1904 in Leipzig; erlernter Beruf Feinmechaniker; 1919 Eintritt in die Freie Sozialistische Jugend, Vorläufer des KJVD; seit 1920 Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes; 1937—1945 Zuchthaus; 1945—1953 Leiter der Fahrbereitschaft der Berliner Verkehrsbetriebe; 1953 Flucht in die Bundesrepublik; 1955—1969 Redakteur bei der IG Metall.

Edu Wald, geb. 1905 in Kiel, gestorben 1978; Gärtnerlehre; mit 19 Jahren Eintritt in die KPD; 1926—1929 Redakteur an der hannoverschen KPD-Zeitung; wegen Opposition gegen die ultralinke Politik der Partei 1929 entlassen; dann Fabrikarbeiter; 1948 Austritt aus der KPD Westdeutschlands; ab 1950 Redakteur beim DGB.

Bodo Gerstenberg, geb. 1916 in Berlin; Studium an der Hochschule für bildende Künste, Berlin; 1938 Hochverratsprozeß vor dem Volksgerichtshof; berufliche Tätigkeit als Pressezeichner, politischer Karikaturist, freier Grafiker.

Ulrich Popplow, geb. 1925; Oberstudienrat am Felix-Klein-Gymnasium in Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Leibesübungen und Leibeserziehung in der griechischen Antike, Schorndorf 1972<sup>3</sup>; Ursprung und Anfänge der Leibesübung, in: Olympisches Feuer 1955, H. 1 u. 2; Stierspiele in Altkreta, in: Die Leibeserziehung 1964, H. 2; Reinhard Heydrich oder Die Aufnordung durch den Sport, in: Olympisches Feuer 1963, H. 8; Wozu Sportgeschichte?, in: Sportwissenschaft im Aufriß (hrsg. v. H. Nattkämper), Saarbrücken 1974, S. 22ff.; Göttingen in der Novemberrevolution 1918/19, in: Göttinger Jahrbücher 24, 1976, S. 205ff.; Die Machtergreifung in Augenzeugenberichten. Göttingen 1932—1935, in: Göttinger Jahrbücher 25, 1977, S. 157ff.; Göttingen 1932—1935. Ein Nachtrag, in: Göttinger Jahrbücher 27, 1979, S. 189ff.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul  
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-  
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT ein-  
schließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77  
Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zu-  
sätzlich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen  
keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter-  
richtung und Urteilsbildung.

# Die Widerstandskämpfer im Zuchthaus Brandenburg-Görden 1933—1945

Alfred Schaefer: Einleitung

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik und die Errichtung der Hitler-Diktatur sind von der deutschen Geschichtsschreibung gründlich behandelt worden — allerdings mit stark unterschiedlichen Akzentsetzungen in der Bundesrepublik Deutschland auf der einen und in der Deutschen Demokratischen Republik auf der anderen Seite. Es sind gleichsam zwei entgegengesetzte Erinnerungskomplexe, in denen das Schicksal des Reiches sich erhalten hat. Gleiches gilt auch für die Erinnerung an die in politischen Prozessen Verurteilten, deren eigene Zeugnisse bisher nicht sehr bekannt geworden sind. Von der DDR-Geschichtsschreibung werden diese Widerstandskämpfer entweder umstandslos der SED zugerechnet oder totgeschwiegen. In der Bundesrepublik hingegen hat sich das öffentliche Interesse bisher vor allem auf die Verschwörung des Grafen Stauffenberg konzentriert. So gerieten die Gefangenen, die Jahre in den Zuchthäusern zubringen mußten und Gefährten der Hingerichteten waren, fast in Vergessenheit. Eine Darstellung der Situation der politischen Gefangenen im Zuchthaus Brandenburg-Görden in den Jahren 1933—1945 ist also an der Zeit.

Die Verurteilten sind nicht nur einer Partei zuzurechnen. Das vielfältige politische Spektrum der Weimarer Republik prägte die Herkunft und Tätigkeit der Antifaschisten. Einigkeit herrschte aber über das Ziel: Beseitigung der Hitler-Diktatur und Wiederherstellung der Grundrechte, die der Reichspräsident von Hindenburg in der ihm von Hitler vorgelegten Notverordnung „zum Schutz von Volk und Reich“ am 28. Februar 1933 aufgehoben hatte. Diese Notverordnung blieb bis Mai 1945 in Kraft. Ein großer Teil der Widerstandskämpfer ist auf der „Rechtsgrundlage“ dieser Verordnung hingerichtet worden.

Das politische Spektrum der Weimarer Republik war durch die Vielzahl der Parteien, die sich um Reichstagsmandate bewarben, unübersichtlich geworden und klärte sich erst nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Stand eine kommunistische Gruppierung wie die 1928 sich gegen die stalinistische Linie der KPD richtende KPO oder die ihr nahestehende trotzkistische Organisation für die Öffentlichkeit im Schatten der Millionenpartei der Moskau-treuen Kommunisten unter Thälmann und Ulbricht und stand die 1931 aus dem linken Flügel der SPD hervorgegangene SAP im Schatten der großen Sozialdemokratischen Partei unter Otto Wels, so glich der gegen alle Antifaschisten gleicherweise gerichtete Terror die Größenunterschiede aus. Jetzt wurde die neu-formierte Gruppe „Neu-Beginnen“ ebenso wichtig wie die ehemaligen parlamentarischen Parteien. Beispielgebend für viele andere formulierte „Neu-Beginnen“ als ihr unmittelbares politisches Kampfziel „die Niederbringung des faschistischen Staatssystems und seine Ersetzung durch die breitesten Freiheitsrechte der Volksmassen in einem demokratischen Regime“<sup>1)</sup>. Diese Gruppe hat große Opfer gebracht, sie hat mehr als 30 Hinrichtungen und hohe Zuchthausstrafen hinnehmen müssen. Ihr nahe standen die „Sozialistische Front“ in Hannover und der „Rote Stoßtrupp“ in Berlin. Die Bewahrung der Rechte des einzelnen auch im Sozialismus war das Anliegen des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes ISK, der sich auf die Ethik des Philosophen Leonard Nelson berief. Viele ISK-Anhänger kamen ins Zuchthaus; ihr Leiter Philippson endete in Auschwitz.

Auch in der NS-Bewegung hatte es sozialistische Tendenzen gegeben, die 1930 die Abspaltung des von Otto Strasser geführten Flügels bewirkten; die daraus hervorgegangene „Schwarze Front“ wurde von der Gestapo nicht weniger verfolgt als die Kommunisten. In Strassers Programm stand (nach Mitteilung seines engen Mitarbeiters Herbert Blank an den Verfasser im Zuchthaus Brandenburg-Görden) die Gleichrangigkeit aller Funktio-

<sup>1)</sup> Miles, Neu Beginnen! Karlsbad 1933.

*Die Anregung zu einer Veröffentlichung von Häftlingsberichten wurde von Walter Schwerdtfeger gegeben, der selber mehrere Jahre politischer Häftling im Zuchthaus Brandenburg-Görden war.*

nen vom Betriebsleiter bis zum Werkmeister in einer vollsozialisierten Industrie, die mit der Sowjetunion kooperieren sollte. Das moralische Vorbild war der preußische Offizier.

Im kirchlichen Widerstand ging es letztlich darum, die Zehn Gebote und die Bergpredigt wieder in Geltung zu setzen. In bürgerlichen Kreisen war das oppositionelle Bestreben eher auf den Wert der Persönlichkeit als auf kollektive Rechte konzentriert.

Nach der Katastrophe, zu der die stalinistische Orientierung der KPD massiv beigetragen hatte, und nach der Flucht Ulbrichts und Piecks nach Prag, Paris, Moskau, von wo aus sie undurchführbare Parolen zum offenen Widerstand ausgaben, mag es verwunderlich erscheinen, daß viele Kommunisten, besonders junge Menschen, der Partei die Treue hielten. Aber sie setzten die KPD nicht mit Ulbricht und Pieck gleich, sondern mit den Märtyrergestalten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Gerade junge Menschen waren bereit, deren Schicksal auf sich zu nehmen. Ein starker Idealismus prägte die Vorkämpfer einer materialistischen Weltanschauung. Ein Gestapo-Bericht nennt sie „Menschen, die bereit sind, alles, aber auch alles für ihre Idee zu tun, auch lieber Selbstmord zu begehen, als Aussagen zu machen“<sup>2)</sup>.

## II.

Die bedeutende Rolle, die die von der KPD-Führung als „Verräter“ gebrandmarkte KPO in der Organisation des betrieblichen Widerstandes spielte, geht aus dem Bericht Walter Uhlmanns über seine antifaschistische Tätigkeit hervor (vgl. unten, S. 7—15). Wie es ihm als einzigem der in Brandenburg Inhaftierten gelang, die Verbindung zu der letzten noch funktionierenden kommunistischen Organisation, der Saefkow-Gruppe in Berlin, herzustellen, wird ebenfalls dargelegt. Die grauenhafte Art und Weise der Hinrichtungen kann Uhlmann auch bezeugen. Den Weg eines Gewerkschaftlers ins Zuchthaus beschreibt Edu Wald. Bodo Gerstenberg gibt den Erlebnisbericht eines jungen Idealisten, der von der Strasserbewegung ausging, um im Marxismus die Lösung der Weltfragen zu suchen, für die es keine endgültige Antwort gibt. In diese Zeugnisse spielen viele andere Schicksale hinein, die sich im Kampf gegen die Unmenschlichkeit erfüllten.

<sup>2)</sup> Gestapobericht Hamburg, 27. 10. 1934, in: E. Aleff, Das Dritte Reich, Hannover 1973, S. 91.

Die Verurteilung des Widerstandskämpfers erfolgte auf Grund des Paragraphen für Vorbereitung zum Hochverrat (in einigen Fällen auch für Landesverrat). Zur Verbüßung der Strafe stand im Bezirk Berlin-Brandenburg hauptsächlich das Zuchthaus Brandenburg-Görden zur Verfügung. Es erhielt im Krieg seinen schreckenerregenden Ruf durch die Hinrichtungen, die bis in die letzten Tage des Dritten Reiches dort stattfanden.

Das Zuchthaus unterstand der Strafvollzugsbehörde, also der staatlichen Bürokratie, nicht der SS, die die Gestapo kontrollierte und die Konzentrationslager leitete. Der einzelne Häftling konnte demnach ein gewisses Maß an bürokratischer Ordnung erwarten, das sich vom Terror der Konzentrationslager beträchtlich unterschied. Aber der Zweck der Strafhaft war, ihn moralisch und physisch zu brechen. „Eine Strafe antreten, heißt ein Übel auf sich zu nehmen“, versicherte der Direktor des Zuchthaus Brandenburg, Schwerdtfeger, den Eingelieferten. Das „Übel“, bürokratisch administriert, bestand in einer rigiden Aufrechterhaltung der Disziplin, Arbeit bei minimaler oder gar keiner Entlohnung, Unterdrückung jeglicher Initiative, Zusammensperren mit Kriminellen aller Sparten, Ungewißheit, ob nach Verbüßung der im Urteil verkündeten Strafe auch tatsächlich die Entlassung oder die Überstellung an ein Konzentrationslager folgen würde. Überhaupt konnte die bürokratische Ordnung, dieser gewissermaßen letzte Rest an rechtsstaatlicher Ordnung, jederzeit durch die Gestapo durchbrochen werden, indem sie einen Gefangenen zur Vernehmung anforderte, von neuem unter Druck setzte oder ihn bei seiner Entlassung am Tor in Empfang nahm, um nach Belieben mit ihm zu verfahren.

Der Widerstand der Antifaschisten aus den verschiedensten politischen Lagern endete nicht mit der Verhaftung, sondern erreichte in der Gestapovernehmung seinen Höhepunkt; er endete auch nicht mit der Einlieferung, sondern wurde im Zuchthaus unter anderen Bedingungen fortgesetzt. Vor allem kam es darauf an, den Strafzweck zunichte zu machen und die eigene moralische und physische Integrität um der besseren Zukunft willen zu bewahren. Der zum Tode verurteilte Hermann Danz (39 Jahre alt) schrieb wenige Stunden vor seiner Hinrichtung in Brandenburg-Görden: „Ich sterbe am Ende der alten Zeit, damit die anderen die neue beginnen können.“ Georg Großkurth (40 Jahre alt) schrieb an seine Frau: „Denke daran, daß wir für eine bessere Zukunft starben, für ein Leben ohne Menschen-

haß. Ich habe die Menschen sehr geliebt.“<sup>3)</sup> Der Widerstandskämpfer lebte und starb für Menschlichkeit, nicht für Parteiparolen.

Die Selbstbehauptung des einzelnen forderte engen Kontakt mit anderen. Spontan half man sich bei jeder Gelegenheit. Die der Arbeiterbewegung seit je eigentümliche Solidarität bewährte sich gemeinsam mit der Humanität des bürgerlichen Antifaschismus. Diese zwischenmenschlichen Beziehungen versucht die SED heute für die kommunistische Parteiorganisation im Zuchthaus in Anspruch zu nehmen, so als ob nicht die Werte Solidarität und Humanität weit älter wären als die KPD. Auch die politischen Diskussionen entstanden je nach Anlaß spontan und waren nicht von einer politischen „Zentrale“ gelenkt, wie das im Militärverlag der DDR erschienene Buch „Gesprengte Fesseln“ glauben machen will, das den Untertitel trägt: „Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945“.

Von dieser Parteiorganisation, „die im wesentlichen alle Genossen in den vier Gebäudekomplexen des Zuchthauses erfaßte“ (wie Professor Paterna in dem genannten Buch behauptet<sup>4)</sup>), seien „in den Werkstätten gemeinsame Sabotageakte unternommen worden“, über die allerdings kein Beleg existiert. War schon in der Freiheit Sabotage der Kriegsproduktion so gut wie unmöglich, so erst recht im Zuchthaus, dessen Insassen unter ständiger Beobachtung standen. Wollten die Genossen in den Werkstätten ihre wertvolle Gemeinschaft erhalten, dann mußten sie selbstverständlich brauchbare Produkte herstellen. Der zum Tode verurteilte Robert Havemann blieb nur am Leben, solange er wehrwirtschaftliche Forschungen in seinem Labor leistete, dessen Bestehen für die Information der Gefangenen in der höchst kritischen Endphase lebenswichtig war.

Die geringe Wirksamkeit der illegalen Parteiorganisation, deren Ziel „die Entwaffnung der Beamten und die Bewaffnung der Genossen für die Befreiung der politischen Gefangenen“ sein sollte<sup>5)</sup>, stellt sich in der völligen Ohnmacht dar, die letzten 28 Hinrichtungen am 20. April 1945 zu verhindern, sieben Tage vor der Befreiung<sup>6)</sup>. Die vom Oberlehrer Reichel vorgeschlagene „Demontage des Fallbeils ließ

sich auch technisch nicht mehr rechtzeitig bewerkstelligen“<sup>7)</sup>.

Durch den Werkmeister Schwichtenberg, einen Sozialdemokraten, „hatte die Parteigruppe ... Verbindungen ... aus dem Zuchthaus heraus zur Brandenburger illegalen Parteiorganisation der KPD und SPD“<sup>8)</sup>, heißt es in „Gesprengte Fesseln“. Verschwiegen wird der Kontakt, den der KPO-Mann Uhlmann zur Saefkow-Gruppe unter Lebensgefahr aus dem Zuchthaus heraus anknüpfte, das er als Beifahrer verlassen konnte; er wird genau so totgeschwiegen wie die Widerstandstätigkeit Professor Havemanns, der sein auf Widerruf geschontes Leben riskierte, um in seinem Labor in- und ausländische Sender abzuhören und die Genossen über die sich nähernde Front zu informieren.

In der letzten Phase der Kämpfe drohte die Gefahr, daß der Strafanstaltsdirektor Thümmeler das Zuchthaus der SS übergeben würde; diese hätte dort ebenso „aufgeräumt“, wie sie das im Zuchthaus Sonnenburg getan hat. Daher war der engste Zusammenhalt der politischen Gefangenen zur Selbstverteidigung geboten. Niemand, der auf einem Außenkommando zur Flucht Gelegenheit hatte, sollte davon Gebrauch machen. Danach richteten sich alle Gefangenen — bis auf Erich Honecker und seinen Freund Hanke.

Nicht nur das Buch „Gesprengte Fesseln“, sondern auch die Biographie „Erich Honecker — Skizze seines politischen Lebens“<sup>9)</sup> haben zwar über den kameradschaftlichen Kalfaktor und seine gute Führung<sup>10)</sup> einiges zu berichten, jedoch nichts über die März/April-Tage 1945. Über diese Zeit liegt jedoch der Bericht von Walter Uhlmann vor<sup>11)</sup>. Danach flüchteten Honecker und Hanke am 6. März 1945 von ihrem Außenkommando in Berlin, wo sie Dachdeckerarbeiten leisteten und im Gefängnis Barnimstraße über Nacht stationiert waren. Nach Aussagen von Hanke konnte sich Honecker nach seiner Flucht nicht bis zum Kriegsende in Berlin halten und meldete sich bei seinem Arbeitskommando zurück. Er entging auf diese Weise der Gestapo, der die Flucht gemeldet worden war und die ihn im Falle seiner Verhaftung mit Sicherheit liquidiert hätte. Sein Leben verdankte er dem Lei-

<sup>7)</sup> Ebd. S. 326.

<sup>8)</sup> Ebd. S. 207/8.

<sup>9)</sup> Berlin (Ost) 1978.

<sup>10)</sup> Ebd. S. 37.

<sup>11)</sup> Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Juni 1977.

<sup>1)</sup> M. Frenzel/W. Thiele/A. Mannbar, Gesprengte Fesseln, Berlin (Ost) 1976.

<sup>2)</sup> Ebd. S. 11.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 12.

<sup>4)</sup> Ebd. S. 73, 95, 325.

ter des Arbeitskommandos, Hilfswachtmeister Seraphim, der, als ob nichts geschehen wäre, das ganze Kommando nach Brandenburg-Görden zurückführte. Seraphim wollte sich nach der Befreiung auf einer Veranstaltung in Brandenburg mit Honecker in Verbindung setzen, der sich jedoch von Seraphim nicht sprechen ließ, obwohl dieser die Referenz Honeckers dringend gebraucht hätte, um in dem von den Russen durchgeführten administrativen Verfahren gegen Zuchthausbeamte glimpflich davon kommen zu können.

Die gleiche Gefühllosigkeit bewies Waldemar Schmidt, einst ein kameradschaftlicher Haftgenosse, dann Polizeipräsident von Berlin. Der Journalist Walter Hammer, auch er ein Mitgefangener, hatte nach der Befreiung in sorgfältiger Arbeit die Einrichtung einer Gedenkstätte in Görden (mit aufschlußreichen Dokumenten über die Zeit von 1933—1945) vorbereitet. Diese Tätigkeit wurde Mitte 1950 von der SED gestoppt; die Partei beabsichtigte die Wiederbelegung des Zuchthauses und wollte sogar die Guillotine in Reserve halten. Schmidt reagierte auf die Bemühungen Walter Hammers, die Hinrichtungsgarage sowie drei Zellen der Todeskandidaten zu einer Gedenkstätte auszugestalten, kurz und bündig: „Das Panoptikum wird zugemauert!“<sup>12)</sup>

Die letzten kritischen Tage der politischen Gefangenen im April 1945 und das danach ausbrechende Chaos sind von Georg Walter und Edu Wald dokumentiert worden<sup>13)</sup>. Bemerkenswert ist, daß sich beim Nahen der Sowjet-Armee die übelsten Beamten entfernten, während die korrekten, die ein gutes Gewissen hatten, blieben, um mit den politischen Gefangenen gemeinsam die Ordnung aufrechtzuerhalten. Von diesen Beamten wurden die meisten in „Kriegsgefangenschaft“ genommen und abtransportiert. Viele sollen nie zurückgekehrt sein<sup>14)</sup>.

### III.

Die ideelle Position der Widerstandskämpfer ist verhältnismäßig „einfach“ zu beschreiben: Es ging um die Wiederherstellung der Menschenrechte. Die politischen Gefangenen verschiedener Richtungen, die sich während der Jahre immer näher gekommen waren, sahen naturgemäß in einer geeinten Arbeiterschaft die wichtigste Voraussetzung für eine künftige Freiheit. In der Tat war der Anteil der Arbeiter am Widerstand bemerkenswert. Nach

einer Aufstellung von Walter Hammer gab es unter den 1 800 Opfern, die in der Henker-Garage von Brandenburg-Görden ihr Leben ließen, 768 Arbeiter und Handwerker, 363 Techniker und Ingenieure, 51 Wissenschaftler, 49 Künstler und 22 Schüler und Studenten. Angesichts der während der Haftjahre sich festigenden Einheit aller politischen Gefangenen dürfen nicht die schweren Erschütterungen vergessen werden, die Stalins Schauprozess gegen alte Revolutionäre verursachten. Die tiefe ideologische Krise, die der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 bei den Kommunisten bewirkte, kann selbst das Buch „Gesprengte Fesseln“ nicht ganz verschweigen<sup>15)</sup>.

Die ideologische Einstellung der Widerstandskämpfer war „unkompliziert“, wenn man sie mit den politischen Wirrnissen bei der Auflösung der Weimarer Republik oder mit den sich rasch bildenden Komplikationen im von den Besatzungsmächten geteilten Deutschland vergleicht. Der Kalte Krieg, in den die Bundesrepublik wie die DDR voll einbezogen wurden, tat ein übriges, um das Thema der politischen Gefangenen der Diktatur für das jeweilige eigene System zu beanspruchen. In der Bundesrepublik glaubte man überdies, die Angelegenheit mit dem Entschädigungsgesetzeswerk geregelt zu haben; in der DDR wurde der Widerstand hinter Zuchthausmauern ein Teil der Legende der allgegenwärtigen, unbesiegbaren KPD, die in der SED aufging. Diese von den Sowjetbehörden dekretierte Partei behauptet auch heute noch, allein das Vermächtnis der Widerstandskämpfer zu erfüllen. Doch die Einheit der Arbeiterklasse sollte nach den leidvollen Erfahrungen der politischen Gefangenen in voller Wahrung der Menschenrechte, besonders der Meinungsfreiheit und Freizügigkeit, vollzogen werden.

Aller derzeitige politische Streit muß jedoch letztlich vor den Berichten über die zum Tode Verurteilten verstummen. In einer Zeit, in der man vornehmlich auf ökonomische Erfolge glaubt stolz sein zu können, sollten die nicht schweigen, deren Stolz sich darin gründet, mit diesen Märtyrern die Haft geteilt zu haben. Wenn auch der Widerstand innerhalb und außerhalb des Zuchthauses das NS-Regime nicht stürzen konnte, so ist er dennoch von eminent politischer Bedeutung. Durch diesen Widerstand hat nicht zuletzt die Bundesrepublik ihre moralische und historische Legitimation erhalten.

<sup>12)</sup> W. Hammer im NWDR am 30. 8. 1950.

<sup>13)</sup> Unveröffentlichte Berichte.

<sup>14)</sup> Bericht von Edu Wald.

<sup>15)</sup> Gesprengte Fesseln, a. a. O., S. 278 ff.

## Antifaschistische Arbeit

Wegen Opposition gegen die ultralinke, anti-gewerkschaftliche Politik der KPD wurde ich 1928 ausgeschlossen und gehörte seitdem der KP (Opposition), der sogenannten Brandlergruppe, an. Im Jahr 1920, als 16jähriger, war ich Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) geworden und hatte mich seitdem um eine aktive Gewerkschaftspolitik bemüht. Dafür ein Beispiel: Aufgrund meines im Jahre 1930 vor der erweiterten Ortsverwaltung des DMV Berlin begründeten Antrages gegen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht für die Jugend lehnte auch die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter derartige Pläne mit aller Entschiedenheit ab. Am 1. Februar 1933 — ich war damals Vertreter der Kommunistischen Jugendopposition in der Reichsleitung der KPO — forderte unsere Organisation zu sofortigen gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen von SPD, Gewerkschaften und KPD auf, mit dem Ziel: Sturz der faschistischen Diktatur. Das war zwei Tage nach der Bildung der Hitler-Regierung. Ein Flugblatt hatte ich als Verantwortlicher gezeichnet, weil die Druckerei es sonst abgelehnt hätte, den Auftrag zu übernehmen. Bereits wenige Tage später fahndete die Polizei nach mir. Mehrere Male mußte ich daraufhin in Berlin den Wohnsitz wechseln. Ich wurde steckbrieflich gesucht. Auch dem Arbeitsamt in Berlin-Schöneberg lag die Fahndungsmeldung vor, so daß ich nicht einmal meine Arbeitslosenunterstützung abheben konnte.

Von 1933 bis zu meiner Verhaftung am 22. Februar 1937 lebte ich illegal in einem Hinterhaus in Berlin-Spandau. Unsere Organisation stand finanziell auf schwachen Füßen — eine Unterstützung war demnach unmöglich. Mit falschen Angaben gelang es mir, im Jahre 1934 als Mechaniker Arbeit bei der „Kreiselgeräte GmbH“ zu finden. Die Firma lag in der Goerz-Allee in Berlin-Zehlendorf, nur wenige hundert Meter von der Stadtgrenze nach Teltow entfernt. Hier, in einem Rüstungsbetrieb mit einer Belegschaft von etwa 500 Mann, entstand auf meine Initiative hin im Jahre 1934 eine illegale gewerkschaftliche Widerstandsgruppe.

Der Betrieb wurde von Woche zu Woche größer; in der neuen Belegschaft „beroch“ man sich gegenseitig und entdeckte bald, wer beim Betreten des Werks mit betonter Überzeu-

gung die Hand zum Hitlergruß erhob. Denn im Pfortnerhäuschen nahm allmorgendlich der Leiter der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) sehr kritisch seine Parade ab. In der Dreherei, der mechanischen Fertigung, der Montage und im Materiallager hatte er einige uniformierte Nazis untergebracht. Hauptsächlich handelte es sich um Hilfsarbeiter, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der SA (Sturmabteilung) oder der NSDAP in den Betrieb geschleust worden waren. Die Facharbeiter (Dreher, Mechaniker, Werkzeugmacher) waren zum großen Teil ehemalige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, jetzt aber gewerkschaftlich „heimatlos“.

Der 1. Mai 1934 kam heran. Wenige alte Gewerkschaftler waren, wie sich in Gesprächen herausstellte, im Vorjahr auf dem Tempelhofer Feld gewesen. In jenem Jahr hatte Hitler den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt. Anstatt nun aber klare Grenzen zu ziehen, forderte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, zur Teilnahme an dieser Nazi-Maikundgebung auf. Man gab sich der verhängnisvollen Illusion hin, der Nazi-staat sei nur von kurzer Dauer und auf die großen gewerkschaftlichen Organisationen könne man nicht verzichten. Die Führung glaubte, daß es möglich sei, mit den neuen Machthabern Abmachungen zu treffen, die eine Existenz der Gewerkschaften auch im „Dritten Reich“ sichern würden. Hans Gottfurcht, ehemals stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), kennzeichnet diese Situation in seinem Buch „Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen“: „Im Internationalen Gewerkschaftsbund bestand Enttäuschung über das Verhalten der deutschen Gewerkschaftsführung. Ihre Bereitschaft, in den Naziführern Verhandlungspartner zu sehen, war unverständlich.“<sup>1)</sup> Am 2. Mai 1933 gab es die Quittung für diese Verhandlungsbereitschaft: Alle Gewerkschaftshäuser in Deutschland wurden besetzt und die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Be-

<sup>1)</sup> Hans Gottfurcht: „Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen“. Bund-Verlag, Köln, 1962, Seite 115.

amten „gleichgeschaltet“. Es gab aber auch einzelne Beispiele für Widerstandshaltungen: so zum Beispiel verhinderte der DMV-Bevollmächtigte persönlich das Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Gewerkschaftshaus in Eisenach.

Die Zeichen der Kapitulation vor den Nazis wirkten auch 1934 unter den Kollegen der Firma „Kreiselgeräte“ noch deprimierend nach und immer wieder gab es Diskussionen unter vier Augen am Arbeitsplatz oder auf dem Heimweg. Inzwischen kannten sich eine ganze Anzahl von Kollegen; sie vertrauten sich gegenseitig. „Uns bekommt niemand zur Nazi-Partei oder gar zur Nazi-Maiparade. Wir gehen zwar zum Sammelplatz, aber dann verduften wir“, war die Parole, die bald von Mund zu Mund ging. An jenem 1. Mai 1934 konnten wir erneut prüfen, auf wen Verlaß war. Wir lernten wiederum eine Menge: Dem einen konnte man mehr anvertrauen als dem anderen, und die „Schlappen“, wie wir sie nannten, entpuppten sich bei diesen Anlässen bald. Kurzum: unsere Gruppe formierte sich im Untergrund des Betriebs — freilich ohne Uniform und Abzeichen.

Ein Ereignis, bei dem sich die heimlichen Fronten im Betrieb abzeichneten, war die sogenannte Röhm-Revolution im Juni 1934. Wenige Tage danach kam es zu einem Wortwechsel zwischen einem SA-Mann und dem Mechaniker Bruno Kurze, einem kompromißlosen Gegner der Nazis. Der SA-Mann lief zum Obmann der NSBO und denunzierte unseren Kollegen. Bruno wurde daraufhin zum Betriebsführer, einem ehemaligen Kapitän, gerufen. In der Werkstatt bildeten sich Gruppen. Es gab böse Blicke und erregte Diskussionen. Der erste Zusammenstoß zwischen den Nazis und ihren Gegnern im Betrieb offenbarte, auf wen wir rechnen konnten. Die NSBO hatte die sofortige Entlassung des Kollegen und die Benachrichtigung der Polizei über den Vorfall verlangt. Die Erfüllung dieser Forderung aber wurde von der Betriebsleitung, die offenbar keine Spannung im Betrieb wollte und — wie sich später herausstellte — auch kein Freund der Nazis war, verhindert. Bruno kam nach zwei Stunden, gegen elf Uhr, vom Betriebsführer zurück und teilte uns kurz mit, was sich zugefallen hatte.

Nun mußte etwas unternommen werden. „Heute in der Mittagspause sammeln wir uns draußen auf dem Hof um Bruno!“ Unsere Brote verzehrend, saßen wir dann um ihn herum. Jeder sollte sehen: Bruno hat Freunde. Er steht nicht allein!

Heute erscheint das alles recht harmlos und kaum erwähnenswert. Damals aber, in einer Zeit des rücksichtslosen Terrors, waren selbst die Nazis von dieser Solidaritätsaktion im Betrieb überrascht. Die stille, doch sichtbare Schutzaktion stärkte das gegenseitige Vertrauen unter den Kollegen weiter. Sie zeigte den Nazis und der Betriebsführung, wie die Stimmung in der Belegschaft war und schützte bis zu einem gewissen Grade unseren denunzierten Kollegen. Die uniformierten Nazis aber wurden noch stärker ignoriert und verachtet.

Nach sechsmonatiger Arbeit — von Januar bis Juni 1934 — war es soweit, daß wir eine fest geschlossene gewerkschaftliche Widerstandsgruppe organisieren konnten. Ähnliches hatte sich auch in anderen Berliner Metallbetrieben abgespielt. Alte Bekanntschaften aus der Vertreterversammlung des DMV, den einzelnen Branchen- und Stadtteilversammlungen wurden wieder angeknüpft. Schon unmittelbar nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 fanden sich hier und da die Kollegen in kleinem Kreis wieder zusammen. Jeder von ihnen spürte: „Es muß weitergehen, wir dürfen nicht aufgeben.“ Die Verbindungen liefen bald quer durch Berlin, von den Arbeitsämtern — es gab noch viele Arbeitslose — bis in die Klein- und Großbetriebe von Spandau, Moabit, Neukölln und Siemensstadt.

Da gab es den Dreher Willi Bölke (SPD), bis 1933 Mitglied der erweiterten Ortsverwaltung des DMV. Seit Jahren schon besaß er freundschaftliche Beziehungen zu Kollegen der KPO. Sie hatten seit 1928 den antigewerkschaftlichen Kurs der KPD abgelehnt und bekämpft.

Zum gleichen Kreis zählten ferner mehrere Mitglieder der KPD, die der Parteilinie entgegen bis zum Schluß im Deutschen Metallarbeiter-Verband geblieben waren, anstatt sich dem Aufruf in der Roten Fahne vom 30. März 1930 zur Gründung eines „Roten Metallarbeiter-Verbandes“ anzuschließen. Alle empfanden den Zusammenbruch der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung nicht als ein unabwendbares Schicksal. Seit Jahren hatten sie die Katastrophe kommen sehen. Bei ihnen gab es jetzt keine Verwirrung. Dringlichste Verpflichtungen waren für sie:

— kein freiwilliger Übertritt zur nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF);

— Zusammenschluß von Kollegen, um den Grundstock zur Bildung unabhängiger Klassengewerkschaften zu legen. Das konnten

keine Massenorganisationen, sondern nur kleine Kadergruppen sein,

— keine Teilnahme an Veranstaltungen der DAF,

— keine Übernahme von Funktionen in der DAF.

Gerade diese letzte Verpflichtung war von besonderer Bedeutung, denn nicht wenig trug nach 1933 die Parole der KPD zur Verwirrung der Arbeiterschaft bei, die revolutionären Arbeiter müßten Funktionen in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront übernehmen, um diese Organisation „von innen her zu erobern“. Eine solche Strategie hatte uns nach dem Zusammenbruch der einst so mächtigen deutschen Arbeiterorganisationen gerade noch gefehlt. Vor 1933 hatte die gleiche KPD-Führung die Arbeiter aufgefordert, den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren und sich den „roten Verbänden“ anzuschließen; nun sollten sie die von den Nazis beherrschten faschistischen Gewerkschaften „erobern“.

Nicht allein bei der Firma „Kreiselgeräte“ hatten sich gewerkschaftliche Widerstandsgruppen gebildet, sondern auch bei Goerz-Zeiss-Ikon in Zehlendorf, bei der Auto-Union in Spandau, bei Siemens in Marienfelde, bei der AEG und bei der Firma Lorenz AG, Schöneberg. Nun wurde als gemeinsamer organisatorischer Rahmen ein Aktionskomitee als zentrale Leitung für die bestehenden Widerstandsgruppen der Berliner Metallindustrie gegründet und die Herausgabe des illegalen Organs „Der Metallarbeiter“ beschlossen. Das Aktionskomitee, dem auch ich angehörte, konstituierte sich aus fünf Kollegen des ehemaligen DMV. Politisch gehörten sie zur SPD, KPO und KPD. Im Hintergrund stand keine große und finanzkräftige Organisation; alles wurde aus eigenen Mitteln geschaffen, so auch „Der Metallarbeiter, Organ des Aktionsausschusses der Gruppe Metall“. Wie aus dem Untertitel ersichtlich, waren auch in anderen Industriezweigen Aktionsausschüsse entstanden, so zum Beispiel im graphischen Gewerbe.

Die Herstellung des „Metallarbeiters“ war mit vielerlei Schwierigkeiten und Risiken für die daran Beteiligten verbunden; das Material mußte gesammelt, die Wachsplatten geschrieben und das Abzugspapier für den Vervielfältigungsapparat beschafft werden. Aber wer war schon bereit, in seiner Wohnung solche „hochverräterischen und verbrecherischen Handlungen“ zu gestatten? Schon das Klappern einer Schreibmaschine konnte verhängnisvoll sein. Schließlich mußte nach der Her-

stellung der Zeitung alles sicher, aber auch schnell verfügbar, versteckt werden. Wenn die Zeitung technisch fertiggestellt war, begann die Konspiration erst richtig. Zuverlässige Kollegen, oft deren Frauen, brachten das Material, in einem Tuch um den Leib gewickelt, in die einzelnen Berliner Stadtteile. Dort nahmen es die Vertrauensleute der betrieblichen Gewerkschaftsgruppen in Empfang und sorgten für die Weiterverbreitung in ihren Betrieben. Dies aber erforderte ein ganz besonderes Maß an Menschenkenntnis, Geschicklichkeit, vor allem aber einen großen, auf Überzeugung basierenden Mut, gepaart mit den strengsten Regeln für illegales Arbeiten.

Jeder mußte sich immer wieder vor Augen halten: Werde ich bei der Weitergabe des „Metallarbeiters“ geschnappt oder auch nur beobachtet, dann gefährde ich nicht nur mich, sondern auch viele andere. Am Ende stehen KZ, Gefängnis, Zuchthaus. Einmal konnte aus Sicherheitsgründen für den Wohnungsinhaber der Vervielfältigungsapparat längere Zeit nicht benutzt werden. Was war zu tun? In kleinerem Kreis wurde das Problem besprochen. Unsere Freunde in einem Wilmersdorfer Radiobetrieb fanden einen wahrhaft ungewöhnlichen Ausweg: eines Tages war der Vervielfältigungsapparat der Nazi-Betriebsgruppe verschwunden — er hatte den Besitzer gewechselt. Von nun an diente er einem besseren Zweck: wir stellten damit den „Metallarbeiter“ her. Unsere Freude währte aber leider nicht lange.

Die Beschaffung des Abzugspapiers sowie der Transport und die Verteilung des illegalen gewerkschaftlichen Materials wurden immer schwieriger. Ohne besondere Genehmigung wagte es kein Geschäftsmann, Vervielfältigungsapparate oder Abzugspapier zu verkaufen. Die Gestapo hatte begriffen, wie man die Untergrundarbeit — wenn schon nicht völlig unterbinden, so doch bis zu einem gewissen Grade — hemmen und lähmen konnte. Auch hier fand sich ein Ausweg, der unsere Arbeit in mancher Hinsicht sogar erleichterte. Wir stellten uns auf die fotomechanische Vervielfältigung um. Von nun an paßte der „Metallarbeiter“ in die damals übliche Zwanziger-Zigaretten-Packung. Wenn Freunde von uns in Gefahr gerieten — es gab oft Razzien in den Straßen —, war es leichter, eine solche Zigarettenpackung verschwinden zu lassen als ein Bündel abgezogener Zeitungen. Für das Weiterreichen am Arbeitsplatz oder die Hinterlegung in Garderobenschränken oder auf den

Toiletten war das kleine Format von unschätzbarem Vorteil.

Ein Teil der überzeugungstreuen Berliner Metallarbeiter hatte mit dem Aktionsausschuß und der regelmäßigen Herausgabe ihres Organs einen Mittelpunkt des organisierten Kampfes geschaffen. Das Ziel hieß: Bildung weiterer gewerkschaftlicher Widerstandsgruppen. Dies war eine — wenn auch bescheidene — Antwort auf das Versagen der großen Arbeiterorganisationen. Meßbar wurden die Ergebnisse der illegalen Tätigkeit besonders nach den „Vertrauensrätewahlen 1935“. Frei gewählte Betriebsräte waren von den Nazis verboten worden. Als Ersatz propagierte die Deutsche Arbeitsfront betriebliche „Vertrauensräte“; die Kandidaten stellte die NSBO auf. Für Arbeiter mit einer gewerkschaftlichen Vergangenheit war es selbstverständlich, kein von den Nazis abhängiges Amt anzunehmen. Wer auf den Listen der Nazis kandidierte, der bejahte das Dritte Reich und wurde von uns als Überläufer betrachtet. Die Arbeiter in den Betrieben gaben denn auch die richtige Antwort anlässlich dieser Vertrauensräte-Wahlen. Wir zitieren aus einem illegalen Flugblatt des Aktionsausschusses der „Gruppe Metall“ aus dem Jahre 1935:

„Die Wahlen zu den ‚Vertrauensräten‘ liegen hinter uns. Die gleichgeschaltete Presse meldet 83 Prozent Ja-Stimmen. Dabei passiert ihr das Malheur, nur etwas über sieben Millionen Abstimmungsberechtigte zu registrieren. Der Schwindel ist so dick aufgetragen, daß selbst Nazi-Anhänger in den Betrieben das amtliche Siegesgeschrei belächeln. Die Resultate bewiesen im einzelnen, daß der Propagandaapparat der Nazis weiter nichts produzierte als lauter Bluff.

Bei der *Knorrbremse* in Berlin z. B. ist die Liste von der Mehrheit der Belegschaft abgelehnt worden; daraufhin hat ein Beauftragter des ‚Treuhanders‘ die abgelehnten Vertrauensräte trotzdem eingesetzt.

Bei AEG-Telefunken und einer Reihe anderer Großbetriebe ist ein Teil der Kandidaten mit knapper Mehrheit gewählt worden, ein anderer Teil durchgefallen.

Die gleichen Erscheinungen wie in Berlin zeigten sich im Reich. An der Wasserkante, im Ruhrgebiet, in Stuttgart, Breslau und Dresden, in den Gebieten, wo die Kollegen die illegale Gewerkschaftsarbeit aufgenommen hatten, überall dasselbe Bild der Ablehnung des Dritten Reiches und seiner Lakaien.“

Nie wieder versuchten die Nazis, die Arbeiter in den Betrieben in geheimer Abstimmung um ihre Meinung zu befragen. Die Vertrauensrätewahlen 1935 haben ihnen für immer gereicht. Wir bei „Kreiselgeräte“ waren besonders stolz auf das Wahlergebnis, denn noch 1934 gab es nur neun ungültige beziehungsweise Nein-Stimmen. Diesmal aber hatten wir insgesamt 220 von 500 Beschäftigten erreicht. Erst hieß es, die Wahl werde wegen der vielen Enthaltungen und Nein-Stimmen wiederholt. Aber auch das ließen die Nazis dann sein. Unsere Arbeit ging weiter. Erst im Dezember 1936 traten die letzten fünf Kollegen in die Deutsche Arbeitsfront, die Zwangsorganisation der Nazis, ein. So lange hatten wir uns widersetzt. „Der Metallarbeiter“ drang in weitere Betriebe ein. Dennoch wußten wir: Das Nazi-Regime werden wir allein nicht aus den Angeln heben. Aber die Arbeit trug dennoch Früchte. Unser Beispiel machte Schule, das Verbreitungsgebiet ging über Berlin hinaus.

Im Februar 1937 war für mich die illegale Tätigkeit zu Ende. Im Betrieb wurde ich von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet. Daß die Gruppe weiterarbeitete, hörte ich später: Die Kosten für meinen Wahlverteidiger im Prozeß vor dem Volksgericht hatten die Kollegen der gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen bei „Kreiselgeräte“ und „Goerz“ aufgebracht.

Das Urteil lautete: 8 Jahre Zuchthaus. Im Februar 1945 wäre die Zeit umgewesen. Jedoch erst Ende April 1945 wurden die Gefangenen im Zuchthaus Brandenburg-Görden durch den Vormarsch der Sowjetarmee befreit.

### Das letzte Jahr im Zuchthaus Brandenburg

Im Juni 1944 fuhr der LKW des Zuchthauses Brandenburg, ein auf Holzgas umgestellter Drei-Tonnen-Diesel, wieder einmal von Brandenburg nach Berlin. Wir brachten Möbel hin und holten Leder und andere Rohmaterialien zur Weiterverarbeitung für die Schumacherei, Schneiderei und die anderen Werkstätten der Anstalt. Mein „Schien“ (Bezeichnung für den Anstaltsbeamten durch die Häftlinge) war der Hilfswachtmeister und Chauffeur des LKW, Willi Donath; als sein Mitfahrer war ich verantwortlich für Pflege und Instandhaltung des Wagens einschließlich der Beladung mit „Treibstoff“. Das war in unserem Falle kleingeschnittenes Buchenholz, gemischt mit Kiefer, beides aus der Anstaltstischlerei.

Mit Willi Donath verband mich seit Ende 1943, als ich vom technischen Büro der Tischlerei als Mitfahrer für den LKW abgestellt wurde, bald ein Vertrauensverhältnis. Mein Vorgänger auf dem Wagen war ein Krimineller. Bei den Fahrten außerhalb Brandenburgs betrieb er kleine und größere Schiebereien, die Donath oft in Schwierigkeiten brachten. Bei mir als „Politischen“ setzte er wohl voraus, daß ich ihm nicht derartiges Herzklopfen bereiten würde. Zigarettenschmuggel war denn auch nicht meine Passion.

Bald hatten wir uns gegenseitig beschnuppert. Es gab offene Aussprachen über den Krieg, die Nazis und die täglichen Ereignisse. Ich „schob“ natürlich auch, nahm in den Holzsäcken, als gutem Versteck oben auf dem Dach des Fahrerhauses, Briefe und Päckchen meiner politischen Kumpels mit nach draußen. Unsere Fahrten führten uns fast in jeder Woche einen, nicht selten auch mehrere Tage nach Berlin-Moabit, Plötzensee, Lichtenberg oder ins Frauengefängnis Barnimstraße. Eine beliebte Tour war auch die nach Werdau, einer Industriestadt bei Zwickau. Dort holten wir Garne für die Zuchthausweberei. Andere Aufträge führten etwa nach Prenzlau oder nach Thüringen.

Bei einer der ersten Berlin-Fahrten, etwa Ende 1943, willigte Donath ein, daß wir kurz bei Grete (meiner Verlobten) in der Ziegelstraße zum Kaffeetrinken gingen. Für ihn war das natürlich ein Risiko; ging etwas schief, riskierte er Kopf und Kragen. Aber dieser erste Versuch vertiefte das Vertrauensverhältnis zwischen uns und auch das zu Grete. Er mußte wohl den Eindruck gewonnen haben: Mit denen kann es nicht schief gehen. Und so war es auch. Wir brachten meinen Hilfsschienen nicht in Verlegenheit. Unser Verhältnis zueinander wurde mit der Zeit unbelastet und offen. Besorgte ich z. B. unterwegs Kartoffeln und andere rare Dinge, konnte ich das alles in Berlin bei Grete abladen. Willi Donath war natürlich nie unmittelbar dabei, obwohl er zuweilen wußte, was geschah. In solchen Fällen stieg er an einer bestimmten Stelle vom LKW ab und ließ mich mit meiner Fracht allein weiterfahren. Danach trafen wir uns wieder. Vorher wurde für den Fall einer Kontrolle genau verabredet, was gesagt werden sollte. So vereinbarten wir z. B. zu sagen, daß ein neuer Anlasser für den Motor beschafft werden müsse. Willi ging in bestimmte Geschäfte, während ich auf einen Schrottplatz fuhr und bei dieser Fahrerei meine Anliegen besorgte. Die Briefe aus dem Zuchthaus brachte ich zu Grete.

Diese leitete sie dann — oft persönlich — an die Adressaten weiter und nahm auch später die Antworten wieder in Empfang. Bei unserer nächsten Berlinfahrt lagen dann die Sachen zur Beförderung ins Zuchthaus bereit.

Auf diese Weise erfuhr ich eines Tages von Grete, daß mein früherer Kollege und enger Freund Fritz Nitzschke, geboren 1905 in Braunschweig, sich selbständig gemacht hatte. In der Prinzenstraße, unmittelbar am Moritzplatz, betrieb er mit einem Lehrling eine kleine optisch-feinmechanische Werkstatt. Wichtiger und interessanter war für mich jedoch, daß er mit Anton Saefkow (einem früheren Mitglied einer KJV-Jugendgruppe, der auch Grete angehört hatte) illegal zusammenarbeitete. Mein Vorsatz, Fritz Nitzschke bei nächster Gelegenheit aufzusuchen, war bald gefaßt.

Das also war die Situation als ich im Juni 1944 mal wieder in Berlin zu Fuß bzw. per U-Bahn angeblich auf ‚die Suche nach dringend gebrauchten Teilen für unseren LKW‘ ging. Donath setzte mich am frühen Nachmittag am Anhalter Bahnhof ab und fuhr mit Synek (einem Politischen aus der Tschechoslowakei) weiter. Zuvor hatten wir vereinbart, uns wieder um 17.00 Uhr in Moabit gegenüber der Untersuchungshaftanstalt Ecke Wilsnacker- und Turmstraße zur Rückfahrt nach Brandenburg zu treffen. In Wirklichkeit führte mein Weg mit der U-Bahn zu Fritz Nitzschke. Mit der Zuchthauskleidung konnte man sich natürlich nicht in Berlin bewegen. Am sogenannten Potsdamer Berg, kurz vor Wannsee, mußte der Holzkocher neu aufgefüllt werden. Bei der Gelegenheit verschwand ich unter der LKW-Plane und wechselte die Kleidung. Die schwarze Hose mit den langen gelben Streifen sowie das schwarze Jackett mit dem eingenähten gelben Querstreifen am linken Ärmel wurden in einen leeren Sack gestopft. In wenigen Minuten erschien der Beifahrer mit blauer Hose und Jacke, wie in einer Monteurkluft. Damit fiel ich nun nicht mehr auf.

Angemeldet war ich bei Fritz Nitzschke nicht. Am Hauseingang wies ein kleines Schild den Weg zur Werkstatt. Im Hinterhof stieg ich bis zum zweiten Stock und betrat voll innerer Spannung die Werkstatt. Fritz riß freudig die Augen auf. Sofort hatte er mich erkannt. Wir waren allein. Der Lehrling war zu meinem Glück in der Schule.

Ich stand in einem relativ kleinen Raum, in dem eine Mechaniker-Drehmaschine und eine Werkbank mit zwei Schraubstöcken stand. Es

kam zu einer herzlichen Begrüßung. Fritz sprach nicht nur von seiner Zugehörigkeit, sondern von seiner direkten und aktiven Mitarbeit in der Saefkow-Gruppe. Die Verbindung dazu war von Werner Jurr hergestellt worden. Dieser hatte bereits 1937 drei Jahre Zuchthaus wegen Hochverrats in Brandenburg „abgesessen“. Schon seit 1928 waren wir drei eng befreundet. Werner war damals Reichsleiter der Roten Jungfront und Mitglied des KJVD und der KPD, aber wegen „rechter Abweichungen“ ausgeschlossen und dann Mitglied der KPD (Opposition) — Gruppe Brandler-Thalheimer — geworden. Etwa 1932 trennte er sich wieder von dieser Gruppe und arbeitete in der Roten Hilfe. Fritz Nitzschke selbst gehörte keiner politischen Gruppierung an. Er sympathisierte jedoch ganz allgemein mit der kommunistischen Bewegung. Sein Hobby und Beruf zugleich war die Feinmechanik und Konstruktionsarbeit. Das brachte ihm auch schon damals viele interessante Aufträge.

Das tägliche Leben und die Erfahrungen seiner Freunde machten auch Fritz Nitzschke zu einem entschiedenen Gegner des NS-Regimes. Er wollte nicht abseits stehen. Werner Jurr vermittelte ihm den Weg zur illegalen Bewegung.

Sein Charakter und seine unbedingte Hilfsbereitschaft schafften die Voraussetzungen dafür, daß er ohne Bedenken seine Wohnung, besonders aber seine kleine Werkstatt der Untergrundorganisation zur Verfügung stellte. Daß er aktiv mitwirkte, hatte ich schon von Grete gehört. Als er aber, sozusagen aus Freude über den Besuch seines Freundes aus dem Zuchthaus, nun erzählte, was er alles machte, war ich doch erstaunt, welche Verantwortung er übernommen hatte. Von der Werkstatt führte eine Tür zum Materiallager; dort setzten wir uns. „Hier werden die Abzüge der illegalen Flugblätter hergestellt und vervielfältigt“, sagte Fritz. Er öffnete einige Kisten und zeigte mir Apparate und Flugschriften. Einige trugen die Unterschrift „Nationalkomitee Freies Deutschland, Berliner Ausschuß“. „Das ist unsere Arbeit“, meinte Fritz. Auch von Attentatsversuchen und Attentatsvorbereitungen auf Hitler erzählte er. Innerlich glaubte ich in diesem Moment, er übertreibe, zumindest was die Attentate betraf. Ich erklärte mir das damit, daß er nie einer politischen Organisation angehört hatte. Auch war ich über das Maß des Vertrauens erstaunt, das er mir sogleich entgegenbrachte. Aus der eigenen illegalen Tätigkeit wußte ich, daß man so offen eigentlich auch gegenüber Freunden nicht

sein sollte. Ich erfuhr von seiner Verbindung zu den führenden Leuten der Gruppe, den Kontakten zu Zellen der Wehrmacht. Andererseits war das alles für mich gerade angesichts des militärischen und politischen Niedergangs der Nazi-Diktatur besonders beeindruckend und auch anspornend. Im Zuchthaus diskutierten wir zwar bei jeder möglichen Gelegenheit über die Probleme, hier aber hatte ich nun unmittelbaren Kontakt zu einer offenbar weitreichenden Widerstandsbewegung; davon mußten die politischen Freunde in Brandenburg Kenntnis erhalten. Fritz gab mir ohne Zögern einige Exemplare der illegalen Flugschriften mit. Ich verstaute sie in meiner zivilen Zuchthauskluft und wollte nun gehen. Die Zeit drängte, denn ich mußte zum vereinbarten Treffpunkt mit unserem LKW.

„Jetzt will ich Dir nur noch einen Freund vorstellen“, meinte Fritz und holte aus dem oberen Stockwerk einen Mann mittleren Alters. „Bei ihm hören wir immer die ausländischen Sender“, sagte er voller Stolz. Und — mir stockte beinahe der Atem — fügte noch hinzu: „Das hier“ — wobei er auf mich zeigte — „ist mein alter Freund Uhle.“ Wir begrüßten uns kurz, wechselten einige Sätze, dann verließ ich die Werkstatt.

In Moabit mußte ich voller Unruhe fast eine Viertelstunde warten. Der Zuchthaus-LKW hatte Verspätung. Die Rückfahrt begann. Beim nächsten Tanken verbuddelte ich das Material wieder in einem leeren Sack, und so gelangte es am Abend ins Zuchthaus Brandenburg.

Den engeren politischen Freunden berichtete ich einzeln in den nächsten Tagen von einigen Erlebnissen in Berlin, und das mitgebrachte illegale Material machte so die Runde im Kreis der Vertrauten. Nach meiner Erinnerung waren es Walter Mickin, Zeichner in der Tischlerei, Thomas Mrochen, Schlosser in der Tischlerei, Edu Wald und Robert Dewey vom Büro der Tischlerei, Max Frenzel, Kalfaktor in der Schuhmacherei Haus 1, und Herbert Kratzsch, Außenkolonne<sup>2)</sup>.

Einige Tage später stand ich mit dem LKW vor der Garage, als die Außenkolonne einrückte und in der Nähe des Wagens hielt. Herbert Kratzsch drängt sich unauffällig zu mir. Leise

<sup>2)</sup> Max Frenzel, Hauptautor des DDR-Berichtes über das Zuchthaus Brandenburg: „Gesprengte Fesseln“, Militär-Verlag der DDR, verschweigt dies alles aus Gründen der Parteidoktrin; denn Uhlmann verließ 1953 die DDR. Siehe auch: Walter Uhlmann, Blick hinter Gitter: Gesprengte Fesseln, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK), Juni 1977.

und bewegt berichtete er mir vom heutigen, nicht angemeldeten Besuch seiner Frau. Sie hatte einen Weg gefunden, um Herbert auf seinen Außen-Arbeitsstellen zu sprechen. Das wiederum war nur möglich durch die Toleranz des diensthabenden Wachtmeisters. Außerdem galt Herbert als eine Art Vorarbeiter in seiner Kolonne. Frau Kratzsch brachte eine Hiobsbotschaft aus Berlin; sie hatte alles unternommen, um Herbert schnellstens zu benachrichtigen: Fritz Nitzschke sei verhaftet worden. Die Gestapo habe erfahren, daß ein gewisser „Uhle“ kürzlich in der Werkstatt gewesen sei und fahnde nun nach ihm.

Herberts Frau wohnte in der Nähe des Moritzplatzes in Berlin und gehörte ebenfalls zur Saefkow-Gruppe. Ich war also gewarnt und reagierte nicht wenig aufgeregt. Würden Fritz und der Mann, dem ich in der Werkstatt vorgestellt worden war, „dichthalten“ können? Ich mußte jedenfalls täglich mit dem Schlimmsten rechnen. Doch es blieb still um mich.

Die Tage im Zuchthaus verliefen wie üblich. Eines Abends im Spätsommer 1944, wir waren erst nach der Essensausgabe von einer Fahrt zurückgekehrt, ging ich mit meinem Essenskrug von der Garage zur Küche. Als ich bei der Schlosserei um die Ecke bog — gegenüber lag das Haus 4 — rief plötzlich jemand leise, dann halblaut: „Uhle, Uhle ...“. Ich traute meinen Ohren kaum, denn wer kannte hier schon meinen Berliner Namen? Vorsichtig blickte ich um mich und in Richtung der Zellenfenster im 1. Stock des Sicherungsbaus. Von dort kam eine Stimme: „Hier ist Fritze, Fritze aus Berlin ...“. Mir war sofort klar, das dies nur Fritz Nitzschke sein konnte. Zugleich aber kam auch ein furchtbarer Gedanke, denn uns war bekannt, daß dort oben die Zellen der Todeskandidaten lagen.

Am nächsten Morgen kam Arbeitsinspektor Dahms zur Garage. Er gab Anweisungen für die nächste Fahrt. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn anzusprechen. Von Willi Donath wußte ich, daß Dahms kein Nazi war und den Politischen zuweilen mit einem gewissen Verständnis gegenüberstand. Ich schilderte, wie ich erfahren hatte, daß mein ehemaliger Berufskollege Nitzschke in einer Todeszelle saß.

Aus dem Fall Robert Havemann war mir bekannt, daß in seltenen Fällen die Vollstreckung der Todesstrafe hinausgeschoben werden konnte, nämlich dann, wenn der Betreffende für wichtige berufliche Arbeiten im Zuchthaus gebraucht würde. Und Fritz war ein

hochbegabter Konstrukteur. Dies alles unterbreitete ich dem Amtmann und hatte sogar ein wenig Hoffnung; denn seit dem 20. Juli 1944 schien den politischen Gefangenen das Ende der Nazidiktatur nicht mehr in allzu weiter Ferne. Jetzt trug unter Umständen jeder Monat zur Lebensrettung bei.

Anfang Juli 1944 war die Saefkow-Jacob-Bästlin-Gruppe in Berlin „hochgegangen“. Der Prozeß im September endete mit Todesurteilen. Auch Anton Saefkow hatte man nach Brandenburg transportiert. Er kam in der Gewißheit, daß die Naziherrschaft im Herbst zu Ende gehen würde. So jedenfalls hatte er Max Frenzel versichert, der ihn kurz sprechen konnte. Indessen lief die Hinrichtungsmaschinerie in der Garage des Hauses 1 mehrere Male wöchentlich auf vollen Touren. Fröhlich, vor dem Ausrücken zur Arbeit, hörten wir in der Unterkunft in kurzen Abständen den dumpfen Klang des Fallbeiles. Alle zählten schweigend mit. Jeder Fall ein Opfer ...

Über Nitzschke erfuhr ich zunächst nichts mehr. Ihn in seiner Zelle zu sprechen, war unmöglich. Eines Abends wusch ich im kleinen Hof, neben der Unterkunft des Hauses 2, den LKW. Wieder rief einer: „Uhle“ und wieder war es Fritz. Man hatte ihn also verlegt. Ich hoffte, daß man ihn beruflich eingesetzt hatte, aber statt dessen war er nur näher an die Hinrichtungsstätte gebracht worden.

Durch den Wachtmeister erfuhr ich, daß die Henkersknechte bereits übermorgen ihr blutiges Handwerk wieder betreiben würden. Am Abend davor hatte dieser Wachtmeister auf dem A-Flügel, Haus 2, Nachtdienst. Wir waren ziemlich spät an diesem Tage mit dem LKW in die Anstalt zurückgekommen. Beim Aufschließen des Waschraumes sagte mir der Beamte, daß morgen in aller Frühe die Henker kommen würden. Mein Bekannter sei bereits nach unten auf den A-Flügel verlegt worden. Auf meine Bitte hin, mir doch die Möglichkeit zu geben, ihn noch einmal zu sehen, blickte der Wachtmeister nach oben; dort hatte der Hauptwachtmeister vom Dienst normalerweise seinen Platz, doch er war nicht zu sehen. Wir überquerten rasch den Flur und vor einer 3-Mann-Zelle schob der Beamte zunächst die Klappe vom Spion zur Seite und blickte in die Zelle. Dann schloß er leise auf und schob mich mit einem sanften Druck hinein. Fritz kam einen Schritt auf mich zu. Wir umarmten uns. Wir waren nicht allein; am Fenster saß ein gebeugter, völlig in sich zusammen gesunkener zweiter Mann, auch er ein Todeskandidat. Fritz stellte ihn mir vor. Aber der andere ant-

wortete nur mit wenigen Silben, fassungslos, Tränen in den Augen. Mir selbst stockte der Atem. In acht Stunden, morgen früh gegen 6.00 Uhr, würden die Todesurteile vollstreckt sein. So sah ich meinen langjährigen Freund zum letzten Mal wieder. Er war der Alte, so wie ich ihn seit 1928 kannte: aufrecht und in keiner Weise von den zermarternden Ereignissen der Verhaftung, der Vernehmung und den Quälereien, den Tagen des Prozesses mit der Verkündung des Todesurteils verändert. Immer wieder unterbrach Fritz unser Gespräch, um seinem Kumpel Kraft für die noch verbleibenden Stunden zu vermitteln. Die Justiz des Hitlerstaates hatte ihn bereits vor seinem leiblichen Tod ermordet. Im Gegensatz zu ihm war aus dem früheren, mehr gefühlsmäßig zur Arbeiterbewegung stehenden Fritz Nitzschke ein unbeugsamer Gegner des Faschismus geworden. Als wir endgültig Abschied voneinander nahmen, drückte er mir einen Brief an seine Frau in die Hand. Die letzten Sätze lauteten: „Sei nicht traurig. Ich sterbe für ein Ideal. Und es ist der schönste Tod, für den ein Mann und Vater sterben kann.“ Draußen näherten sich Schritte. Das Schloß der Zellentür wurde entriegelt. Zum letzten Mal blickten wir uns in die Augen.

### Der „MM“ mußte das Fallbeil selbst schleifen

„MM“ (Maschinenmeister) hieß im Jargon der Häftlinge der 1. Hauptwachtmeister, zuständig für die große Zentralheizung und alle sonstigen technischen Anlagen. Eines Tages betrat er mit einem fast elegant wirkenden, schmalen, dunkelbraunen Holzköffchen die Tischlerei. Geradewegs ging er in den Maschinenraum. Dort hinten, in der rechten Ecke, war die kleine Schlosserei installiert: Eine Werkbank mit Schraubstock, eine Schleifvorrichtung für die langen Stahlbänder der Bandsäge und eine ebensolche für die breiten Messer der Hobelmaschine. Thomas Mrochen, ein politischer Häftling aus Oberschlesien mit sehr langer Strafzeit, fachlich ein Allerweltskerl, arbeitete dort als Schlosser. Seit Jahren schon sorgte er dafür, daß alles im maschinellen Bereich der Tischlerei mit seinem Maschinenpark ohne technische Störungen abließ.

Zu ihm ging „MM“. Auf die Werkbank legte er das Köffchen und öffnete es. Alle Maschinenarbeiter, etwa zehn an der Zahl, außer einem alles politische Gefangene, blickten neugierig in die Ecke. Was wollte der „MM“ denn von Mrochen? Sie sahen, wie sich ein kurzer,

aber gespannter Disput zwischen den beiden entwickelte. „MM“ zeigte wiederholt auf den geöffneten Kasten und die an der Wand stehende Schleifmaschine für die Hobelmesser. Thomas aber schüttelte immer wieder entschieden den Kopf. Wir merkten: da stimmt etwas nicht. Das Gesicht des hochgewachsenen „MM“ wurde immer finsterer. Energisch redete er noch immer auf Mrochen ein, unterstützt durch entsprechende Handbewegungen. Thomas aber verließ nun demonstrativ seinen Arbeitsplatz und ging hin zur Bandsäge, etwa acht Meter von seiner Schlosserecke entfernt.

Andere Kameraden kamen von ihren Maschinen hinzu. Es bildete sich ein kleiner Kreis und wir erfuhren jetzt, was geschehen war. In dem kleinen Holzköffchen lag das Messer des Fallbeils, etwa 50 cm lang. Es hatte die Form eines Trapezes. Am nächsten Morgen sollten neue Hinrichtungen stattfinden. Der „MM“ war auch für das reibungslose Funktionieren der Mordapparatur verantwortlich. Darum sollte das Messer geschliffen werden, und das mutete er Thomas Mrochen zu. Vergeltens! Thomas Mrochen hatte sich geweigert, dafür Helfershelfer zu sein.

Was also blieb dem 1. Hauptwachtmeister übrig? Er selbst stellte sich an die Maschine und schliff das Henkerbeil. Er mußte wohl spüren, in welche Lage er sich gegenüber den Häftlingen gebracht hatte. Immer wieder senkte er den Kopf und blickte über seine starken Brillengläser hinweg zu uns in den Maschinenraum. Von dort aber trafen ihn nur feindliche, oft ironische Blicke. Bei uns kam der nicht an. Wir waren keine Mordgehilfen. Das bekam „MM“ deutlich zu spüren. Fast wie durch Spießbruten laufend verließ er nach etwa 20 Minuten mit seinem Henkerskoffer die Tischlerei.

### Die Henker-Garage

Es war 1943/1944, an einem Donnerstag gegen zehn Uhr. Die Sonne schien, aber der Tag hatte furchtbar begonnen: am frühen Morgen hatten 22 Menschen unter dem Fallbeil ihr Leben gelassen.

Ich hatte seit acht Uhr in der LKW-Garage des Hauses 2 mit kleinen Reparaturen zu tun, als der Hilfswachtmeister Schulz aus der Schlosserei erschien und sagte, ich solle ihm doch für kurze Zeit behilflich sein. „Warum nicht“, erwiderte ich ahnungslos.

Wir verließen die Garage, überquerten den Vorplatz zum Hauptportal des Verwaltungsbaus. Vor der Garage des Hauses 1 blieb Schulz stehen. Hinter dieser Tür, dies wußte ich, stand das Fallbeil; hier fanden die Hinrichtungen statt. Darüber lag die Unterkunft mit den Betten der Außenkolonnen. Mindestens einmal in der Woche hörten wir morgens gegen sechs Uhr das dumpfe Fallen des Fallbeils. So war es auch heute gewesen. Etwa alle drei Minuten drang das Aufschlagen zu uns, den noch Lebenden. Um diese Zeit lagen die Frühstückskühen (die Brote) auf dem Tisch, daneben die braunen Töpfe mit dem Kaffee. Alle schwiegen. Gegenseitig blickten wir uns an, jeder in Gedanken versunken. Dieses Erleben ging mir gerade jetzt durch den Kopf. Wachtmeister Schulz öffnete die Garagentür. Zum ersten Mal wurde ich mit dem Grauen konfrontiert. Vorne links, unmittelbar am Garagentor, stand das Fallbeil. Hinten links lag der Zugang zum Flur, durch den die Todeskandidaten hereingeführt wurden. Rechts gegenüber in der Ecke stand ein kleiner Tisch mit den Plätzen für Staatsanwalt und Pfarrer. Wachtmeister Schulz erläuterte: „Den Verurteilten wird dort noch einmal das Todesurteil verlesen. Der Pfarrer darf dann Trost spenden.“

Das Schafott selbst war für die Todeskandidaten beim Betreten der Mordzelle zunächst nicht sichtbar. Ein dunkler Vorhang verdeckte es. Dahinter lauerten die Henker auf ihre Opfer. Bevor der letzte Gang von der Todeszelle, meist einem sogenannten Kammkasten, (besonders enge Zelle), zum Schafott angetreten wurde, gab der diensttuende Hauptwachtmeister auf der Station folgende Anordnungen: Anzuziehen ist nur die Hose ohne Hosenträger. Strümpfe, Unterhose, Hemd müssen fein säuberlich auf den Hocker gepackt werden. Das Jackett darf nicht angezogen, sondern lediglich über die Schulter gehängt werden.“

Die Hände vor dem Bauch, damit die Hose nicht wegrutschte, so wurden die Häftlinge zum letzten Gang in die Mordgarage geführt. War der Urteilsspruch verlesen, schoben die Henker den Vorhang zurück, griffen den Häftling, rissen ihm das Jackett ab und drückten seine beiden Arme auf den Rücken, er mußte seinen Hals in die halbrunde Öffnung unter dem Fallbeil legen. Ein Hebeldruck ließ das Fallbeil niedersausen und der Kopf rollte in eine Blechschale. Unten rann das Blut in ein Gefäß. Zum Schluß wurde dem Toten noch die Hose heruntergerissen und der nackte, leblose

Körper in die Holzkiste geworfen, den Kopf zwischen den Beinen. In wenigen Minuten war alles vorbei und schon das nächste Opfer an der Reihe.

Anfangs wurden die mit dem Fallbeil Hingetrichteten in primitive Särge gepackt und auf einem mit Pferden bespannten Tafelwagen zum Krematorium nach Brandenburg transportiert. Damit die Ladung auf dem Weg von Görden zur Stadt kein Aufsehen erregte, hatte man eine graue Plane fest über den Wagen gespannt. Doch die Zahl der Hinrichtungen stieg von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr. Offenbar war den Juristen des Dritten Reiches ein Sarg für jeden Ermordeten zu kostspielig, denn kurzerhand änderte man das Verfahren. Die Anstaltstischlerei erhielt den Auftrag, einfache Holzkisten zu liefern. Diese bestanden aus rohem Holz, waren etwa 1,60 Meter lang, 40 cm breit und 30 cm hoch. Die Gefangenen gaben ihnen den Namen „Nasenquetscher“. Wegen der Kürze der Kisten packten die Henker den abgeschlagenen Kopf zwischen die Beine des Ermordeten. Aber selbst eine solche Kiste war der Obrigkeit noch zu teuer. Eine neue Verfügung schrieb vor, auf den Boden des „Nasenquetschers“ einen Lattenrost zu legen; im Krematorium kippte man den Toten dann einfach aus der Kiste. Den leeren, blutverschmierten Sarg brachte das Pferdefuhrwerk zurück ins Zuchthaus.

Alles war „perfekt“ geregelt. Am Tage vor der Hinrichtung wurde jedem Todeskandidaten Blut zur Feststellung der Blutgruppe entnommen. Unmittelbar nach jeder Hinrichtung — zwei Ärzte des Städtischen Krankenhauses saßen bereits mit einer Batterie von Gefäßen an der Garagentür — füllten sie das Blut in entsprechend gekennzeichnete Flaschen.

Als Wachtmeister Schulz die Tür öffnete, verschlug es mir den Atem. Dicke, verbrauchte Luft und Schweißgeruch strömten mir aus dem Halbdunkel entgegen. Schulz betrat die Garage — und erst jetzt erfuhr ich, was er von mir wollte. Ich sollte ihm beim Abmontieren des Fallbeils helfen.

Er winkte, damit ich näherzutreten sollte, aber ich konnte keinen Schritt tun, sondern blieb wie gebannt vor der Tür stehen: „Das können Sie von mir nicht erwarten“, sagte ich, machte kehrt und ging kurzerhand, fast laufend, zurück zu meiner LKW-Garage. Dort versuchte ich, das Erlebte zu überwinden. Ich war wie gelähmt.

## Der lange Weg nach Brandenburg-Görden

Er begann spätestens 1927/28; ich war Redakteur (seit 1926) an der kommunistischen Tageszeitung in Hannover, zuständig für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen. Unter dem Druck Stalins und im Zusammenhang mit der strikten Unterordnung der einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale und der wachsenden Stalinisierung in der Sowjetunion setzte in der relativ starken KPD ein Prozeß ein, der eine völlige Wendung der kommunistischen Politik in Deutschland zur Folge hatte. „Bolschewisierung“ lauteten Parole und Aufgabe am Anfang. Die Bildung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) — praktisch die Bildung eigener Gewerkschaften —, die Aufstellung kommunistischer Listen zu den Betriebsrätewahlen (Spalterlisten), die Denunzierung der SPD als „Sozialfaschisten“, der gemeinsame Volksentscheid mit der NSDAP gegen die sozialdemokratische Preußenregierung — das waren die deutlichsten Etappen dieser Wendung. Sie half den Nazis und dezimierte den Einfluß der KPD in den Gewerkschaften. Die KPD wurde mehr und mehr zur Partei der Erwerbslosen. Nur mühsam verdeckt durch eine Politik der revolutionären Phrasen wurde klar, daß Stalin eine Machtübernahme durch Hitler in Deutschland in sein Konzept aufgenommen hatte.

Am Beginn dieser Entwicklung wandten sich stark oppositionelle Kräfte gegen die Stalinisierung. „Zuckerbrot und Peitsche“ gegen diese Gruppen waren die Mittel der innerparteilichen Durchsetzung dieser neuen Politik.

Die KPD in Hannover führte seit ihrer Gründung das Dasein einer Sekte. Wie in anderen Städten mit größeren Altstädten (Kassel, Köln, Hamburg usw.) stellte das Lumpenproletariat einen erheblichen Teil der Mitgliedschaft. Der Einfluß der KPD auf die qualifizierten Facharbeiter war gering, also auch auf die Gewerkschaften. In ihrer besten Zeit (1922—1924) hatte die KPD nur in den Betrieben mit ungelerten Arbeitern (vor allem in der Gummiindustrie) beachtlichen Einfluß. Nirgendwo gab es so viel innerparteiliche Auseinandersetzungen, die nicht selten auch tätlich ausgetragen wurden; so 1925 bei dem Versuch, Parteihaus und Druckerei zu besetzen. Als es zu einer Schlägerei kam, griff die Polizei ein.

Kein Wunder also, daß Auflage und Einfluß der Zeitung gering waren und sie ständig in die inneren Auseinandersetzungen hineingezogen wurde. Das war nach 1927 immer häufiger der Fall. Ein Ausweichen wurde unmöglich, wenn ich mich nicht gegen alle Überzeugungen unterordnen und gleichschalten lassen wollte. Zwar konnte man durch fraktionellen Zusammenschluß und Widerstand Maßregelungen hinausschieben, jedoch wurde ich 1929 entlassen.

Nun mußte eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen werden. Von wohlwollenden Freunden wurden hauptamtliche Beschäftigungen in kommunistischen Nebenorganisationen angeboten, z. B. in Tarnorganisationen, die von dem agilen kommunistischen Propagandachef Willy Münzerberg geleitet wurden.

Dieser, gelernter Schuhmacher aus Thüringen, machte eine steile Karriere in der kommunistischen Jugendbewegung und ihrer internationalen Organisation. Er war ein Organisationsgenie, wurde zum populärsten Kommunisten in den 20er Jahren und besaß einen faszinierenden Einfluß auf Intellektuelle, auf Künstler, Wissenschaftler usw. Er verstand es, sich weitgehend aus den Fraktionskämpfen in der KPD herauszuhalten, gründete und kontrollierte zahlreiche parteipolitisch neutrale Zeitungen und Zeitschriften mit hohen Auflagen; seiner Initiative waren internationale Organisationen und Kongresse zu verdanken. Später fiel auch Münzenberg der stalinistischen Feme zum Opfer. Man fand ihn eines Tages erhängt in einem Walde in Frankreich.

Die mir gemachten Angebote setzten aber mein Schweigen voraus und liefen de facto auf meine Gleichschaltung hinaus. Ich lehnte sie deshalb ab, ging „stempeln“ und kam 1930 als ungelerner Fabrikarbeiter in einer Druckfarbenfabrik unter.

Meine politischen Freunde und ich standen vor der Frage, ob man einen Ausschluß aus der Kommunistischen Partei in Kauf nehmen sollte. Die Konsequenz wäre ein Anschluß an eine der sich bildenden kleinen Organisationen zwischen KPD und SPD, wie KPO („Kommuni-

stische Partei-Opposition") oder „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP) gewesen. Nach langen Beratungen entschied die innerparteiliche Fraktion, der ich mich angeschlossen hatte, die „Versöhnler“ genannt wurde, nach Möglichkeit innerhalb der KPD zu verbleiben und dort der verhängnisvollen politischen Entwicklung entgegenzuwirken. (Der Name „Versöhnler“, der diffamieren sollte, stammte aus den Jahren der Fraktionskämpfe in der russischen Arbeiterbewegung; es waren zeitweilig recht starke Gruppen, die sich um eine Überwindung der Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki bemühten.) Maßgebend für den Beschluß war der Umstand, daß die KPD nach wie vor eine Massenorganisation war, die man dem Stalinismus nicht überlassen dürfe. Auch wenn diese Hoffnung sich später als Illusion herausstellte, glaubten wir doch, daß sich die KPD mit ihrer millionenstarken Wählerschaft noch zu einer Verteidigung der bedrohten Demokratie entschließen würde. Auch zeigte sich recht bald, daß die erwähnten Organisationen — KPO, SAP, ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) — die gegen die Nazis kämpfenden Kräfte zersplittern und das Dasein von Sekten führen mußten. Die freundschaftlichen Beziehungen zu ihnen wurden dadurch jedoch nicht beeinträchtigt.

Eine solche Haltung setzte aber voraus, daß man sich zu einer straff organisierten Fraktion zusammenschloß, die unter den gegebenen Umständen nur streng konspirativ tätig werden konnte. Das war ein Umstand, der nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 den „Versöhnler“-Gruppen als Folge ihrer mannigfaltigen Erfahrungen sehr zugute kommen sollte. Die offizielle KPD hingegen traf die Verurteilung zur Illegalität wie ein Keulenschlag.

In der Druckfarbenfabrik wurde ich nach kurzer Zeit Vertrauensmann der Gewerkschaft; die gewerkschaftliche Aktivität im Betrieb nahm zu; es gab keine politischen Auseinandersetzungen. Alle Versuche, eine RGO-Gruppe im Betrieb zu bilden, wurden rücksichtslos unterbunden. 1933 übernahm ich die Kandidatur des Fabrikarbeiterverbandes für die Position des Betriebsratsvorsitzenden. Auch die Nazis hatten keinen Einfluß in der Belegschaft, ausgenommen bei den Angestellten. Von außen nahm der Druck auf die Betriebsleitung zu; es wurde mit dem Entzug von Aufträgen gedroht.

Der 1. Mai 1933 sollte als „Show“ der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) aufgezo-gen werden. Im Betrieb wurde beschlossen, sich nicht am

offiziellen Aufmarsch und auch nicht an dem „Maiappell“ im Betrieb zu beteiligen. Statt dessen wollten wir uns in dem hannoverschen Stadtwald „Eilenriede“ zu einer illegalen Maifeier treffen. Weil sich in keinem anderen hannoverschen Betrieb nennenswerter Widerstand zeigte, verloren ältere Kollegen, die um den Arbeitsplatz fürchten mußten, den Mut. Die Mehrheit der Belegschaft aber blieb standhaft, und die Maifeier in der Eilenriede fand statt. So bildete sich im Betrieb ein fester Kern, der bis 1935/36 zusammenhielt, als durch den Verrat eines Gestapo-Spitzels ein großer Teil unserer Leute verhaftet wurde.

Am 2. Mai 1933 wurde ich fristlos entlassen. Die Belegschaft protestierte und wollte die Arbeit niederlegen. Dieses unbesonnene Verhalten konnte jedoch vermieden werden. Wenige Tage später wollte man mich verhaften. Ich konnte flüchten und mußte in die Illegalität gehen. Meine Freunde und ich gründeten dann in Hannover das „Komitee für proletarische Einheit“; auf seinem Höhepunkt hatte das Komitee mehrere Hundert Mitglieder: Kommunisten, Sozialdemokraten, ehemalige Mitglieder von Arbeitersportorganisationen, parteilose Arbeiter und auch eine stattliche Anzahl von Ingenieuren, Lehrern — sogenannte Intellektuelle. In monatlichen Abständen wurde eine illegale Zeitung herausgegeben, die trotz aller Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo bis Ende 1935 erscheinen konnte. Sie diente auch dem Zusammenhalt der Organisation.

Vor und nach 1933 kam es auch zu einer Zusammenarbeit mit anderen Widerständlern, so auch mit Otto Brenner, dem späteren Vorsitzenden der IG Metall in der Bundesrepublik Deutschland. Die Fahndungen der Gestapo nach mir — ständig kam es zu Hausdurchsuchungen bei Freunden — beunruhigten die Organisation sehr, so daß ich mich Anfang 1934 nach Hamburg absetzte; die „Versöhnler“-Gruppe in der Hansestadt bot mir dazu die Möglichkeit. Ende 1934 ging ich dann nach Berlin, kurz bevor ich durch die Unvorsichtigkeiten einiger Freunde in Hamburg verhaftet werden sollte.

In Berlin übernahm ich die Funktion eines „Reichssekretärs“ der „Versöhnlerfraktion“. Spenden aus dem In- und Ausland ermöglichten eine solche Tätigkeit, die dem Zusammenhalt der Gruppen und ihrer Informierung diente. In Berlin mußten die Kontakte zu den Betrieben (Siemens, AEG, Osram, Ullstein usw.) aufrechterhalten werden. Ende 1935 glaubten einige Freunde an die Möglichkeit einer An-

näherung an die offizielle illegale KPD. Das war der Anfang vom Ende. Die KPD wurde intensiv von der Gestapo bespitzelt. Seit Januar 1933 galt für die Gruppe der „Versöhnler“ der Grundsatz, unter keinen Umständen mit illegalen Gruppen und Leitungen der KPD zusammenzuarbeiten. Ende 1936 waren alle führenden „Versöhnler“ verhaftet oder in der Emigration. Ich wurde im Mai 1936 irrtümlich verhaftet. Ein Glück war dies insofern, als ich dadurch die Chance erhielt, alle Freunde, mit denen ich in der Illegalität zusammengearbeitet hatte, abzudecken und im Prozeß vor dem Volksgerichtshof in Berlin allein zu bleiben; 14

Monate Untersuchungshaft waren so leichter zu ertragen. Das Urteil erging im Juli 1937; daß es nur „Pensum“, d. h. 15 Jahre Zuchthaus lauten konnte, war von vornherein klar und keine Überraschung.

So führte der Weg über die Prinz-Albrecht-Straße (Gestapohauptquartier), das „Columbia-Haus“ (Gestapo-Gefängnis), die Strafanstalt Moabit, die Gestapo in Hannover und in Hamburg, die Gefängnisse Tegel und Plötzensee nach Brandenburg. Ich war ohne Illusionen, aber keineswegs niedergeschlagen, sondern bereit zur Übernahme neuer Aufgaben.

## Der gläserne Sarg

Erinnerungen an das Zuchthaus Brandenburg  
in den Jahren 1938—1940

Das Zuchthaus Brandenburg-Görden war nicht irgendeine Strafanstalt, sondern etwas „Besonderes“. Der Bau sollte ein Musterhaus für den humanen Strafvollzug in der Weimarer Republik werden. Was davon im Dritten Reich übrigblieb, war nur die Architektur: eine Mischung von Fabrik, Badeanstalt und Käfig. Brandenburg-Görden wurde von vielen seiner Insassen „der gläserne Sarg“ genannt. Aus den Einmann-Normalzellen waren längst Dreimannzellen und aus den Schlafzellen für die tagsüber in Werkstätten Beschäftigten Einzelhaftzellen geworden. Da sie ursprünglich nur zum Schlafen dienen sollten, waren sie so schmal, daß man darin nicht die Arme quer ausbreiten konnte. Deshalb nannten die Gefangenen diese Zellen „Kammkästen“. Manche der Politischen mußten jahrelang darin zubringen.

Ein anderes Charakteristikum für Brandenburg waren seine Insassen: Der Anteil der Politischen war nicht nur besonders hoch, sondern im Schnitt auch besonders „interessant“. Dafür sorgte der in der Berliner Tiergartenstraße residierende Volksgerichtshof.

Die Kriminalisierung der in der Verfassung verbrieften politischen Rechte wie Koalitions-, Presse- und Redefreiheit durch die Notverordnung von 1933 brachte für alle Strafanstalten, aber besonders für Brandenburg-Görden, Hochkonjunktur. Die vorhandenen Kapazitäten, gedacht für echte Straftäter, reichten bei weitem nicht mehr aus für den Andrang der von der Terror-Justiz angelieferten „Hochverräter“. Wem aktive Teilnahme am Widerstand nachgewiesen wurde, kam vor ein Gericht unter Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat. Für die Beteiligung an örtlichen oder in begrenztem Bereich durchgeführten illegalen politischen Aktionen waren die Oberlandesgerichte (in Berlin das Kammergericht) zuständig. Tätigkeiten im Reichsmaßstab oder Verbindungen zu den Zentralen im Exil kamen vor den Volksgerichtshof.

Vor dem Krieg kam es vor, daß ein Durchschnittsfall mitunter von den OLGs härter ge-

ahndet wurde als vom Volksgerichtshof. Besonders gefürchtet war beispielsweise in Berlin der 4. Senat des Kammergerichts. Der Grund für diese von der allgemeinen Vorstellung abweichende Tatsache ist einleuchtend: Die karrierebewußten, meist deutschnational eingestellten Richter wollten ihre Gesinnungstüchtigkeit unter Beweis stellen. Die Volksgerichtsleute hatten das nicht nötig; sie waren — sofern es sich um Berufsrichter handelte — ausgesuchte Werkzeuge Hitlers; die Beisitzer in Hochverratsverfahren waren hohe SS- und SA-Führer sowie Parteibonzen, sogenannte Amtswalter. Bei dieser Fließbandarbeit gegen Spitzenfunktionäre, Kuriere, illegale Organisatoren, wieder eingefangene politische Flüchtlinge, Verschwörer von Rang und Namen, Attentäter und auch Spione waren Fälle, die vor einem gewöhnlichen Gericht Furor gemacht hätten, für den Volksgerichtshof vergleichsweise „kleine Fische“.

Ein solch kleiner Fisch war auch mein Fall für die Herren in der roten Robe.

Auf dem „Alex“, im Gefängnis des Berliner Polizeipräsidiums, und zwar auf dem für die Gestapo reservierten Teil, nahm man mir Krawatte, Gürtel und Schnürsenkel ab. Ich war dort nach meiner Verhaftung durch Gestapoleute (die so aussahen, wie man sie sich vorstellt) gelandet, weil im Keller des Himmlerschen Hauptquartiers in der Prinz-Albrecht-Straße kein Platz mehr zur Verfügung stand. So mußte ich mich als frisch eingelieferter „Zugang“ auf einem Flur in eine angetretene Gruppe von Häftlingen einreihen, die stumm nebeneinanderstehend zur Wand blickten. Neben mir stand ein Zuchthausgefangener in seiner schwarzen Kluft mit den breiten gelben Streifen an der Hose. Sein Kopf schien geschoren; er hatte ein intelligentes Gesicht und blickte teilnahmslos auf die gegenüberliegende Tür. Indem er sein Körpergewicht unauffällig nach hinten verlagerte, fragte er aus dem Mundwinkel, ohne die Lippen zu bewegen: „Partei?“ Ich wußte sofort, er war Kommunist. Niemand anders hätte nach „der“ Partei gefragt. So war es.

Er war aus dem Zuchthaus Brandenburg zur Vernehmung hierhergekommen. Ich antwortete so gut es ging, indem ich seine Technik imitierte, und murmelte zwischen den Zähnen, es handele sich sowohl um Tätigkeit für die Kommunisten als auch für die Schwarze Front. „Sprich zu niemand darüber!“ zischte er, „es wimmelt hier von Spitzeln.“ Dann gab er mir Tips für die kommenden Verhöre. Dies war der erste politische Sträfling, den ich kennenlernte. Es war Alfred Schaefer, ehemaliger Nachwuchsschauspieler bei Brecht und Piskator, verhaftet als Funktionär der illegalen KPD in Berlin-Neukölln. Er hatte die auf Hektograf hergestellte „Neuköllner Sturmflagge“ redigiert. Nach seiner Entlassung gelang es ihm, sozusagen im letzten Augenblick, außer Landes zu gehen. (Als wir uns Jahre nach dem Kriege wiedertrafen, stellten wir fest, daß wir uns ungefähr im gleichen Tempo von unseren alten Positionen gelöst und entfernt hatten. Er hatte sich der Philosophie gewidmet und mit einer Arbeit über David Hume promoviert. Inzwischen hat er mehrere Schriften verfaßt, die sich mit Marx und Lenin kritisch auseinandersetzen.)

Die Anstaltsleitung von Plötzensee setzte ihren Ehrgeiz daran, die zu Zuchthausstrafen verurteilten Untersuchungshäftlinge in schwarze Zuchthauskleidung zu stecken und so auf den Transport zu schicken. Sie verfügte über einen Vorrat davon, weil in der „Plötze“ das Fallbeil stand und im Haus 3, das als Untersuchungsgefängnis diente, im Erdgeschoß eine Station für die zum Tode Verurteilten reserviert worden war, die diese Sachen tragen mußten — zwischen Verurteilung und Hinrichtung. Sechs Monate lang habe ich diese Unglücklichen täglich einmal bei ihrer „Freistunde“ gesehen, zu der sie gefesselt auf den Hof unter meinem Fenster geführt wurden. Das war ein Anblick, den man nie vergißt. Wie ich erfuhr, waren nur wenige Mörder darunter; vorwiegend handelte es sich um politische Gefangene oder Opfer eigener Leichtfertigkeit beim Briefwechsel oder im Gespräch. Dieser vom Färben und Flickern scheckigen Kluft schien eine Aura von Todesangst und Blut anzuhängen. Bei der Einlieferung in Brandenburg schimpfte bei jedem Zugang aus Plötzensee der Hausvater (hinter dieser freundlichen Bezeichnung verbarg sich die beim Militär als „Kammerbulle“ bekannte Funktion) auf seinen fernen Kollegen und schickte ihm die Sachen zurück.

Als ich wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt in Brandenburg eingeliefert wurde,

war ich 22 Jahre alt. Ich saß dort ein von 1938 bis 1940. Zunächst wurde ich in den „Rabenflügel“ gesteckt, einen Gebäudeteil des Hauses 2, der für jugendliche Missetäter reserviert worden war. Der Zufall wollte es, daß die auf die Einzelzellen zu verteilenden „Zugänge“ außer mir noch zwei politische Häftlinge und drei Kriminelle waren. Der sich schneidig gebende Stationswachtmeister empfing uns mit den Worten „So ist's recht: Spitzbuben und Hochverräter!“ Zunächst bekam man ein lähmendes Gefühl des Ausgeliefertseins, aber schnell gelangte man zu der Gewißheit — auch in der Einzelhaft — von Gleichgesinnten umgeben zu sein. Dieses Gefühl brüderlicher Verbundenheit verließ den politischen Gefangenen nicht. Ich glaube, daß diese Empfindung nicht allein eine Folge des Optimismus' und der Illusionen der Jugend war, die mich die tragische Situation vielleicht in einem zu romantischen Licht erleben ließen.

Uns politischen Gefangenen war eines gemeinsam: das starke Gefühl der Solidarität, der Kameradschaft und der Zusammengehörigkeit, unabhängig von Alter oder politischer Richtung. Wir hatten — auch das muß gesagt sein — ein deutliches Elitebewußtsein, fühlten uns nicht nur den Kriminellen und den Beamten moralisch überlegen, sondern auch den Opportunisten draußen, die das Regime als Mitläufer unterstützten. Auch geistig fühlten wir uns denen überlegen, die nicht wie wir die Katastrophe auf unser Volk zukommen sahen; wir fühlten uns wie Gesunde, die eine Art schleichende Geisteskrankheit beobachteten. Dieses Elitebewußtsein kam gelegentlich dort zum Vorschein, wo es im Gegensatz zu egalitären Programmdeklamationen stand. So antwortete mir der kommunistische Funktionär Hans Rothbarth, als ich im Gespräch meinte, die Arbeiterklasse „als solche“ würde mit uns sympathisieren: „Na, darauf verlaß Dich man nicht so sehr ...“ — Wenn man zur „Vorhut der Arbeiterklasse“ gehörte, mußte man sich doch fragen, wo denn die Arbeiterklasse selbst, wenigstens mit ihrer Sympathie, eigentlich geblieben war. (Rothbarth war eine männliche Erscheinung mit einem ausdrucksvollen Gesicht voller Selbstbeherrschung. Er sei Weber, sagte er mir in akzentfreiem Hochdeutsch, das keine landsmannschaftliche Herkunft erkennen ließ. Er war Sohn eines Unternehmers. Das Understatement war nicht untypisch für manche Kommunisten, die aus bürgerlichem Hause stammten. Rothbarth war auf der Leninschule in Moskau mehrere Jahre ausgebildet worden; er war zurückhaltend, sprach präzise und sein Gesichtsausdruck war gesamt-

melt, seine Körperhaltung aufrecht. 1944 wurde er von der SS erschossen.)

In einer 12-Mann-Zelle, vorwiegend mit politischen Gefangenen belegt, lernte ich einen blutjungen SAPler kennen; er hieß Krause und stammte aus Breslau. Seine fast heitere Zuversicht stand im Gegensatz zu der Melancholie, die von einem sehr sympathisch wirkenden Jungkommunisten ausging, der einen mißlungenen Fluchtversuch hinter sich hatte. Während des ersten Gespräches mit Krause wanderte mein Blick auf seine Spindkarte, auf der sein Name, die Gefangenennummer und als Entlassungsdatum „beim Tode“ zu lesen stand. Er erzählte mir lächelnd, die Gestapo habe bei ihm außer Flugblattmaterial (Flugblätter waren immer „Material“) auch eine Bleistiftskizze von der Lage einer Kaserne gefunden, die er zur Vorbereitung irgendeiner „Aktion“ angefertigt habe. Da hätten „sie“ ihm zur üblichen Vorbereitung zum Hochverrat auch den Landesverrats-Paragraphen angehängt.

Die SAP (Sozialistische Arbeiter-Partei) hatte sich unter Führung von Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld anlässlich der Panzerkreuzer-Debatte im Reichstag 1931 als linke Splittergruppe von der SPD getrennt. Die SAP-Leute waren Marxisten, hatten aber kein Verlangen, sich dem Sog des kommunistischen Zentralismus auszusetzen. So standen sie in der internationalen politischen Landschaft den militanten österreichischen Sozialisten („Austromarxisten“) und den norwegischen Sozialdemokraten nahe, einer Richtung, die scherzhaft „Internationale 2 1/2“ genannt wurde. In Brandenburg war eine Anzahl jüngerer SAP-Leute aus Schlesien inhaftiert, die zum Teil hohe Strafen zu verbüßen hatten. Zwei von ihnen traf ich beim Kartoffel-Buddeln auf dem anstaltseigenen Acker beim Plauer Hof; der eine hatte zehn Jahre zudiktirt bekommen, von denen er schon ein paar Jahre abgesessen hatte. Er war bleich und strengte sich an, sein Arbeitspensum zu schaffen. Im Außenarbeitslager Abbendorf lernte ich den SAP-Mann Hans Brammer aus Pforzheim als guten Kameraden schätzen, und später bei den 999ern wurde ich mit Adolf Schröder aus Mannheim bekannt, der mit ihm illegal zusammengearbeitet hatte. Aus seinem Mund hörte ich zum erstenmal etwas von seinem Parteifreund Willi Brandt, dessen Artikel als illegales Material kursierten. Ebenfalls bei den 999ern machte ich die Bekanntschaft des späteren Zweiten Vorsitzenden des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, Herbert Tutz, der aus der Breslauer SAP stammte.

Im Außenarbeitslager Abbendorf, wo wir als an die Tiefbaufirma Dyckerhoff & Wiedmann vermietete Sklavenarbeiter untergebracht waren, hinter Gittern versteht sich, erwarb ich die Freundschaft dreier Berliner Maurer. Sie waren Kommunisten, von keiner grauen Theorie angekränkelte klassenbewußte Arbeiter von altem Schrot und Korn, die auch als Gefangene nicht anders arbeiten konnten, als sie es gewohnt waren: gut! Das war ein Charakteristikum für alle Facharbeiter; es war ihnen nicht gegeben, die so gut wie unbezahlte Arbeit für die Kerkermeister aus ihrer gewohnten Arbeitsmoral auszuklammern. Ich mußte in den ersten Tagen und Wochen bei dieser für mich ungewohnten 12-Stunden-Schwerarbeit staunend erfahren, daß eine sinnvolle Arbeit von einem zum Gefangenen gemachten „Normalmenschen“ akzeptiert wird.

Hanne Sygmond war ein kleiner drahtiger Kerl, der mit seinem trockenen Berliner Witz den richtigen Kommentar fand, wenn hinter uns der Wachtposten mit geladenem Gewehr mit Kannibalenhumor drohte, uns die „Feuersteine“ (Hoden) wegzuschießen. Als sich „Hanne“ verabredungsgemäß nach seiner Entlassung zur Verbindungsaufnahme bei mir zu Hause meldete, war ich bereits bei den 999ern. Diese zunächst in Afrika eingesetzte „Bewährungs“-Division rekrutierte sich nur aus ehemaligen „wehrunwürdigen“ Zuchthäuslern. Solche Verabredungen wurden nicht selten getroffen und auch eingehalten. Bei manchem führten sie zu erneuter Untergrundtätigkeit, so auch bei mir. Im Krieg wurde die illegale Arbeit allmählich immer mehr — außer von den noch unentdeckt Gebliebenen — von solchen bereits „gebrannten Kindern“ geleistet; einige von ihnen endeten auf dem Schafott.

Albert Rauhe hatte ein bedächtig-unerschütterliches Wesen. Er war Berliner, ein athletischer Typ mit Humor und Selbstbewußtsein, ein Mann, auf den man sich verlassen konnte, wie sich auch später bei den 999ern erwies, wo er von Anfang an zur Widerstandszelle in meiner Kompanie gehörte.

All diese Eigenschaften trafen auch auf Paul Kriese zu — schlank, blond, mit scharfen Falten im Gesicht. Von ihm ist noch etwas besonderes zu berichten: er war von der Gestapo bei der Vernehmung an einen Stuhl gefesselt worden; man wollte die Namen der „Mittäter“ aus diesem stabilen Mann herausprügeln. Nach dem ersten erfolglosen Verhör wieder in seine Zelle zurückgekehrt, verfiel er angesichts der zu erwartenden Fortsetzung der Folter auf die gleiche Idee wie der während des Ersten Welt-

krieges eingesperrte spätere Polendiktator Pilsudski: er stellte sich verrückt. Noch in der selben Nacht setzte er sich auf sein Bett und bellte wie ein Hund, bis die Beamten ihn herausholten und ihn zur Beobachtung in die „Klappsmühle“ brachten. Dort hielt er mit großem Geschick Ärzte und Personal solange zum Narren, bis er irgendwie erfuhr, daß die Voruntersuchung abgeschlossen war. Dazu gehören schon eiserne Nerven; Paul hatte sie.

Bei der minuziösen Schilderung der Gestapozene nannte er auch den Namen des Gestapomannes, der sich besonders hervorgetan hatte: Kientop. Dieser seltene Name ließ mich aufhorchen und ich fragte, ob dieser ein auffallend grobes Gesicht mit Akne-Narben hätte. Er bestätigte dies und damit meinen Verdacht, daß es sich um einen ehemaligen Mitschüler am Dorotheenstädtischen Realgymnasium handelte, einen Dummkopf und notorischen Feigling. In der Zwischenzeit hatte ich ihn einmal auf der Straße in SS-Uniform gesehen und gedacht: Da gehörst du hin! Nun erfuhr ich also, daß er auch noch eine seinen Talenten entsprechende Karriere gemacht hatte.

Was alle politischen Gefangenen in Brandenburg einte, war die militante Gegnerschaft zur faschistischen Diktatur. Die Unterschiede der organisatorischen Herkunft, der politischen Ziele oder der Weltanschauung traten in den Hintergrund und wurden nebensächlich. Zwar hatten die Parteikommunisten zahlenmäßig das Übergewicht; die Sozialdemokraten waren — gemessen an den früheren Mitgliederbeständen — schwach, aber die kleinen politischen Gruppen und Sekten relativ stark vertreten; sie waren „überrepräsentiert“, ihr politisches Bildungsniveau war im Durchschnitt am höchsten.

Kenntnisse der marxistischen Theorie waren bei den KPD-Leuten zu meiner Überraschung spärlicher verbreitet, als ich vermutet hatte. Manche Funktionäre, auch lerneifrige Junge, konnten zwar ganze Passagen aus „Lohn, Preis, Profit“ oder auch aus Lenins Schriften auswendig zitieren, aber das war mitunter von rührend-unbeholfener Art, etwa wie in der Sonntagsschule das Aufsagen des Katechismus. Der Antrieb zum Handeln, das ihre Gefangenschaft verursacht hatte, war schlichte Treue zu ihren Genossen, zu ihrer Organisation, Empörung über die Gemeinheiten, die von der NS-Diktatur begangen wurden, Rebellion gegen Unfreiheit. An dieser Stelle muß allerdings auch eine andere Tatsache erwähnt werden: Die deutsche Arbeiterbewegung insgesamt

hatte einen gewissen Typus des nicht allein politisch geschulten, sondern auch auf Allgemeinbildung bedachten Autodidakten hervorgebracht, den man in normalen Zeiten schon an seinem äußeren Erscheinungsbild erkennen konnte. Die Schaffung dieses Typus ist eine echte Leistung der Arbeiterbewegung gewesen.

Unter den mittleren Funktionären der KPD kannten sich viele schon von draußen; es ist klar, daß solche alten Bindungen besonders eng waren und, verbunden mit dem charakteristischen Apparatdenken, die eigene Illusion nährten, andere zu dirigieren. Das kommt deutlich zum Ausdruck in dem in der DDR erschienenen Brandenburg-Bericht „Gesprengte Fesseln“<sup>1)</sup>. Dort wird beim Leser die Vorstellung von einer fabelhaft funktionierenden, bestens informierten, festgefügt illegalen Parteiorganisation der KPD geweckt, die das Unglaublichste möglich machte und unsichtbar allgegenwärtig agierte. Es wird an einer Legende gestrickt, und ich bin sicher, daß die Verfasser mittlerweile selbst daran glauben. Eine Partei, die über diktatorische Macht verfügt, kann die Vergangenheit nach den vermeintlichen Notwendigkeiten der Gegenwart „aufarbeiten“.

Als ich gegen Ende 1938 ins Außenkommando des Zuchthauses Brandenburg in Abbendorf an der Elbe gebracht worden war, fiel mir ein hochgewachsener, älterer Mitgefangener auf; er hatte ein scharfes Profil und weiße Haare. Ein Kommunist klärte mich auf: „Wat, als Berliner kennste den nich? Det ist Knüppelheinrich!“ So wurde er von Kommunisten und Nazis genannt, der Polizeimajor Karl Heinrich, der in den Jahren der Weimarer Republik für die Unversehrtheit der „Bannmeile“ um Reichstag und Regierungsviertel zu sorgen hatte. Diese Bannmeile war, nach den schrecklichen Ereignissen vor den Stufen der Reichstagsfreitreppe im Jahre 1920, als Sperrbezirk geschaffen worden, innerhalb dessen keine Demonstrationen stattfinden durften. Das Parlament sollte nicht unter den Druck der Straße geraten. Da Heinrich als Sozialdemokrat und Reichsbannerführer seine Aufgabe ebenso unparteiisch wie energisch durchführte, wurde er auf beiden Seiten des politischen Spektrums mit diesem Spitznamen bedacht. Die alten Animositäten schienen aber bei den Berliner Kommunisten kameradschaftlich-gutmütigem Spott, damals „Flachs“ genannt, Platz gemacht zu haben. In der Illegalität war Heinrich das Haupt einer eigenen Widerstandsgruppe

<sup>1)</sup> Berlin (Ost), 1976<sup>2</sup>.

gewesen, die offenbar ziemlich unabhängig war. Seine sarkastischen Bemerkungen waren treffend. Er entwickelte manchmal einen bemerkenswert skurrilen Humor. So äußerte er einmal die Absicht, nach dem „Knast“ nach Neu-Kaledonien auszuwandern und sich in einer Einsiedlerklause eine Brandenburg-Gedächtnisecke herzurichten mit Spindkarte, Blechnapf und der nachgefertigten schwarzen Kluft. Alle lachten, er am meisten. Als ich ihn zum letzten Mal bei der Arbeit sah, stand dieser hochgewachsene alte Herr mit einem halben Dutzend Mitgefangener auf einer Fünf-Kubikmeter-Lore, die an unserer Schipperkolonne im Schneeregen vorbeirollte. Er hatte, wie die anderen auch, den blauen Wetterumhang um die Schultern gelegt und das schwarze Krätzchen, die schirmlose Mütze, über die Ohren gezogen; seine schlohweißen Schläfenhaare leuchteten vor. Es war ein Sauwetter. Er rief uns ein Scherzwort zu. Dann kam jene gefürchtete Kommission und stellte einen Transport in die berüchtigten Moorlager im Emsland zusammen. Nach welchen Gesichtspunkten da selektiert wurde, war unerfindlich. Er und mein Prozeßgenosse Walter Beyer, ein Medizinstudent, der aus der Bündischen Jugend stammte, waren dabei. Beide sah ich zum letzten Mal. Später hörte ich von einem „Moorsoldaten“ über die beiden achtungsvoll sagen, sie hätten sich tapfer gehalten.

Das mit dem „Sich-tapfer-halten“ liest sich heute so leicht. Man muß aber wissen, daß es gerade in diesen Moorlagern, obwohl nicht der SS, sondern der Justiz unterstehend, schrecklich zuging. So erfuhr ich in Brandenburg von einem aus dem Moorlager zurückverlegten Kommunisten namens Voggenauer, daß das Krankenhaus in Papenburg immer wieder Selbstverstümmeler behandeln müsse, die sich Kopierstiftpartikel in die Augen getan, Rasierklingsplitter verschluckt oder Fingerglieder mit dem geschliffenen Spaten abgeschlagen hatten, um aus der „Hölle am Waldessaum“, wie das Lager Esterwege genannt wurde, wegzukommen. Ein Fall machte die Runde durch alle Strafanstalten: Ein Ver zweifelter, der sich die ganze Hand abgetrennt hatte, wurde nach der ärztlichen Versorgung ins Lager zurückgeschickt; der Kommandant ordnete an, daß dem Krüppel vom Schmied ein Ringhaken angefertigt wurde, der mittels einer Kappe am Armstumpf befestigt wurde, damit der Unglückliche auch weiterhin den Spaten halten könne.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes habe ich als Kriegsgefangener in den Verei-

nigten Staaten in einer Zeitung gelesen, daß Karl Heinrich Kommandeur der neu aufgestellten Berliner Schutzpolizei geworden war. Als ich 1946 heimkehrte, mußte ich erfahren, daß die Russen ihn inzwischen hatten verschwinden lassen — im wahren Sinne des Wortes. Heinrich war nach dem Kriege einer der wenigen, der für einen Posten nicht nur die Eigenschaft eines Fachmannes, sondern auch die eines Widerstandskämpfers und Verfolgten mitbrachte. Das Vertrauen der drei westlichen Stadtkommandanten also besaß er; die Russen jedoch wollten keinen selbstbewußten Widerständler, sondern einen von ihnen Abhängigen; sie wollten keinen sich der Zwangsvereinigung widersetzenden Sozialdemokraten, sondern einen in russischer Gefangenschaft „umerzogenen“ Ritterkreuzträger. So verschwand Heinrich, zu einer „Besprechung“ mit einem Offizier der sowjetischen Besatzungsadministration geladen, spurlos in einem anderen Gebädetrakt des Polizeipräsidiums, in dem seine eigene Dienststelle untergebracht war. Vergeblich bat seine Frau um Aufklärung. Die Russen stellten sich dumm. Nach Jahren erst kam es durch aus russischer Haft Heimgekehrte heraus: Heinrich war in einem russischen Internierungslager auf deutschem Boden zugrundegegangen.

Eine abenteuerliche Lebensgeschichte hatte Theo Faller, ursprünglich Metallfacharbeiter, aber bereits seit Jahren Berufsrevolutionär. Er stammte aus Lörrach in Baden, war jedoch nach zweijähriger Spezialausbildung in der Sowjetunion in Berlin im legendären (und wohl auch überschätzten) M-Apparat der KPD aktiv. 1933 verhaftet, war ihm auf groteske Weise die Flucht aus der Kaserne der gefürchteten SA-Feldpolizei in der Alexanderstraße gelungen: Jemand hatte ihn aus seiner Zelle geholt, ihm Besen und Müllschippe in die Hand gedrückt und ihm befohlen, den Flur zu fegen. Als er bemerkte, daß der Flur an der Straßenseite des Hauses lag und vor der Hausfassade ein Malergerüst aufgebaut war, öffnete er in einem unbewachten Augenblick das Fenster und kletterte mit gezwungener Gelassenheit die Gerüstleiter wie ein Bauarbeiter oder Anstreicher hinab. Von niemandem beachtet, tauchte er im Gewühl der belebten Verkehrsstraße unter. Bei seiner späteren Wiederer greifung wurde er im berüchtigten Columbi ahau in der General-Pape-Straße von der SS wochenlang fürchterlich mißhandelt. Er schilderte mir in seinem badischen Akzent die makabre Szene, wie er zerschlagen, mit zeretzter Kleidung, abgerissenem Ärmel, in der Ecke kauern von einem lachenden süddeutschen

Bauernburschen in schwarzer SS-Uniform seinen Kameraden gezeigt wurde: „Da schaut's — der luegt wie a Fuchs". Der „Fuchs" war scheinbar ein Asthenikertyp, dem man unter den schlotternden Kleidern die trainierten Muskeln nicht ansah. Sein Kopf war schmal, er hatte eine auffallend große Nase. Die Richter wußten, daß sie einen Militanten mit Stehvermögen vor sich hatten, aber sie ahnten nichts von seiner Bürgerkriegsausbildung in Rußland. Trotzdem wurde in seinen Gestapoakten schon vor dem Urteilsspruch der Vermerk angebracht, ihn nach Verbüßung der Strafe in ein KZ zu überführen. Dies war ihm bekannt, und so sann er auf Flucht. Die Flucht war in Brandenburg, wenn überhaupt, nur von der Außenarbeit aus möglich. Als er nach „guter Führung" zur Außenarbeit in die Beamtenhöfe kam, stellte er per Kassiber einen konspirativen Kontakt her, um Unterstützung von außen zu erlangen. Bei „seinem" Wachtmeister hatte er mittlerweile so etwas wie eine Vertrauensstellung erworben, und nach schweißtreibenden Vorbereitungen gelang der Coup: Faller verschwand in Zivil auf einem Motorrad noch vor dem ausgelösten Alarm, bei dessen ertönen die drei Brücken zum Görden, auf dem die Anstalt liegt, abgesperrt wurden. Dann ging er über die „grüne" Grenze in die Tschechoslowakei; gleichzeitig ließ er seine Zuchthausuniform als Päckchen an den Hausvater schicken. Das war nicht nur eine Verhöhnung der Justiz, sondern eine Vorsichtsmaßnahme für den Fall des Mißlingens seiner Flucht: ein wieder eingefangener Flüchtling mußte mit einer neuen Anklage wegen ‚Diebstahls von Staatseigentum' rechnen.

Inzwischen war der spanische Bürgerkrieg ausgebrochen. In Prag angekommen, mißfiel ihm die Spannung unter den Emigranten, besonders unter den Parteikommunisten; daran waren nicht nur die demoralisierende soziale Lage und das dauernde Aufeinanderhocken schuld, sondern auch die politische Entwicklung in der Sowjetunion. Stalins „Säuberungen" warfen lange Schatten. Faller meldete sich nach Spanien und bekam dort, entsprechend seiner Ausbildung, den Auftrag, eine kleine Sabotagegruppe im Rücken des Feindes zu führen. Die Gruppe wurde hinter die Stellungen der Francotruppen geschleust und schlich sich nachts auf Eisenbahngelände an die für Lokomotiven der Militärzüge bestimmte Kohle heran. Die großen Kohlestücke wurden mit einem dünnen Instrument angebohrt und Sprengstoff eingefüllt. Die Munitionszüge sprengten sich beim Heizen selbst in die Luft. Nach dem Abzug der Ausländer aus der spa-

nischen Republik kam er wieder nach Prag, rechtzeitig um das Tohuwabohu im Emigrantenheim beim Einmarsch der deutschen Truppen mitzerleben. Er erzählte mit Erbitterung, daß die deutschen Flüchtlinge, während die Panzerspähwagen der Wehrmacht bereits durch die Straßen fuhren, die tschechischen Nachbarn vergeblich darum baten, ihnen kleine Karren und Wägelchen zu verkaufen, damit sie ihre Habseligkeiten bei der erneuten Flucht mitnehmen könnten. Niemand habe einen Finger zur Hilfeleistung gerührt; man habe vielmehr kaum abwarten können, sich auf die zurückgelassenen Sachen zu stürzen.

Faller flüchtete dann in Richtung auf die Karpathoukraine; an der Grenze wurde er von den Rumänen verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht. Dort traf er sowohl rumänische Kommunisten als auch Codreanu-Faschisten als Gefangene. Nach drei Monaten wurde er in die mittlerweile besetzte Tschechoslowakei abgeschoben und erreichte wieder Prag. Mit Hilfe der Quäker, von denen er mit großer Hochachtung sprach, gelang es ihm, mit falschen Papieren und echter Fahrkarte im Eisenbahnzug in Richtung Schweiz abzureisen. An der Paßkontrolle beteiligte sich aber ausgerechnet ein Gestapomann aus Berlin, der ihn wiedererkannte. Im Pankraz, dem Prager Polizeigefängnis, traf er schließlich eine ganze Anzahl von Parteifunktionären wieder, denen die Flucht ebenfalls nicht geglückt war. Sie beschuldigten sich gegenseitig früher gemachter Fehler. Diese Rückblicke seien noch depressiver gewesen als die Aussichten, meinte Faller. So kam er wieder nach Brandenburg, um dort die restliche Strafe mit der Gewißheit abzusitzen, danach nicht in die relative Freiheit entlassen, sondern in ein KZ „überstellt" zu werden. In dieser Situation lernte ich ihn kennen.

Faller erzählte mir all dies, weil er offenbar großes Vertrauen zu mir gefaßt hatte. Denn nicht nur seine Ausbildung in Rußland, seine Zugehörigkeit zum M-Apparat, sondern auch seine Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg waren der Gestapo und den Mitgefangenen nicht bekannt. Unnötig zu sagen, daß es an diesem Ort zu jener Zeit niemanden gegeben hätte, der mit so etwas hätte renommieren wollen. Seine Frau saß im Frauen-KZ Ravensbrück im Strafblock. Eines Tages zeigte er mir einen Brief von ihr, der ihm gerade ausgehändigt wurde. Es handelte sich um ein handgroßes, beschriebenes Gitterwerk aus Papier. Die bestandenen Stellen waren vom Zensor mit der Schere herausgeschnitten worden, so daß

die nicht beanstandeten Stellen auf der Rückseite ebenfalls fehlten. Aus der von länglichen, waagerechten Löchern unterbrochenen Ansammlung einzelner Satzketten war kaum noch ein Sinn herauszulesen. Theo Fallers sah schwarz für seine Zukunft. Ich gab ihm meine Adresse für den Fall, daß es doch noch eine günstigere Entwicklung für ihn gäbe. Er winkte nur müde ab, prägte sie sich aber ein.

Nach der Verbüßung seiner Strafe meldete er sich eines Tages bei mir als Entlassener. Was zwischenzeitlich geschehen war, war so außergewöhnlich wie alles andere: die Gestapo hatte ihn an seinem Entlassungstag vergessen. Nun blieb ihm nichts anderes übrig, als ein „großes Spiel“ zu wagen. Als Zivilist mit ordentlichen Entlassungspapieren ging er in Berlin in die Prinz-Albrecht-Straße, ins Hauptquartier der Gestapo. Natürlich stellte sich heraus, daß man tatsächlich nur vergessen hatte, ihn abzuholen. Er wurde in eine der winzigen, fast quadratischen Wartezellen geschubst. Das waren, so sagte er mir, die schlimmsten Stunden seines Lebens. Als sie ihn wieder herausholten, machten die Gestapoleute neugierig-gespannte Gesichter. Fallers erklärte ihnen, daß er, wenn sie seine Frau nicht freiließen, auch nicht „draußen“ sein wolle. Er betrachte sich als ein geschlagener Gegner, der bezahlt habe und bei aussichtsloser Lage kapituliere. Die Gestapomänner waren verblüfft. Diese Mischung ritterlicher Gesinnung und Unverfrorenheit schien ihnen zu imponieren. Er wurde freigelassen und seine Frau aus dem KZ, wo sie sich eine Tbc zugezogen hatte, zur Aufpäppelung mit Butter und Schonkost ins Polizeipräsidium geschafft und nach etwa zwei Wochen entlassen. Ich lernte sie in ihrem gemeinsamen Heim, einer Laubenbaracke in Fredersdorf, kennen. Auch sie war ein außergewöhnlicher Mensch: eine lebenskluge Frau mit mütterlichem Instinkt, dabei äußerlich eher ein harter Typ, der an frühe Revolutionärinnen der Zarenzeit erinnerte. Im Gespräch sagte sie einmal: „Lieber Unrecht dulden, als Unrecht tun.“ Das klang nicht gerade leninistisch. Dabei war sie eine intelligente, geschulte Frau, Dolmetscherin und Justizangestellte in der Weimarer Zeit. Zu Beginn des Dritten Reiches hatte sie an einer gescheiterten Befreiungsaktion für Thälmann in Moabit teilgenommen.

Theo Fallers wurde nach mir zu den 999ern eingezogen und kam in den Dodekanes. Dort wurde sein Schiff zwischen den Inseln während des Transports getroffen und versenkt. Die Engländer sollen auf die Schiffbrüchigen

geschossen haben; jedenfalls erhielt er einen Lungensteckschuß. Da er, wie ich aus seinen Jugenderinnerungen wußte, ein im Oberrhein trainierter guter Schwimmer und überhaupt ein zäher Kerl war, erreichte er noch den Strand von Rhodos. Dort liegt er begraben.

Die KPO, als „rechte“ Oppositionsgruppe 1928 mit Brandler und Thalheimer aus der KPD ausgeschlossen, war besonders in den Industriebetrieben aktiv. Sie hatte ihre Hauptstützpunkte in Breslau, Stuttgart, Leipzig und Berlin. Ihre Kritik an der KPD konzentrierte sich auf deren Abhängigkeit von Moskau; unter Stalins Einfluß hatte die KPD in wachsendem Maße den Kampf gegen die Sozialdemokratie, die von ihm als „Sozialfaschismus“ diffamiert wurde, geführt und die Gewerkschaften zu spalten versucht. Die KPO hielt zu entsprechenden Gruppierungen in anderen Ländern Verbindung und betrachtete sich als eine Opposition innerhalb der kommunistischen Bewegung — deshalb die eigene offizielle Bezeichnung als KPD (O) —, die eine Reform der Komintern anstrebte. In der innerrussischen Auseinandersetzung galt ihre Sympathie dem ehemaligen ersten Vorsitzenden der Komintern, N. Bucharin, der nach den Moskauer Schauprozessen erschossen wurde.

KPO-Leute galten zu Recht als besonders rühriqe Gewerkschaftler. So war der Leiter der Widerstandszelle des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin, die eine selbsthergestellte Untergrundzeitung herausgab, das KPO-Mitglied Walter Uhlmann. Dieser hatte illegal, d. h. vor der Gestapo versteckt und polizeilich nicht gemeldet, leben müssen und war zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er jetzt in Brandenburg verbüßte. Nach seiner Verhaftung wollte es der Zufall, daß er im Treppenhaus der Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße an dem allgewaltigen Himmler vorbeigeführt wurde. Da Uhlmanns Erscheinung — groß, blond, blauäugig — so ganz den Idealen der SS entsprach, stutzte Himmler, blieb stehen, musterte ihn durch seinen Zwickler und fragte nur: „Kommunist?“ Uhlmann, der als oppositioneller Antistalinist durchaus eine differenzierte Antwort hätte geben können, sagte schlicht: „Ja“.

In dem DDR-Buch über Brandenburg<sup>2)</sup> wird Uhlmann zur Unperson gestempelt; die Autoren dieses Berichtes verzichten dabei gerade auf jene Fakten, die das zu stützen geeignet sind, worum es ihnen am meisten geht: den Nachweis aktiven Widerstands. So wird ge-

<sup>2)</sup> A. a. O.

sagt, daß es nicht gelungen sei, die Verbindung zu der letzten noch gegen Kriegsende illegal arbeitenden Organisation in Berlin, der Saefkowgruppe, herzustellen. In Wirklichkeit wurde diese Verbindung von Uhlmann hergestellt, der als LKW-Beifahrer dabei seinen Kopf riskierte<sup>3)</sup>.

Der Stalin-Hitler-Pakt wirkte auf alle politischen Gefangenen niederschmetternd. Die Beamten jedoch feixten. Das von der Justizverwaltung zentral herausgegebene Blatt für die Sträflinge, „Der Leuchtturm“, brachte auf der Titelseite das Bild vom Empfang des NS-Außenministers Ribbentrop auf dem Moskauer Flughafen. Eine Musikkapelle der Roten Armee spielte das Horst-Wessel-Lied, wie in der Bildunterschrift genüßlich hervorgehoben wurde. Aus der Sicht der Politischen war eine böse Entwicklung eingetreten; bei den linientreuen Kommunisten kam die seelische Belastung hinzu. Dennoch gab es Funktionäre, bei denen der Wille zu glauben stärker war als die Vernunft.

Ich entsinne mich einer in der Baracke in Abendorf des Nachts flüsternd geführten Diskussion im September 1939 zwischen Uhlmann, Karl Müller und mir. Müller versuchte die Haltung der Sowjetunion zu begründen und zu verharmlosen. Wir wollten von ihm wissen, was er denn sagen würde, wenn sich herausstellen sollte, daß Stalin und Hitler heimlich eine Demarkationslinie durch Polen vereinbart hätten, an der sich Wehrmacht und Rote Armee als Verbündete trafen. Die Antwort: das sei ausgeschlossen, der Gedanke sei so aberwitzig, daß es nicht lohne, an solche Hypothese ein Wort zu verschwenden. Als wir insistierten und sinngemäß sagten, daß seine Einstellung richtig sein möge — auch wir hofften dies ja —, aber ob im Falle der angenommenen Bestätigung solcher Hypothese nicht auch er die Notwendigkeit sehe, die eigene Einschätzung der Sowjetunion neu zu überdenken, gab er dies nach einigem Sich-winden zu. Natürlich „rein theoretisch“, denn es sei sowieso eine müßige Gedankenspielerei. An einem der nächsten Tage brachte jemand den „Völkischen Beobachter“ mit der auf einer Karte von Polen eingezeichneten Demarkationslinie ins Lager. Aber bei manchen Kommunisten war der Glaube eben stärker als Vernunft, auch bei Anhängern des „wissenschaftlichen“ Sozialismus.

In dem Buch „Gesprengte Fesseln“ wird eine kleine Wartezelle für Arztpatienten im Haus 2

<sup>3)</sup> Vgl. den Beitrag von W. Uhlmann, S. 11 ff.

erwähnt, in der hin und wieder ein kurzer Gedankenaustausch zwischen Politischen stattfand, die sich auf andere Weise nicht hätten sehen können. Unter dem Vorwand der medizinischen Betreuung wurden solche Begegnungen gelegentlich arrangiert. In dieser Zelle hatte ich eine interessante Begegnung mit einem Intellektuellen aus der Karl-Liebknecht-haus-Sphäre, der sich Glaser nannte und, wie er sagte, eigentlich Ungar war. Meine Anwesenheit war nicht arrangiert — ich mußte mich einer Zahnbehandlung unterziehen. Glaser war eine schlanke, selbst in der Anstaltskluft fast elegant wirkende Erscheinung mit glatt gekämmtem dunklen Haar und dünnem Oberlippenbärtchen. Wir waren allein. Da ich mich noch mitten in meiner „philosophischen Phase“ befand, stellte er schnell mein Interesse an Grundsätzlichem fest und erwähnte, daß er vorwiegend mit theoretischen Problemen befaßt gewesen sei. Ich setzte ihm mit Fragen zu über Widersprüche, die mir bei meiner Beschäftigung mit den Werken von Marx und Lenin aufgefallen waren: Marx und Engels gingen von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reife oder Überreife eines Landes aus, bei der die Revolution nur noch die Geburtshilfe für die nächsthöhere Stufe, in unserem Jahrhundert also der Sozialismus, leiste. In Rußland sei doch diese Reife 1917 überhaupt nicht vorhanden gewesen. Als ich auf die Überholtheit, das Altmodische im Materialismus des 19. Jahrhunderts gegenüber den inzwischen gewonnenen Erkenntnissen von Planck, Einstein und Heisenberg hinwies und meinte, daß die Behauptung, die Energie sei nur eine Funktion der Materie, doch nicht aufrechtzuerhalten sei, lächelte er milde und sagte: „Du bist ein typischer Deutscher.“ Das sollte sicherlich kein Lob sein.

Wir kamen auf den Stalin-Hitler-Pakt zu sprechen. Als ich meine Erbitterung darüber äußerte, wußte er Trost: Ich solle mir doch mal leidenschaftslos das Positive vor Augen halten; er deutete ungeahnte Perspektiven an. Dieses Abkommen sichere der Sowjetunion nicht nur große wirtschaftliche Hilfe durch die Nazis, auch für unsere Ziele im eigenen Land sei doch — dialektisch betrachtet — von denen nolens volens einiges gemacht worden; sowohl technisch seien Schritte in Richtung Fortschritt gemacht worden als auch auf sozialem Gebiet, jawohl auch dort. Und wenn es nur ein paar Meter in der Richtung seien, man solle sie doch nicht übersehen. Letzten Endes bräuchten wir doch später mal dies und jenes nur noch zu Ende zu führen, was die heute teilweise schon angefangen hätten. Ihm sei es

doch wurscht, ob das unter dem Firmenschild NSV oder KdF stattfindet; wichtig sei nur, daß etwas in der richtigen Richtung in Bewegung käme. Wir würden uns unseren Blick durch Äußerlichkeiten, Namen, Embleme selbst vorstellen. Für einen Marxisten sei nur die Beantwortung der Frage ausschlaggebend: Dient es dem Fortschritt? Ja oder nein. Für ihn sei klar: Ja! Wenn der Sieg des Kommunismus es nötig mache, sei er bereit, heute und gleich barfuß mit einer großen Hakenkreuzfahne von hier bis zum Brandenburger Tor in Berlin zu laufen.

K.O. Paetel, bis 1933 Herausgeber der kleinen Zeitschrift „Die sozialistische Nation“, legte im Exil Anfang 1940 in der „Sozialistischen Warte“, dem Organ des ISK<sup>4)</sup>, seine Ansichten über die mögliche Entwicklung der illegalen KPD in Deutschland dar. Er fürchtete, daß die Reste der deutschen KP, die die menschliche und ideologische Krise, in die die Politik der Sowjetunion sie gebracht hatte, „in dogmatischer Verranntheit intakt überleben, damit endgültig zu einer außerdeutschen Kraft geworden“ seien, die nur nach den Befehlen Moskaus handeln würde. „Heute schweigt man auf russische Order zu der aggressiven Außenpolitik des deutsch-russischen Blocks, morgen wird man auf den gleichen Befehl allein die ‚Revolutionierung‘ Deutschlands betreiben, die im russischen Interesse liegt. Ist heute die kommunistische Arbeit im Dritten Reich wenigstens noch latent auch antinationalsozialistisch, so kann sie morgen eindeutig antisozialistisch sein, sowie die SU eigene Kolonisationsziele in Deutschland verfolgen wird.“

Eine interessante Begegnung war für mich die mit Alexander Schwab, einem Repräsentanten der bereits damals historisch gewordenen KAPD, die links von der KPD anfangs eine zeitlang zur Kommunistischen Internationale zugelassen war. Sie war es, die bei den Kämpfen an der Ruhr 1920 und in Mitteldeutschland 1921 eine Rolle gespielt hatte und zeitweise eine höhere Mitgliederzahl — auch in Berlin — besaß als die KPD. Diese Richtung huldigte einem Aktionismus, mit dem sich Lenin in seiner Broschüre „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“ auseinandergesetzt hatte<sup>5)</sup>. Als Anhänger einer unmittelbaren Räteherrschafft lehnten die KAP-Leute die Teilnahme an Parlamentswahlen ab; sie besaßen starke Ähnlichkeiten mit den Anarcho-

syndikalisten. Schwab erzählte mir, wie er, als blinder Passagier von Matrosen auf einem Kohlendampfer nach Petrograd versteckt, mit im Mantelfutter eingenähter Delegiertenkarte zum Kominternkongreß nach Moskau gereist war. Dort trat er als Redner gegen Lenin auf. Alexander Schwab war Journalist. Er hatte sich in Berlin an der illegalen Arbeit einer Gruppe beteiligt, die sich „Rote Kämpfer“ nannte und sich aus Anhängern der „Rätedemokratie“ zusammensetzte; es waren Luxemburgianer, frühere KAPler, die der SPD beigetreten waren, und Angehörige der SAJ, der sozialdemokratischen Jugend. Schwab starb später in einem sächsischen Zuchthaus. Neben ihm war Karl Schröder der bekannteste Vertreter dieser Gruppe, zu der auch Bruno Lindner, Volksschullehrer aus Berlin, gehörte, den ich ebenfalls in Brandenburg kennenlernte. Er mußte direkt aus dem Zuchthaus zur Division 999. Seine Einheit ergab sich auf dem Rückzug durch den Balkan den Bulgaren, die sie keineswegs als Genossen behandelten, sondern in ein Gefangenenlager sperrten. Durch einen mühsam zustande gebrachten Kontakt mit den Russen gelang es, von diesen übernommen und in die Sowjetunion gebracht zu werden; dort erging es ihnen jedoch nicht besser.

Der erste Kommunist, aus dessen Mund ich — noch vor Abschluß des Stalin-Hitler-Pakts — hören sollte, daß Stalin ein „Massenmörder“ sei, war ein Leninbündler. Diese linke Gruppe hatte sich unter Führung des Volksschullehrers Hugo Urbahns 1927 von der KPD getrennt. Die von der KPD als „ultralinke Sekte“ bezeichnete Gruppierung beteiligte sich am Widerstand ebenso wie die eigentlichen Trotzlisten.

Die Anhänger von Leo Trotzki, die sich als Vierte Internationale betrachteten und auch so nannten, waren bis dahin in der Sowjetunion wachsender Verfolgung ausgesetzt gewesen; sie bauten auch in anderen Ländern eine Linksopposition gegen Stalin und seine „Bürokratie“ auf. Sie betrachteten sich als die wirklichen Kommunisten.

In der Bücherei, die dem Oberlehrer der Anstalt unterstand, waren drei politische Gefangene beschäftigt. Einer von ihnen war Rudolf Küstermeier, Journalist aus Berlin. Er hatte zu Beginn des Dritten Reiches zusammen mit Ristow das vielgelesene Wochenblatt „Blick in die Zeit“ herausgegeben. Diese Zeitschrift bestand nur aus zitierten, raffiniert zusammengestellten Textstellen aus anderen Zeitungen, ohne eigenen Kommentar. Damit erreichte sie

<sup>4)</sup> Sozialistische Warte. Blätter für kritisch aktiven Sozialismus, Paris 2. Februar 1940, Nr. 3.

<sup>5)</sup> Bd. 9 der Elementarbücher des Kommunismus, Berlin 1926.

eine beachtliche Auflage; man machte sich gegenseitig augenzwinkernd auf das Blatt aufmerksam und vermutete „wer-weiß-was“ für Hintermänner. In Wirklichkeit jedoch hatten die beiden Herausgeber einfach eine originelle Idee, die eine ganze Weile — zum Erstaunen der Urheber selbst — funktionierte. Ich entsann mich der fettgedruckten Schlagzeile auf der ersten Seite einer Ausgabe im ersten Halbjahr 1933: „Die Märzgefallenen“. Die echten Märzgefallenen waren die bei den Straßenkämpfen der Revolution 1848 umgekommenen Barrikadenkämpfer Berlins, die im Friedrichshain begraben lagen. Nach den Märzwahlen von 1933 aber, die auch den vorsichtigsten Opportunisten die Gewißheit über den endgültigen Sieg der Nazis gaben, nannte der Berliner Volkswitz die Überläufer „Märzgefallene“, die in hellen Scharen in die einzige Partei drängten, die es noch gab, in die NSDAP. Küstermeier war das Haupt einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe, die sich „Roter Stoßtrupp“ nannte und aus dem Studentenmilieu hervorgegangen war. Nach dem Kriege wurde er der erste Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“.

In der Bücherei arbeitete auch Erich Paterna, Lehrer aus Sorau und ehemaliger Sozialdemokrat, der zum Leninisten geworden war. Ich sollte ihn im Außenkommando wiedertreffen, wo wir uns näher kamen. Von enzyklopädischer Belesenheit war er vorwiegend an naturwissenschaftlich-philosophischen Fragen interessiert, aber auch für künstlerische Impulse stark empfänglich. In Abbendorf studierte er einen Chor ein, an dem auch ich mich beteiligte. Auf Bitte des Geistlichen sangen wir einmal zum katholischen Gottesdienst „Heilige Nacht, o gieße du ...“ Es war ein bißchen paradox: da in dem Chor nur politische Gefangene sangen, bestand er fast nur aus Dissidenten (die damals übliche Bezeichnung für Freidenker, die keiner Glaubensgemeinschaft angehörten). Trotzdem sangen wir dem Priester zu liebe, der bei den politischen Häftlingen in gutem Ansehen stand, für seinen Gottesdienst, an dem nur drei Gläubige teilnahmen; es waren Kriminelle.

Obwohl Paterna in seinen grundsätzlichen Ansichten über kriminelle Straftäter einen weit liberaleren Standpunkt vertrat als die proletarischen politischen Mitgefangenen, litt er psychisch unter den Kriminellen. Als er von einer kleinen Arbeitskolonne abgelöst wurde, in der er der einzige politische Gefangene gewesen war, sagte er mir mit zerquältem Gesicht, er hätte es nicht mehr lange ertragen

und das Gefühl gehabt, kurz vor einem Nervenzusammenbruch zu stehen. Es war nicht nur die Rohheit der Ausdrucksweise und des Benehmens, sondern vor allem die niederträchtige Gesinnung, die ihn tief deprimierte. Wir arbeiteten längere Zeit in einer kleinen Arbeitsgruppe beim Elbdeichbau auf dem Spülfeld, wo wir in den 12-Stundenschichten auch nachts arbeitend im Zweimannteam Gelegenheit hatten, unbelauscht unsere Gedanken auszutauschen und unsere Phantasie schweifen zu lassen. Paterna neigte als echter Schulmann zum Dozieren. Ich profitierte von seinem profunden Wissen und merkte mir die zahlreichen Literaturhinweise für ein späteres Quellenstudium. Während ich als „Marx-Anfänger“ noch die vor wenigen Jahren als Offenbarung übernommenen materialistischen Grundauffassungen schwach zu verteidigen suchte, lehnte er diese als Ausdruck eines aus dem 19. Jahrhundert stammenden, längst überholten Vulgärmaterialismus ab.

Erich Paterna, Kriegsfreiwilliger von 1914, aus dem großen Völkermorden ernüchert heimgekehrt, hatte sich in der Revolution der Sozialdemokratie angeschlossen. Er gehörte zu den „Entschiedenem Schulreformern“ und kam 1932 in Kontakt mit den Kommunisten. Nach Hitlers Machtübernahme beteiligte er sich an der illegalen Arbeit einer Widerstandsgruppe im Lausitzer Braunkohlenrevier. Aus dem Munde von politischen Mitgefangenen hörte ich gelegentlich die Ansicht, er sei religiöser Sozialist; das stimmte aber nicht. Er hatte sich vielmehr einen eigenen Standpunkt erarbeitet. Philosophisch war er Monist mit einer gewissen Neigung zu mystischer Welterklärung. Er bestand auf der Gültigkeit absoluter Werte. Den historischen Materialismus als Erklärung der Geschichte und Anweisung zum Handeln in der Politik erkannte er an. Seiner Meinung nach war aber die Bezeichnung nicht glücklich gewählt und aus der polemischen Gegenposition von Marx und Engels gegen den vorher herrschenden historischen Idealismus zu werten; die bessere Nomenklatur wäre Realismus gewesen. Den dialektischen Materialismus als Weltanschauung hingegen lehnte er für sich ab: Leninist mit einer *Reservatio mentalis* gegenüber dem „Diamat“. Ausgerechnet über ihn wird in dem in der DDR erschienenen Bericht über Brandenburg behauptet, er habe im Außenkommando Abbendorf „regelmäßig ... auch über die materialistische Dialektik (sic!) gelehrt“.

In Paternas Gesicht kamen drei für ihn charakteristische Züge deutlich zum Ausdruck:

die Gewohnheit konzentrierten Nachdenkens, die liebenswürdige Konzilianz, die mit einem schnellen Lächeln zu gutem Willen einzuladen schien, und merkwürdigerweise eine Neigung zu mönchischem Eiferertum. Im persönlichen Umgang der denkbar angenehmste Kamerad, war er allgemein beliebt. Verabredungsgemäß gab er nach seiner Entlassung ein Lebenszeichen, und ich besuchte ihn, bevor ich als 999er nach Afrika geschickt wurde, in Kriescht, einem kleinen Nest im Oderbruch; dort lebte er als Buchhalter einer Molkerei mit seiner Familie völlig isoliert. Nach dem Krieg machte die SED ihn zum Fakultätsleiter an der Parteihochschule in Kleinmachnow und später wurde er Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

Zu den prominenten Gefangenen, den „interessanten Fällen“, gehörte Ernst Niekisch. Die Nachricht über seine Verurteilung zu lebenslänglicher Haft war, während ich bereits einsaß, zu mir durchgesickert. Man muß bedenken, daß sein politischer Standpunkt zu dieser Zeit den meisten Mitgefangenen nicht bekannt war. Ich hatte gelegentlich seine Monatsschrift „Widerstand“ gelesen, die bis Ende 1934 erscheinen konnte; halb gelähmt und fast erblindet wurde Niekisch Ostern 1939 in Brandenburg-Görden eingeliefert. Seine Gruppe hatte aus Zirkeln seiner ehemaligen Leser bestanden, die sich trafen und gelegentlich auch von ihm besucht wurden. Der Hauptanklagepunkt war sein Manuskript „Das Reich der niederen Dämonen“<sup>6)</sup>, eine vernichtende Generalabrechnung mit dem Dritten Reich; sie sollte im Ausland erscheinen, wurde aber von den Nazis entdeckt. Die Zeitschrift „Widerstand“ war bereits 1926 entstanden. Ihr Name bezog sich auf den Widerstand gegen Versailles und die „Erfüllungspolitik“ der Weimarer Republik. Die politische Zielrichtung der Zeitschrift war nationalrevolutionär, antiwestlich; sie trat für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion ein, deshalb nannte man sie auch „nationalbolschewistisch“. Niekisch bewunderte in einem (mit seinem Pseudonym *Spektator* gezeichneten) Artikel *Stalin* als große „imperiale“ Figur, während er in *Trotzki* den internationalistischen jüdischen Intellektuellen sah, der zurecht gescheitert sei.

Ein außergewöhnlicher Fall war auch Georg Walter, der als Altnationalsozialist 1931 anlässlich der SA-Meuterei um Stennes zur Schwarzen Front gestoßen war und auch Kontakte zum Scheringerkreis aufgenommen hat-

te. Auf den dringenden Rat seiner neuen politischen Freunde hin ließ er sich als scheinbar reumütig Zurückgekehrter wieder in die SA aufnehmen; diese nahm es nicht so genau und gab ihm einen Rang wegen seiner alten „Verdienste“. In dieser Tarnung begann Walter eine intensive konspirative Tätigkeit: er schleuste politische Flüchtlinge aus und illegale Flugschriften ein. Er traf sich mit dem kommunistischen Presse- und Propagandaspezialisten Willi Münzenberg in Paris, war tätig als Kurier für die sich als Deutsche Freiheitspartei bezeichnende Gruppe um Klepper, den letzten preußischen Finanzminister der Weimarer Zeit, und Spiecker, Brünings ehemaligen Pressechef; beide hatten in der Schlußphase der Weimarer Republik an einer diskreten finanziellen Unterstützung der Schwarzen Front mitgewirkt. Die „Deutschen Freiheitsbriefe“, die seit 1937 die Gestapo in wachsendem Maße nervös machten, wurden von Münzenberg, nach seinem Abfall von der KPD, für die Freiheitspartei gedruckt und vorwiegend über eine Verteilungsstelle in Belgien nahe der Grenze von Georg Walter ins Reich eingeschmuggelt. Die von der Exil-KPD herausgegebene „Deutsche Volkszeitung“ enttarnte öffentlich die Adresse. Die Gestapo schlug zu.

Der Austromarxist Josef Hindels nannte das Programm der Schwarzen Front ein „Amalgam aus Nibelungensage und Revolutionsbegeisterung, aus fast-marxistischen Erkenntnissen und romantischer Phraseologie“. Von Otto Strasser erschien im Januar 1934 in Prag die Broschüre „Sozialistische Revolution oder faschistischer Krieg?“ Er hielt im Exil Beziehungen zu den SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels (Leiter der „Sopade“) und W. Sollmann, zu Wenzel Jaksch, dem Sprecher der sudetendeutschen Sozialdemokraten, zu den Volkssozialisten um Jaeger und Max Cahen<sup>7)</sup>, zu Max Sievers, dem Vorsitzenden des Freidenkerverbandes, zu dem Pazifisten Kurt Hiller, mit dem er ein gemeinsames Manifest<sup>8)</sup> verfaßte, zu dem früheren „Rote Fahne“-Redakteur E. Wolzenberg, der in seiner Zeitung publizierte, und zu den Schriftstellern Konrad Heiden und Emil Ludwig.

Als einziger politischen Exilgruppe gelang es der Schwarzen Front, jahrelang eigene unabhängige Radiosender illegal in Betrieb zu halten. Den ersten brachte in der Tschechoslowakei die Gestapo durch ein Mordkommando

<sup>7)</sup> Fritz Max Cahen, *Men against Hitler*, London o. J. (erschienen 1939).

<sup>8)</sup> Kurt Hiller, *Köpfe und Tröpfe*, Hamburg 1950, S. 144.

<sup>6)</sup> 1953 bei Rowohlt in Hamburg publiziert.

zum Schweigen, wobei Rudolf Formis erschossen wurde. Kurz danach wurde in Zusammenarbeit mit den Volkssozialisten, einer sozialdemokratischen Exilgruppe, ein neuer Sender in Betrieb genommen. Ab 1937 wurde aus Südfrankreich gesendet. Der Schwarzfrontmann, der diesen Sender betrieb, ein ehemaliger Offizier namens Trenkle, wurde bei der Besetzung Frankreichs verhaftet und in Plötzensee enthauptet. In der „Deutschen Revolution“, dem in Prag herausgegebenen Organ der Schwarzen Front, hieß es im Januar 1937: „Das Hitlersystem bringt den Krieg, der Krieg bringt die Aufteilung Deutschlands — wenn nicht die sozialistische Revolution dies verhindert.“ Vor der Militäropposition um den 20. Juli 1944 war diese Gruppe die einzige, die Attentatsversuche auf die Person Hitlers oder als Fanal gedachte Anschläge auf Parteieinrichtungen unternommen hatte. Die Anschläge endeten alle mit der Hinrichtung der Beteiligten. —

Strafgefangene, die „auf Transport“ von einem Gewahrsam zum anderen geschickt wurden, wurden einzeln von einem Polizisten an der Handgelenkkette, der sogenannten Longe, geführt; sie war an den Enden, die sich in der Hand des Beamten befanden, mit Knebeln versehen, um durch Drehung das Handgelenk des Gefangenen schmerzhaft einschnüren zu können, falls dem „Begleiter“ dies geboten schien. Die meisten Polizisten machten es routinemäßig, leger, denn es wurde ja vorher gewarnt, daß beim geringsten Fluchtversuch geschossen würde; es kam bei einer Transportkolonne schließlich auf jeden Häftling ein bewaffneter Polizist. Aber es gab auch besonders Tüchtige, die einem die ganze Zeit über mit dem Ding die Adern strangulierten. Eine „verbesserte“ Methode war das Zusammenschließen von jeweils zwei Gefangenen mittels der sogenannten „Acht“. Das waren Doppelhandschellen aus blankem Stahl, die durch ein Scharnier zusammengehalten wurden. Mittels eines klug erdachten Mechanismus wurden sie bei heftigen Bewegungen von selbst enger, weil eine kleine Nocke in die nächste Zacke einrastete.

An einer solchen „Acht“ sah ich mich eines Tages bei einem Transport mit einem kleinen, behenden, kahlköpfigen Mann zusammengeschlossen; sein intelligentes Gesicht mit den lebhaften Augen kam mir sofort bekannt vor. Während meiner Untersuchungshaft hatte ich sein Bild in der Zeitung gesehen und einen Bericht über seinen Prozeß vor dem Volksgerichtshof gelesen, der mit seiner Verurteilung zu „lebenslänglich“ endete. Es war Julius Phi-

lippon, einer der Leiter des illegalen ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), einer linken, nichtmarxistischen Gruppierung, die in den zwanziger Jahren aus der SPD ausgeschlossen worden war. Es waren ethische Sozialisten, die sich auf die Lehren ihres Begründers Leonard Nelson stützten. Philippon erzählte mir, daß man ihm als Juden in der Prinz-Albrecht-Straße besonders gemein zugesetzt hätte. So habe man ihn u. a. mit Handschellen an die Zentralheizung angekettet; selbst die an brutale Vernehmungsmethoden gewöhnte Frau, die die Protokolle tippte, sei in Tränen ausgebrochen. Als die Gestapoleute zu einer Stärkungspause in die Kantine gegangen seien, habe sie den Gefesselten aus Mitleid mit Schokolade gefüttert. Im Ersten Weltkrieg war Philippon als Offizier in russische Kriegsgefangenschaft geraten und zu Fuß quer durch Sibirien nach China geflüchtet. Zu uns ins Zuchthaus brachte er eine politische Neuigkeit mit: Die Italiener hatten Albanien besetzt. Als ich spontan herausbrachte, das hätte ich erwartet, meinte er mit leisem Spott: „So? Ich nicht.“ Philippon kam später im Vernehmungslager Auschwitz ums Leben.

Otto Scharfschwerdt war Sozialdemokrat alten Schlages, Vorstandsmitglied des Lokomotivführer-Verbandes, ein vierschrotiger, breitschultriger Mann mit kräftigem grauen Haar. Er war der Typus des deutschen Facharbeiters mit Berufsstolz und politischem Selbstbewußtsein. Ich lernte ihn kennen in der Außenarbeiterunterkunft des Hauses 2, die an den Duschraum angrenzte, in dem auch die Wannen für vom Arzt verordnete Bäder standen. Solche Bäder hatte der Arzt wohl gegen sein Rheuma verordnet, und so mußte er vor- und nachher in der Unterkunft jeweils auf den Badekalkfaktor oder auf die Rückführung in die Zelle durch den Beamten warten. Das war ein willkommener Anlaß zu unbeaufsichtigten Gesprächen mit den Haftgenossen. Er genoß diese seltenen Kontakte sichtlich und war ein anschaulicher Erzähler. Sozialdemokraten mußten sich gelegentlich, besonders wenn es sich um „Bonzen“ handelte, verhörartigen Diskussionen mit ihren kommunistischen Mitgefangenen stellen. Bei einer solchen Runde, wo es hoch herging, erschien unerwartet ein Wachtmeister auf der Bildfläche, der allerdings kaum etwas verstanden haben konnte, und rief scharf: „Na, Scharfschwerdt, Sie können das Agitieren wohl noch immer nicht lassen?“ Ich war erstaunt über die geschickte Art, mit der Scharfschwerdt verstand, humorvoll abzuwiegeln, ohne dabei im geringsten an Gesicht zu verlieren. Im Gegenteil fiel mir jedes-

mal auf, daß sein Auftreten den Beamten Achtung abnötigte. Zu seiner Verurteilung hatte u. a. die Herstellung von Flugblättern geführt, die mit „Front der anständigen Deutschen“ unterzeichnet waren. Das Dritte Reich überlebte er nicht; er wurde im KZ Sachsenhausen umgebracht.

Die „Freistunde“, der 20-Minuten-Rundgang auf dem von vier Hausfassaden eingerahmten Hof, wurde in Brandenburg im Gleichschritt durchgeführt. Dabei sorgten die Beamten durch dauernde Mahnrufe „Abstand halten!“ dafür, daß die einzeln hintereinander gehenden Gefangenen sich nicht verständigen konnten. Sprechen war verboten. Die Erfindungsgabe, mit der dieses Verbot durchbrochen wurde, war erstaunlich. Jeder Gefangene beherrschte nach einiger Zeit die Bauchrednerkunst; ohne die Lippen zu bewegen, konnte er mit teilnahmslosem Pokergesicht reden und so mit dem Hinter- oder Vordermann Mitteilungen austauschen. Dennoch wurde immer wieder mal einer erwischt, der die Freistunde dann abbrechen mußte. Eines Tages wurde bei einer Freistunde unter dem Triumphschrei des Wachtmeisters ein „Missetäter“ gefunden. Es war ein hochaufgeschossener, junger Mensch; für den Rest der „Freistunde“ mußte er sich wie ein kleiner Schuljunge mit dem Gesicht zur Wand in eine Ecke stellen. Mir fiel seine verächtliche Miene auf, die sehr im Gegensatz zu seinem jungen, offenen Gesicht stand. Später sollte ich seine Devise hören: „Haß ist unwürdig, ich kann nur verachten!“ Man sagte mir, daß er ein politischer Häftling sei, der schon dreieinhalb Jahre Einzelhaft hinter sich habe. Bei der Einlieferung sei er noch so jung gewesen, daß er in der Haft noch gewachsen und unter den Gegebenheiten herzleidend geworden sei. Jeder schien ihn zu kennen. Er hatte einen ausgefallenen, griechisch klingenden Namen: Hans Loriades.

Einige Zeit später traf ich ihn im Außenkommando Abbendorf; dorthin hatte man ihn versuchsweise geschickt. Er kam in meine Baracke, die zu dieser Zeit fast nur mit politischen Gefangenen belegt war, und so nahmen wir die Gelegenheit zum Gedankenaustausch wahr; wir freundeten uns an. Hans Loriades hatte der kommunistischen Jugend angehört. Als Neunzehnjähriger war er 1934, also zu einer Zeit, als die Strafen noch nicht so hoch ausfielen wie später, zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren verurteilt worden, weil er bei seiner Verhaftung eine Pistole bei sich getragen hatte; zum Glück für ihn war sie ungeladen. Immerhin hatte er damit bei der konspira-

tiven Zusammenkunft in einer verbarrikadierten Dachwohnung die plötzlich erschienenen Gestapomänner solange in Schach halten können, bis die anderen Freunde über die Dächer verschwunden waren. So hat er es mir erzählt, sachlich und ohne Ausschmückung. Viele Jahre später hörte ich diese Schilderung auch von anderer Seite. Belastendes Material hatte er verbrannt und niemanden preisgegeben.

Mit seinem grüblerischen Wesen, seinem moralischen Rigorismus und der Drahtbrille vor den kurzsichtigen Augen erinnerte Loriades an einen Studenten aus Dostojewskis „Dämonen“. Einen Beruf hatte er offenbar nicht erlernt; kein Wunder, wenn man bedenkt, daß bei seiner Verhaftung im Januar 1934 die 1929 begonnene Wirtschaftskrise noch nicht beendet war. Dieser „ungelernte Arbeiter“ war erstaunlich belesen und außerordentlich wißbegierig. Sobald er den Eindruck hatte, einen „Experten“ vor sich zu haben, setzte er ihm mit gezielten Fragen zu. So fragte er einmal einen wegen Meineides einsitzenden Rechtsanwalt mit flottem Schmiß auf der Backe, was das mit den Justinianischen Pandekten auf sich habe. Die unwillige Reaktion des Juristen ließ erkennen, daß er von Honoraren für Scheidungsklagen mehr verstand als von der Geschichte des Rechtswesens. Einen politischen Mitgefangenen hörte ich über Loriades voller Bewunderung sagen: „Der Junge ist eine Denkmachine!“ In dieser Ausdrucksweise kam zwar die aus dem 19. Jahrhundert stammende, von der linken Arbeiterbildung gepflegte charakteristische Überschätzung des Mechanisch-Materiellen zum Ausdruck, aber er hatte ganz richtig bemerkt, daß dieser junge Mensch viel nachdachte und eine bemerkenswerte Fähigkeit zu logischem Denken entwickelt hatte. Hans interessierte sich für Philosophie und stellte sich und anderen bohrende Fragen. So konnte es nicht ausbleiben, daß er auch auf dem uns nächstliegenden Problemfeld, dem politischen, Fragen stellte. Da ihm deswegen schon von der Anstalt her der Ruf, Trotzki zu sein, anhaftete, drängte er sich mit seinen Zweifeln und Schlußfolgerungen niemandem auf, hielt aber nicht hinterm Berg zurück, wenn er darauf angesprochen wurde. Bei mir öffnete er die Schleusen. Er glaubte von den Staatsanwaltsmärchen der Moskauer Schauprozesse kein Wort. Man müsse hinsichtlich der Internationale alles neu überdenken; Trotzki habe anscheinend recht. Er würde ihn gern mal lesen. Das waren natürlich für einen linientreuen Kommunisten sakrilegische Gedanken. Der Stalin-Hitler-Pakt und die durch ihn ausgelöste Erschütterung des Ver-

trauens waren noch nicht in Sicht. Bereits ein Dreivierteljahr davor war Loriades ein ausgewachsener Oppositioneller, der weiterging als etwa der ehemalige Brandenburg-Häftling Robert Havemann 40 Jahre später. So mußte ein böser Geist gefunden werden, der dem intelligenten Jungen die Zweifel in seine Seele gesenkt hatte. Verantwortlich gemacht wurde dafür ein trotzkistischer Mitgefangener namens Berger, den Loriades im Haus 2 eine Zeitlang täglich beim „Kübeln“ traf. Ihm wurde das Kunststück zugetraut, einen so selbständig Denkenden in Minutenlektionen, zwischen Nachtopfleeren und Verrichtung der körperlichen Bedürfnisse, zu einer anderen politischen Einstellung bekehrt zu haben.

Hans fürchtete, daß er die ungewohnte Schwerarbeit nicht durchstehen werde. Ich versuchte deshalb, ihm den Willen zum Durchhalten ein wenig zu vermitteln. Das war nicht einfach, denn diese zermürbende Einzelhaft hatte ihn bei aller erstaunlichen geistigen Spannkraft doch physisch sehr geschwächt. Es war ihm klar, daß körperliche Bewegung an frischer Luft und eine etwas nahrhaftere Verpflegung als die in der Anstalt für die noch vor ihm liegenden Haftjahre entscheidend sein könnten, aber er schaffte es nicht. Bevor er wieder in die Anstalt zurückgebracht wurde, äußerte er den Wunsch, wir müßten, falls es dazu überhaupt Gelegenheit gäbe, uns später unbedingt wiedersehen. So tauschten wir unsere Adressen aus und prägten sie unserem Gedächtnis ein. Ich sollte ihn einen Tag nach seiner Entlassung aufsuchen, weil mein Entlassungsdatum vor seinem lag. Wir nahmen Abschied und sollten uns nie wiedersehen.

Verabredungsgemäß ging ich 1942 nach Neukölln und, nachdem ich mich vergewissert hat-

te, daß die „Luft rein“ war, klopfte ich an die Tür der Parterrewohnung mit dem altmodischen Namensschild aus Porzellan. Seine Mutter ließ mich ein. Sie zeigte auf die Einmachgläser mit dem vom Munde abgesparten Fleisch und den selbstgestrickten Wollpullover; bisher warte sie vergeblich, sagte sie. Damit hatte ich nicht gerechnet. Hans hatte acht Jahre hinter sich; bei seiner Verhaftung war er 19 Jahre alt gewesen. Noch wollte ich an eine kurze Aufpäppelungs-Quarantäne im Polizeipräsidium glauben und verabredete einen zweiten Besuch. Als ich wiederkam, hatte sich nichts geändert. Die Mutter tat mir schrecklich leid. Ich suchte nach Worten, die ihr ein bißchen Hoffnung geben sollten. Da klopfte es. Wir blickten uns in einer Mischung von Hoffnung und Schreck an. Ein junger Mann brachte Nachricht von Hans: er sei nicht entlassen, sondern in ein kleines Durchgangslager bei Berlin, ich glaube bei Wuhlheide, gebracht worden; es gehe ihm relativ passabel. Ich gab dem jungen Arbeiter einen ganz kurzen Kassiber mit, aus dem Hans erkennen konnte, daß ich Wort gehalten hatte.

Sein weiteres Schicksal erfuhr ich nach dem Kriege: irgendwann gelang ihm die Flucht; er tauchte unter und lebte illegal mit Hilfe alter Genossen in Berlin. Im Herbst 1944 wurde er auf der Straße verhaftet. Bei der Gestapo gab er wieder niemanden preis. Vor einer erneuten Vernehmung um die Jahreswende stieß er sich mit einer langen Nadel, nach einer Version mit einer Fahrradspeiche, ins Herz und starb. Sein politisch wacher Verstand, sein Mut, seine Leidenschaft und sein Bemühen, den eigenen strengen moralischen Ansprüchen gerecht zu werden, machen Hans Loriades für mich zu einem außergewöhnlichen Mann des Widerstands.

## Schulalltag im Dritten Reich

## Fallstudie über ein Göttinger Gymnasium

*Die Gesetze, Erlasse und Verordnungen, die sich nach 1933 als Springflut über das Erziehungswesen wälzten, kennen wir. Nur: haben sie auch die Fundamente einer an elementarmenschlichen Werten orientierten Pädagogik unterspülen können? Man wüßte gern im einzelnen, wie es in den Schulen ausgesehen hat.*

Eduard Spranger

Die „Städtische Oberrealschule mit Reformrealgymnasium“ — seit vier Jahren unter dieser neuen Benennung in ihrem modernen Gebäude — wechselte am 30. Januar 1933 mit 597 Schülern, 28 Lehrern und einem international angesehenen Direktor in die nationalsozialistische Zeit hinüber. Der Geist und das Unterrichtsklima im Felix-Klein-Gymnasium der Universitätsstadt Göttingen waren liberal-konservativ bestimmt gewesen. Deutschnationale Farbtupfer hatten sich bis zur Unkenntlichkeit verflüchtigt, und die wenigen braunen Einsprengsel waren zu farblos geblieben, als daß sie eine Warnung vor dem Kommenden hätten sein können. In den letzten Jahren der Republik hatten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch die Schule erreicht. In dem Millionenheer der Arbeitslosen trieben viele Eltern mit, die für den Besuch der Oberrealschule pro Kind jährlich 240 RM — wenn sie von auswärts kamen: 300 RM — aufbringen mußten. Was waren da schon fünfzig ganze und vier halbe Freistellen, die die Stadt der Schule zur Verfügung stellte <sup>1)</sup>! So wuchs unter Schülern <sup>2)</sup> wie Lehrern eine Stimmung, die sich in der dumpfen Empfindung ausdrückte: Es muß alles ganz anders werden, und die Wende zum Besseren steht kurz bevor.

Diese Wende sahen dann offensichtlich einige Schüler nach dem 30. Januar 1933 gekommen, als sie die Schule eigenmächtig und demonstrierend mit einer Hakenkreuzfahne beflaggten. Was heute als Bagatelle empfunden wird, hat die Gemüter damals außerordentlich erregt.

Es blieb lange offen, ob der Oberprimaner Rempel und sein ebenfalls der SS angehörender Mithelfer vom Abitur zurückgestellt werden sollten. Sie hatten längst die Nerven ihrer Lehrer überstrapaziert, weil sie nach dem 30. Januar ständig in ihrer schwarzen SS-Uniform zum Unterricht gekommen waren. Es scheint: nur die Solidarisierung der Olb (Oberprima) mit den gefährdeten Klassenkameraden — eine menschliche, keine politische Bekundung — hat die Schule vor der äußersten Maßnahme zurückschrecken lassen <sup>3)</sup>.

In der Konferenz am 10. März 1933 klingt bereits der „Fall Kuchemann“ an: die „Reinigung“ der Schule von einem angehenden Kommunisten (Dok. Nr. 1). Direktor Lietzmann und das Kollegium standen zu Kuchemann (Dok. Nr. 2). In einer Abstimmung sprachen sich alle Lehrer — mit Ausnahme des Stud. Ass. Kranz — für das Verbleiben von Kuchemann an der Anstalt aus — doch vergeblich! Kuchemann selbst hat diese kollegiale Solidarität tief bewegt <sup>4)</sup> und zum Widerspruch gegen seine Entlassung ermutigt. Hervorgehoben zu werden verdient in diesem Zusammenhang die entschlossene Haltung des „Vereins ehemaliger Oberrealschüler“, der am 22. Mai 1933 in einer Mitgliederversammlung durch seinen Vorsitzenden Wilhelm Schütte Stellung beziehen ließ: „Er ehrte unter dem Beifall der Versammlung besonders den Lehrer R. Kuchemann, der der eigentliche Schöpfer des Landheims ist; er habe in hohem Idealismus und stetem Streben unter größten Opfern dies Werk aufgebaut.“ <sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Mdl. Auskunft von Frau I. R., 2. 4. 1979. Die Unsicherheit in der Frage, wie die Schulen zu beflaggen seien, beendete das Provinzialschulkollegium in Hannover am 13. 3. 1933. Ein Funktelegramm des Reichsministers des Inneren ergänzend, teilte es den höheren Lehranstalten mit: „Wenn nur ein Mast, dann an ihm schwarz-weiß-rot, die Hakenkreuz-Fahne an der Hausfront. Wenn zwei Masten, dann schwarz-weiß-rot und Hakenkreuzflagge. Wenn drei Masten, dann an ihnen die Flaggen in Reihenfolge: schwarz-weiß-rot, schwarz-weiß, Hakenkreuz (FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, K 1).“

<sup>2)</sup> Mdl. Auskunft von W. L., 3. 4. 1979; vgl. außerdem K. Popplow, Die Machtergreifung in Augenzeugenberichten. Göttingen 1932—1935. In: Göttinger Jahrbuch 25, 1977, S. 169.

<sup>3)</sup> GZ Nr. 23 403/23. 5. 1933.

<sup>1)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1932/33, S. 16.  
<sup>2)</sup> Hans Meyer, Maschine, Arbeitslosigkeit und Verelendung, in: Schülerzeitschrift der Oberrealschule mit Reformrealgymnasium 7, 1932, Aprilheft, S. 8f.

Der Einspruch vor Gericht blieb für Küchemann ohne Erfolg; der Schulträger fuhr zu schweres Geschütz auf (Dok. Nr. 3). Aber Direktor Lietzmann hielt zu dem Verstoßenen Kontakt<sup>6)</sup>, richtete den Niedergeschlagenen auf und brachte es sogar fertig, den Ausgeschlossenen zum Beginn des Schuljahres 1941/42 in die Schule zurückzuholen<sup>7)</sup> und zu ihm zu halten (Dok. Nr. 4). Die volle Rehabilitation erfuhr Küchemann 1943 mit der Wiederberufung in das Beamtenverhältnis<sup>8)</sup>.

Am Schicksalstag des 30. Januar, zugleich auch das Ende des Schuljahres 1932/33, hatte die Schule fünfzehn jüdische Schüler<sup>9)</sup>. Neun von ihnen gaben als Glaubensbekenntnis „mossaisch“ an, waren also Glaubensjuden; die übrigen teilten sich in Dissidenten, Konfessionslose, Reformierte und Lutheraner auf, galten also als freidenkende oder getaufte Juden. Sozial gehörten sie der jüdischen Mittel- und Oberschicht Göttingens an; vier von ihnen waren Professorenöhne. Was sie mit ihren „deutschen“ Mitschülern — bald sollte man von Ariern sprechen — teilten, war die deutsche Staatsbürgerschaft. Ein ehemaliger Schüler und Lehrer der Schule hat die soziologische und psychologische Vielschichtigkeit des anti-jüdischen Ressentiments aus eigenem Erleben der Vor- und Weltkriegsjahre dargelegt: „Das ist das Anderssein. Ich habe nie begreifen können, daß der Mitschüler B., Sohn eines jüdisch-orthodoxen, sehr reichen Getreidehändlers, zwar sonnabends zur Schule kam, aber nicht schrieb (also auch keine Klassenarbeiten) und sich die Büchertasche durch Mitschüler tragen ließ. Ich hatte als Schüler einen jüdischen Freund, Ludwig Wronke, bei dessen Vater, dem Kaufmann Siegmund Wronke auf der Groner Straße<sup>10)</sup> meine Eltern unsere Schuhe kauften. Vater W. war ein aufgeklärter, liberaler Jude, der zwar zur Synagoge ging, aber gern Mettwurst aß. Er liebte es, mich beim Abholen von Reparaturen in Gespräche zu verwickeln, besonders gern über den Antisemitismus. Dabei sagte er mir etwas, dessen tiefere

<sup>6)</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>7)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1941/42, S. 6.

<sup>8)</sup> FKG, Schularchiv, Personalakte Küchemann, Personalblatt B, S. 4.

<sup>9)</sup> Die von P. Wilhelm, Die Synagogengemeinde Göttingen, Rosdorf und Geismar. Göttingen 1978, S. 109ff. gebrachte Liste der jüdischen Schüler der Schule ist unvollständig und bedarf einer grundlegenden Ergänzung. Eigene Angaben nach FKG, Schularchiv, Schülerlisten 1932/33.

<sup>10)</sup> Auch ihn vermißt man bei Wilhelm, a. a. O., S. 38. Vgl. dagegen Göttinger Einwohnerbuch 1932, o. S.: Wronke, Siegm., Kaufm., Schuhwarengesch., Groner Str. 39 E (Wohnung: Gartenstraße 28 E).

Bedeutung mir erst nach 1945 klargeworden ist. Er sagte: ‚Nicht der bei meinen Glaubensgenossen nicht selten anzutreffende Reichtum nährt den Antisemitismus, sondern ihre unselbige Gewohnheit, ihn zu zeigen.‘ [...] Damit wird der Teufelskreis aller Minoritätendiskriminierung aufgezeigt: Der Diskriminierte reagiert auf den Vorwurf im Sinne einer Selbstbestätigung, die ihrerseits dem Diskriminierenden als Bestätigung seiner These erscheint [...] Zusammengefaßt: Das Verhältnis der Göttinger zu ihren jüdischen Mitbürgern war ohne Spannung. Man kaufte gern bei jüdischen Kaufleuten, da sie als reell galten. Das Familienleben der Juden galt als vorbildlich. Aber es waren unterschwellige Ressentiments vorhanden, deren sich eine hinreichend skrupellose Demagogie bedienen konnte.“<sup>11)</sup>

Nur eine Schule, die solch aufmerksam beobachtende und kritisch analysierende Schüler erzog, konnte sich antisemitischen Herausforderungen gewachsen zeigen. Sie tat es in der Revolution von 1918/19<sup>12)</sup> und sie tat es — und das wiegt schwerer — nach der Machtergreifung Hitlers 1933. Sie unterlief im Mai 1933 einen Erlaß des Preußischen Kultusministers, die „arische“ bzw. „nichtarische“ Abstammung betreffend, indem sie auf Zeit spielte (Dok. Nr. 5) — mit Erfolg; denn die erwarteten Fragebogen trafen nicht ein, und die Schule konnte auf eine Meldung verzichten. Sie unterband pubertäre Gewaltstreiche gegen jüdische Schüler (Dok. Nr. 6), und sie bekannte sich zu ihrem durch Freitod aus dem Leben geschiedenen jüdischen Schüler Ludwig Meininger (Dok. Nr. 7, 8). Die Lehrer der Schule scheuten dabei nicht die Auseinandersetzung mit einem von der HJ gesteuerten Großteil der Schülerschaft. Menschlicher Anstand stand hier gegen ideologische Indoktrinierung bzw. Verführung. Und jener setzte sich durch nicht zuletzt dank der Persönlichkeit des Direktor-Stellvertreters Baustaedt, von dem ein Kollege und späterer Direktor der Schule sagte: „Ja, der war intelligent und hatte wirklich Format!“ Vielleicht war es kein Zufall, daß gerade in seiner Klasse ein jüdischer Schüler lange nach den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 noch im Herbst 1937 das Abitur machen konnte (Dok. Nr. 9). Selbst 1942, im Jahr der „Endlösung“, der erbarmungslosen Judenvernichtung, hielt Direktor Lietzmann seine Schule für einen jüdischen „Mischling“ offen

<sup>11)</sup> Schriftl. Auskunft von L. K., 27. 12. 1976.

<sup>12)</sup> U. Popplow, Göttingen, in der Novemberrevolution 1918/19. In: Göttinger Jahrbuch 24, 1976, S. 240 (der Quellenbeleg unter Anm. 202).

— die pädagogisch-psychologischen Risiken verantwortungsvoll abwägend. Er scheiterte an der vorgesetzten Schulbehörde (Dok. Nr. 10, 11).

Am 30. Januar 1933 hatte noch kein Lehrer der NSDAP angehört. Als die Abteilung für das höhere Schulwesen beim Oberpräsidenten in Hannover am 16. 9. 1935 eine Aufstellung über die Parteimitgliedschaft erbat, meldete die Schule sechzehn Lehrer — Direktor Lietzmann eingeschlossen<sup>13)</sup>. Das war mehr als die Hälfte des Kollegiums. Sie alle waren zwischen dem 1. März und dem 1. Mai 1933 in die Partei eingetreten. Die Motive reichten von vordergründiger Anpassung bis zu wirklicher Überzeugung. Entsprechend unterschiedlich war auch ihr Engagement in der Partei, den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden. Da gab es — überblickt man die Jahre bis 1945 — einen Kreisamtsleiter, einen Kreisrevisor, einen Hauptstellenleiter, einen Ortsgruppenleiter, einen Ortsgruppenamtsleiter, einen Blockleiter — um nur die Funktionen in der Partei selbst zu nennen<sup>14)</sup>. Das alles waren Nebentätigkeiten, die weder das Verhältnis der Kollegen untereinander noch das der Lehrer zu den Schülern beeinflusste. Manches wirkte komisch: wenn einer der jüngeren Lehrer es nur zum SS-Oberscharführer gebracht hatte, während der Hausmeister als SS-Untersturmführer — später Obersturmführer — sein unmittelbarer Vorgesetzter in der SS war; wenn ein fünfzigjähriger, baumlanger Studienrat zum Hauptgefolgschaftsführer der HJ aufrückte und in kurzen Hosen herumlief; wenn der an den NS-Feiertagen in goldstrotzender Uniform auftretende Ortsgruppenleiter wegen fehlender Stiefel Ledergamaschen trug und von den Schülern als „beingeschädigter Goldfasan“ verspottet wurde.

Die Uniformen uniformierten nicht das eigene Urteil und bremsten auch nicht den Mut, es vorbehaltlos auszusprechen. So rief der Pg. Studienrat Henze dem Gauleiter Streicher, der 1935 in einer Großkundgebung auf dem Schützenplatz die Studenten in „blaßgesichtige Brillenträger“ und „Hurenböcke“ klassifizierte, über die vieltausendköpfige Zuhörerschaft hinweg zu: „Es gibt auch andere!“<sup>15)</sup> Der-

selbe Lehrer betrat am Morgen nach der „Reichskristallnacht“ das Lehrerzimmer mit den laut herausgestoßenen, vor Entrüstung bebenden Worten: „Ich schäme mich!“<sup>16)</sup> Er war nicht der einzige, der zu seiner Überzeugung stand. Drei Lehrer etwa weigerten sich unbeeinträchtigt, dem NSLB beizutreten, obwohl sie damit die Berechtigung verloren, Studienreferendare auszubilden<sup>17)</sup>. Dabei waren sie keineswegs Gegner des Regimes, sondern beharrten nur darauf, daß es Entscheidungen gab, die in ihrem eigenen, ganz individuellen Ermessensspielraum lagen.

Wenn in mancher Hinsicht die partei-, gliederungs- und verbandsgebundenen Lehrer die Schule gegen nationalsozialistische Eingriffe und Ansprüche abdecken konnten: es gab doch zwei Lehrer, die den Rahmen sachverbundener Kollegialität sprengten. Der eine wurde bereits genannt: Studienassessor Wilhelm Kranz. Er war der Schule, an der er schon in früheren Jahren beschäftigt gewesen war, im Herbst 1932 zugewiesen worden. Der ehrgeizzerfressene Karrierist isolierte sich schnell: mit seinem Nein zu Küchenmann, mit seinem Verlangen, möglichst schnell an möglichst vielen NS-Schulungs- und Fortbildungskursen teilzunehmen, mit seinem Einstieg in die „große Politik“.

Am 31. 3. 1933 wurde er Senator der Stadt Göttingen. Wenn auch Schüler und Eltern ihm zujubeln mochten, seine Kollegen, der Oberbürgermeister Dr. Jung und selbst der Kreisleiter Dr. Gengler taten das nicht. Im Gegenteil: alle hatten den notorischen Querulanten und Intriganten bald „gefressen“<sup>18)</sup>. „Was am Theater gespielt wird, bestimme ich“, tönte er in der Schule<sup>19)</sup>. Sein Ziel war, den Intendanten des

---

zeichnung von Fritz Vogt, Schüler des Max-Planck-Gymnasium (ehem. Staatlichen Gymnasiums), die mir Frau Dr. Hannah Vogt freundlicherweise überlassen hat. Auch Schüler von Henzes Schule haben die Szene miterlebt: „Er brachte Streicher geradezu aus dem Konzept. Das hat uns mächtig imponiert.“ Mdl. Auskunft von K. L., 27. 4. 1979.

<sup>16)</sup> Mdl. Auskunft von H. H., 3. 4. 1978, und F. F., 30. 3. 1979.

<sup>17)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel (28. 12. 1936/ 9. 1. 1937).

<sup>18)</sup> U. Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Augenzeugenbefragung von G. W., 31. 3. 1978. Kranz hatte sich eine Phantasie-Uniform mit hellblauen Kragenspiegeln zugelegt. Gengler: „Sehe ich den damit noch einmal, reiße ich ihm vor angetretener Front die ‚Dinger‘ runter!“ (a. a. O.).

<sup>19)</sup> Mdl. Auskunft von H. H., 3. 4. 1978. Die Schüler erkannten ebenfalls seine Neigung zur theatralischen Selbstdarstellung: Mdl. Auskunft von K. L., 27. 4. 1979.

<sup>13)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel (17. 9. 1935).

<sup>14)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1943/44, S. 13.

<sup>15)</sup> U. Popplow, Vgl.Anm. 4, S. 163. Die Zuordnung der Veranstaltung muß korrigiert werden. Es handelt sich um eine Streicher-Rede am 27. September 1935. Letzte Zweifel bei den sich widersprechenden Augenzeugenaussagen behebt eine Tagebuchauf-

Göttinger Theaters, Stiegler, „abzuschießen“ und an dessen Stelle seinen Günstling Bucheld, einen NS-Journalisten, zu setzen. Damit noch nicht ausgefüllt, bemühte er sich — zusammen mit anderen Senatoren —, Oberbürgermeister Jung „abzusägen“. Beides mißglückte, und in den Augen von Jung war Kranz nur noch eine „Minuskeatur“<sup>20</sup>). Am 23. November 1933 „flog“ er aus dem Senat<sup>21</sup>). Die Luft im Rathaus wurde reiner, die in der Böttingerstraße 17 dicker. Preisfrage: Wie hatte Kranz überhaupt in diese Stellung kommen können? Vermutung: weil er ein alter Parteigenosse war. Diese Version hatte Kranz selbst verbreitet — aber stimmte sie? Viele Kollegen zweifelten und hielten ihn für einen „April-Gefallenen“<sup>22</sup>). Sicher ist: Kranz war ein Lehrer, der Politisches mit Schulischem vermengte<sup>23</sup>) und beides wiederum mit Persönlichem<sup>24</sup>). 1935 wurde die Schule von ihrer Persona non grata erlöst<sup>25</sup>).

Der zweite Problemfall ist anders gelagert. Ein beruflich enttäuschter Lehrer fand sich offensichtlich bereit, NS-Instanzen Interna aus der Schule, insbesondere dem Kollegium zu übermitteln. So galt er als Spitzel der Kreisleitung und brachte den „deutschen Blick“ ins Lehrerzimmer. Man sah sich erst um, bevor man regimiekritische Äußerungen tat. Ein Lehrer erin-

<sup>20</sup>) U. Popplow, Vgl. Anm. 4, S. 165 (Quellenbeleg: U. Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Tagebuch Jung, o. S.).

<sup>21</sup>) Vgl. Anm. 20.

<sup>22</sup>) Mdl. Auskunft von G. W., 31. 3. 1978. Das stimmt: Die Parteimitgliedskarte von Kranz (ausgestellt im Juli 1933) vermerkt als Eintrittsdatum: 1. 4. 1933. Mitgliedsnummer: 1 635 470. Weitere Angaben: Senator, Kriegsfreiwilliger 1914/18, Philologenverband, Kameradschaft Offiziersverband, Evangelischer Bund, Verein ehemaliger Oberrealschüler. (NHStAH, Hann. 310 I, Kreisleitung Göttingen, o. Sign.)

Kranz ahnte nicht, daß sein Übereifer in der Angabe von Funktionen und Mitgliedschaften Bumerangwirkung haben sollte: Der Philologenverband wurde 1935 verboten, und die Zugehörigkeit zu einer berufsständischen konfessionellen Vereinigung wurde Lehrern 1938 untersagt. (FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 12. 12. 1938).

<sup>23</sup>) FKG, Schularchiv, Schriftwechsel (Beschwerde Stieglers v. 25. 11. 1933 und Stellungnahme Kranz' v. 30. 11. 1933).

<sup>24</sup>) Er zerstörte die Ehe des Kollegen W.: mdl. Auskunft von G. W., 20. 12. 1977.

<sup>25</sup>) FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1935/36 (entgegen den sonstigen Gepflogenheiten wird für den Abgang von Kranz kein Wort verschwendet). Kranz wurde an das Staatliche Gymnasium in Göttingen versetzt. Einer seiner Schüler notierte in seinem Tagebuch: „Kranz halte ich für völlig verrückt. Seine Augen und seine Sprache werden immer fanatischer und wilder. Ich kann ihn nicht mehr sehen.“ (Vgl. Anm. 15, Tagebuch Fritz Vogt).

nert sich: „Bei unserem Schulfest auf dem Rohns spielte im November 1935 — wie immer in unserem Scholorchester — der jüdische Schüler Rudolf Hahn (Bratsche oder Zweite Geige) mit. Der liebe ‚Kollege‘ protestierte bei der Kreisleitung: ‚Man mutet dem Vertreter des Kreisleiters zu, nach der Pfeife eines Juden zu tanzen.‘“<sup>26</sup>) Ein anderer Fall: „Einmal übte ich mit den Klassen im Musiksaal das Lied ‚Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten‘ ein. Der Komponist ist zweifellos ein Nichtjude gewesen, bei dem Autor muß das offen bleiben. In den Nachschlagewerken hieß es: ‚Aus dem Niederländischen‘. Da hat doch tatsächlich jemand‘ der Kreisleitung mitgeteilt: ‚In der Oberrealschule singt man jüdische Lieder.‘“<sup>27</sup>)

Gut unterrichtete Lehrer der Schule sahen die Tätigkeit des beargwöhnten Kollegen anders: Er arbeitete nicht als Informant der Kreisleitung, sondern war V-Mann (Vertrauensmann) des SD, des Sicherheitsdienstes der SS. Als solcher zeichnete er für seine Auftraggeber alles auf, was er an Meinungsäußerungen über die Maßnahmen von Partei- und Staatsorganen in der Schule hörte<sup>28</sup>). Aber was immer er getan hat, sichtbar geschadet hat er niemandem — sehr im Unterschied zu Kranz! So viel an NS-Bejahung oder -Kritik von außen in das Kollegium drang, die eigentlich indoktrinierende Linie bestimmte als Sprecher der übergeordneten staatlichen Instanz in Hannover Regierungsdirektor Dr. Pusch. Noch niemals in der Geschichte der Schule hatte es einen solch sonderbaren Dezernenten gegeben (Dok. Nr. 12, 13). Zu dümmlich, um ernst genommen zu werden, zu kleinkariert-fanatisch, um Resonanz zu finden<sup>29</sup>!

<sup>26</sup>) Mdl. Auskunft von W. R., 3. 4. 1979.

<sup>27</sup>) U. Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Augenzeugenbefragung von W. R., 29. 7. 1976. Der ehem. Kreisleiterstellvertreter Benno Magerkurth bestätigt, daß der gemeinte Lehrer nebenberuflich in der Kreisleitung beschäftigt gewesen ist (mdl. Auskunft, 9. 8. 1976). In den Akten der Kreisleitung findet sich allerdings kein schriftlicher Beleg für eine Spitzeltätigkeit (NHStAH, Hann 130 I, Kreisleitung Göttingen, o. Sign.).

<sup>28</sup>) Mdl. Auskunft, o. N., 27. 3. 1979. — Der Inlandnachrichtendienst des SD war von SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf aufgebaut worden. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS haben als „Meldungen aus dem Reich“ eine bedeutende Rolle in der Herrschaftstechnik der NS-Führungsspitze gespielt. Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Neuwied 1965 (Einleitung S. IX ff.); Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. 1967, S. 389 ff.

<sup>29</sup>) Nur Kranz blieb es vorbehalten, sich zu ihm zu schlagen: FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, Erklärung K.s v. 3. 4. 1934 — Brief Kortess v. 4. 4. 1934 an Lietzmann.

Mit Recht stufte man ihn dennoch als politisch gefährlich ein, und alle atmeten auf, als er im Juli 1941 der Schule auf natürlichem Wege genommen wurde<sup>30)</sup>. Sein Nachfolger als Dezerent, Oberschulrat Dr. Moeller, hat sich niemals zu solchen Belehrungen verstiegen, wie Pusch sie für angemessen hielt. Allerdings war das schon eine Zeit, in der der ideologische Mörtel an und in den Schulen bedenkliche Risse zeigte.

Zwar hatte man solcher Verwitterung rechtzeitig vorbeugen wollen, als man von 1933 an die Lehrer in immer größerem Umfange zur Teilnahme an Lagern, Tagungen und Übungen bewegte<sup>31)</sup>. Aber mit „freiwilligem Zwang“ ging es nur so lange gut, wie die allgemeine politische Wetterlage auf „schön“ stand. Mit dem 1. September 1939 veränderte sich die NS- wie die Schulwelt grundlegend. Warnzeichen hatte es schon vorher gegeben: als der Oberpräsident in Hannover am 24. September 1938 eine Aufstellung der Wehrpaßinhaber anforderte<sup>32)</sup> und am 10. November 1938 auf „vertraulich-eigenhändigem“ Wege — unter Umgehung des Schulträgers — nichts Geringeres als eine geheime Mobilmachungsvorkehrung für die Schule traf<sup>33)</sup>.

Wenn das alles die Lehrerseite betraf: wie sah es umgekehrt mit jener der Schüler aus? Wie bekam das Regime diese auf dem Umweg über die Lehrer in den Griff? Denn eben dies wollte es. Gegen Lehrer wie Schule waren die Jungen grundsätzlich durch die HJ eingestellt worden. Aber da nun einmal alle noch so neunmal klugen ideologischen Spruchweisheiten keine konkrete Wissensvermittlung zu ersetzen vermochten, blieben Unterrichtsformen wie -stoffe weiterhin das A und O der schulischen Arbeit. Zunächst geschah nicht allzu viel Neues. An den nationalen, bald: nationalsozialistischen Feiertagen gab es künftig Schulfeiern — Tag von Potsdam<sup>34)</sup>, Hitlers Geburtstag<sup>35)</sup>, 1. Mai<sup>36)</sup>, Muttertag<sup>37)</sup>, 9. November<sup>38)</sup>, — groß-

zügige Urlaubsbewilligungen — Reichsparteitag in Nürnberg<sup>39)</sup>, Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln<sup>40)</sup> — oder sogar schulfrei<sup>41)</sup>. Ergänzend kamen alle möglichen Gedenkstunden, Filmveranstaltungen, Ausstellungen und ähnliches hinzu<sup>42)</sup>. Erst der Krieg schraubte das üppige Indoktrinierungsfeuer dann auf Sparflamme zurück. Das erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo so manchen schon dieser Kult der „NS-Schulgemeinde“ anzuöden begann. Immer die gleichen Reden zu hören, überforderte selbst die gutwilligsten Schüler. Zumal die Schuljahre, Schulhalbjahre und mitunter sogar Schulvierteljahre mit Flaggenparaden eröffnet und geschlossen wurden. Ohne Kernsprüche ging es auch dabei nicht ab.

Besonderes Gewicht wurde vom Sommer 1934 an dem Staatsjugendtag beigemessen. Der Oberpräsident forderte darüber Berichte von der Schule an<sup>43)</sup> (Dok. Nr. 14). Seit Frühjahr 1936 erübrigte sich ein Ersatzunterricht, weil 99 Prozent der Schüler im DJ und in der HJ Tritt gefaßt hatten. Dafür wurde der Schule die HJ-Fahne verliehen. Damit nicht genug: Regierungsdirektor Pusch war gerade zu Beginn seiner Amtszeit um eine totale ideologische Ausrichtung der künftigen Abiturienten bemüht und ordnete dafür einen vierzehntägigen Landheimaufenthalt der Abschlußklassen an. Anschließend erwartete er einen schriftlichen Bericht über diese Schulungswochen. Ein Jahr lang zögerte die Schule die Antwort hinaus. Diesmal aber unterlag sie im Spiel auf Zeit. Brück verlangte Pusch am 24. April 1935: „Die Erledigung meiner Verfügung vom 14. Mai 1934 [...] wird hierdurch in Erinnerung gebracht und nunmehr umgehend [unterstrichen] erwartet.“<sup>44)</sup> Rasch entwarf Baustaedt die Antwort und überarbeitete sie sachlich wie sprachlich (Dok. Nr. 15). Kaum ein anderes Dokument im Schriftwechsel der Schule zeigt solche Spuren der Hast, ja des Überstürzten: mit Pusch war nicht zu spaßen. Diese weltanschauliche Schulung von angehenden Abiturienten blieb ein einmaliger Vorgang.

<sup>30)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1940/41, S. 7.

<sup>31)</sup> Im Schuljahr 1938/39 waren diese mit Beurlaubungen verbundenen Veranstaltungen zu einem guten Drittel politischen, zu einem Drittel fachlichen und zu einem knappen Drittel militärischen Charakters: FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1938/39, S. 26 f.

<sup>32)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 30. 9. 1938.

<sup>33)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 19. 11. 1938.

<sup>34)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1932/33, Chronik, o. S.

<sup>35)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1934/35, S. 1.

<sup>36)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1933/34, S. 1.

<sup>37)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, Erlaß v. 12. 5. 1933, den Oberbürgermeister Jung ironisch mit der Frage kommentierte: „Wo bleibt der Vatertag?“

<sup>38)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1937/38, S. 6.

<sup>39)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 25. 8. 1938. Außerdem Schulfeier am 4. 9. 1933: FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1933/34, S. 1.

<sup>40)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 29. 6. 1934.

<sup>41)</sup> Erstmals am 8. 3. 1933 wegen des „Wahlsieges der Nationalen Front“: FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1932/33, Chronik, o. S.

<sup>42)</sup> Der Chronikteil der Jahresberichte von 1933 bis 1944 hat die ungezählten Feiern, Veranstaltungen und Kundgebungen festgehalten.

<sup>43)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 31. 7. 1934, 20. 8. 1934.

<sup>44)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, 24. 4. 1935 (F 1).

Unter der politischen Indoktrinierungsmaschinerie verkümmerte das wirkliche, das freiheitliche Gemeinschaftsleben der Schule. Dabei brauchten Lehrer wie Schüler und Eltern Ventile, um sich wieder einmal für Stunden menschlich-ungezwungen geben zu können. Das geschah 1935<sup>45)</sup>, 1936<sup>46)</sup> und in modifizierter Form noch 1938 (Tag der offenen Tür<sup>47)</sup>). Dann würgte der Krieg solche Möglichkeiten menschlicher Begegnung ab. Ehemaligen Schülern — hineingezwungen in die Gnadenlosigkeit des Krieges — blieb nur noch die Erinnerung, „wie schön doch die Tage in Göttingen auf der Schule gewesen waren“<sup>48)</sup>.

Bei aller Gemeinsamkeit, die Schüler und Lehrer verband: Konflikte zwischen den Institutionen Schule und Hitlerjugend waren unvermeidlich. Sie zeichneten sich früh ab. Im Protokoll der Gesamtkonferenz vom 16. Juni 1933 heißt es: „Es wird gewünscht, daß maßgebende Herren auf die Hitlerjugend einwirken, daß sich Übungen nicht zu lange ausdehnen. Herr Kranz nimmt hierzu Stellung“<sup>49)</sup>. — Herr Direktor weist darauf hin, daß die Eltern als nächste Instanz zu verständigen sind.“<sup>50)</sup> Hier wird die Grundeinstellung Lietzmanns erkennbar, die er in allen nachfolgenden Auseinandersetzungen mit der HJ und anderen nationalsozialistischen Gliederungen durchzuhalten bemüht gewesen ist: Unterricht und schulische Erziehung sind Aufgaben, denen nur die Schule selbst in Zusammenarbeit mit den Eltern gerecht werden kann. Andere Tendenzen und Ansprüche können berücksichtigt werden, aber immer nur so weit, wie sie den Vorrang des Schulischen und Pädagogischen nicht in Frage stellen. Auf eine kurze Formel

gebracht: Schule ist Schule, HJ-Dienst ist HJ-Dienst. Und die Oberrealschule wehrte sich von Anfang an gegen Eigenmächtigkeiten und Disziplinlosigkeiten von HJ-Mitgliedern und -Führern (Dok. Nr. 16). In den zwölf Jahren des Dritten Reiches hat es nur zwei Fälle gegeben, in denen Schüler wegen ihres NS-Engagements nachversetzt<sup>51)</sup> oder versetzt<sup>52)</sup> wurden. Beide gehören in die Anfangsphase der NS-Zeit und stellen Ausnahmen dar. Und auch die Modifizierung der Schulträgerschaft hatte nur geringe Lebenskraft: vom Schuljahr 1934/35 an waren der Stadt als Patronatsbehörde „Jugendwalter der Anstalt“ beigegeben worden. Zu dieser Kontrollinstanz gehörten Prof. Dr. Reich, Fuhrwerkbesitzer Quentín, Lehrer Reimer, Studienrat Dr. Wüster und Bannführer Heintzmann (HJ). Im Frühjahr 1936 wurde diese totgeborene Institution kommentarlos aufgelöst: zusammengetreten war sie ohnehin nicht ein einziges Mal<sup>53)</sup>.

Die schwerste Belastungsprobe in der Auseinandersetzung mit einer NS-Gliederung erlebte die Schule 1937, als sie mit pädagogischem Rückgrat der mächtigen SS Paroli bot. Der junge, energische Studienassessor Seidel — Jahrzehnte später, in den sechziger Jahren, kommissarischer Leiter der Schule —, Direktor Lietzmann und das Kollegium beurteilten das Verhalten eines Schülers als das, was es war: eine spätpubertär-renitente Ungehörigkeit. Der Schüler R., Mitglied der SS, hatte sich den Anordnungen seines Sportlehrers permanent widersetzt und sich sogar zu Handgreiflichkeiten hinreißen lassen. Als die vorge setzte Behörde — Pusch! — beklemmt-verle-

<sup>45)</sup> Göttinger Tageblatt Nr. 269/16. u. 17. 11. 1935.

<sup>46)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, Oktober 1936 (Bordfest „Ahoi!“).

<sup>47)</sup> Göttinger Tageblatt Nr. 13/17.1. 1938 („Eltern sitzen auf der Schulbank“); Göttinger Tageblatt Nr. 13/17. 1. 1938 („Moderner Schulunterricht ist lebendig“). Es war eine Sonntagsveranstaltung, bei der Deutsch- und Geschichtsstunden fehlten.

<sup>48)</sup> FKG, Schularchiv, Briefe von Schülern und Lehrern, B. L., 22. 6. 1942. — Was blieb, waren auch die Schulkonzerte. Um sie hat sich StR. Willi Rehkopf verdient gemacht. Er nahm dabei in Kauf, als Orchesterleiter und Verbindungslehrer der HJ bespöttelt zu werden. Worum es ihm ging, war einzig und allein die Qualität seines Schulorchesters. Er glaubte sie durch die parallele Arbeit in der HJ — die Mitglieder beider Orchester waren nahezu identisch — bewahren, wenn nicht sogar steigern zu können.

<sup>49)</sup> Es konnte wohl nicht ausbleiben, daß Kranz sich als „maßgeblicher Herr“ angesprochen fühlte. Zu diesem Zeitpunkt war er noch der „Herr Senator“. Das war die von ihm geschätzte Anrede. — Mdl. Auskunft von H. H., 3. 4. 1978.

<sup>50)</sup> FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 3.

<sup>51)</sup> FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 15: Die Klassenkonferenz der ehemaligen UIa (1932/33) entspricht am 19. 10. 1933 dem Antrag der Eltern auf Nachversetzung, weil ihr durch eine ministerielle Verfügung vom 20. 4. 1933 die Hände gebunden waren. Der Schüler hatte „seit 1929 im NS-Schülerbund in erheblichem Maße für die nationale Erhebung gearbeitet“.

<sup>52)</sup> FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 50f.: Versetzungskonferenz der UIIIc, 23. 3. 1934. D. erhält die Bemerkung: „Mit Rücksicht auf seine Betätigung in der Hitler-Jugend wird trotz der nicht genügenden Leistungen in 3 Hauptfächern die Versetzung ausgesprochen. Jedoch wird erwartet, daß die Lücken im nächsten Jahre nachgeholt werden.“ Der Klassenlehrer war Kranz!

<sup>53)</sup> U. Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Augenzeugenbefragung von G. W., 31. 3. 1978. Zum Problem der Jugendwalter vgl. R. Eilers, Die nationalsozialistische Schulpolitik, Köln—Opladen 1963, S. 123f. Das Verhältnis von Schule und HJ diskutiert mit neuen, aber recht theoretischen Fragestellungen E. Nyssen, Schule im Nationalsozialismus, Heidelberg 1979.

gen rückfragte, ob „Seidel schon früher Disziplin-Schwierigkeiten gehabt [hätte]“ und ob R. sich „auch sonst Widersetzlichkeiten [hätte] zuschulden kommen lassen“, antwortete Lietzmann entschlossen und bestimmt, daß das nicht zuträfe. Dennoch änderte Pusch knieweich die „Verweisung“ Rs in eine „Androhung der Verweisung“<sup>54)</sup>.

Wenn man heute die Abituraufsätze jener Jahre liest (Dok. Nr. 17, 18, 19), ist man betroffen von der geistigen Unselbständigkeit und gedanklichen Armut so vieler Prüflinge<sup>55)</sup>. Die deutschtümelnde Tradition hatte sich im Fach Deutsch bereits vor Hitler so stark entwickelt (Dok. Nr. 17), daß die Nationalsozialisten auf diesem Boden mühelos weiterbauen konnten (Dok. Nr. 18, 19). Gewiß kam dem bei den hier vorgelegten Auszügen die Themenwahl entgegen. Bei literatur- und textgebundenen Themen war das nicht so ohne weiteres gegeben, und die Themenstellung der Deutschaufsätze blieb in den ersten Jahren auch noch erstaunlich neutral und sachbezogen. Aber das änderte sich: zwar nimmt sich der Lektüreplan des Schuljahres 1938/39 (Dok. Nr. 20) alles in allem noch erträglich an, wenn auch Goethe, Schiller, Lessing, Hölderlin, Kleist, Heibel — um nur sie zu nennen — sich bereits die Nachbarschaft des Mittelmaßes der Carossa, Frensen, Grimm, Griese, Freytag, Löns und gar erst die der NS-Ideologen und -Barden Hitler, Rosenberg, Schirach, Vesper, Pleyer und Beumelburg gefallen lassen müssen. Auffallend das Fehlen von Bann und Ernst Jünger, die in den Anfangsjahren mit dem Regime geliebäugelt hatten! Eindeutig ist demgegenüber die Tendenz der deutschen Aufsatzthemen desselben Schuljahres 1938/39 (Dok. Nr. 21). Hier spürt man keinen Niederschlag oder gar die kritische Diskussion der qualitativ wertvollen Literatur. Statt dessen beherrscht der Be-, richtiger: Gesinnungsaufsatz das Feld. Zweifellos hätten sich die Machthaber noch stärkere NS-Akzente gewünscht, aber das hier Gebotene ist doch schon peinlich genug<sup>56)</sup>.

Erstaunlich lange brauchten die Nationalsozialisten, um neue Richtlinien und Lehrpläne zu entwerfen. Bis 1937/38, ja mitunter sogar bis 1940 griffen sie sprunghaft und ohne eine er-

kennbare pädagogisch-politische Linie mit Erlassen und Anweisungen in den Lehrinhalt und die Stundenzahl der einzelnen Unterrichtsfächer ein<sup>57)</sup>. In der Oberrealschule begann es mit einer Direktive für den Biologieunterricht<sup>58)</sup>. Sie überließ allerdings der Schule die Initiative, wie sie sich eine fächerübergreifende Behandlung von Vererbungs- und Rassenlehre vorstellte (Dok. Nr. 22). Unsystematisch wurden dann andere Fächer durch ad-hoc-Entscheidungen gegängelt, eingeschlossen Bildungseinrichtungen wie die Schülerbücherei. In diesem Falle war es nicht mehr die Entfernung von „Schundliteratur“, sondern die von Büchern, die nicht mehr der veränderten Parteiauffassung des Sommers 1934 entsprachen<sup>59)</sup>.

Im übrigen wurden die Lehrbücher aus der Zeit der Weimarer Republik benutzt, und das weit über 1937 hinaus. Als Lietzmann in einer Gesamtkonferenz am 16. Juni 1939 über die neu erscheinenden Lehrbücher sprach, wies er ausdrücklich auf die noch geltende Liste mit den bisherigen Lehrbüchern hin<sup>60)</sup>. Erst Ende August/Anfang September 1940 diskutierten die Fachkonferenzen die neuen Lehrbücher und „segneten“ ihre Einführung ab<sup>61)</sup>. Dabei hatte die Schule durchaus eigenwillige Entscheidungen getroffen: sie deckten sich nur in zwei Fächern mit denen der sonstigen Schulen Preußens und der der anderen Länder<sup>62)</sup>. Diese Verzögerung in der Benutzung neuer Bücher — und das hieß die Beibehaltung der alten Lehrbücher — mußte der nationalsozialistischen Umformung der Lehrinhalte deutliche Grenzen setzen. Siebeneinhalb Jahre Unterricht mit den aus demokratischem Geist geschriebenen Unterrichtswerken gegenüber noch verbleibenden viereinhalb Jahren mit den aus nationalsozialistischem Ungeist erwachsenen: war das eine Form des passiven

<sup>57)</sup> Vgl. Eilers, Anm. 53, S. 13ff.; K. J. Flessau, Schule der Diktatur, München 1977, S. 19ff.

<sup>58)</sup> Anordnung des Preußischen Kultusministers vom 13. 9. 1933. Vgl. Eilers, S. 13. — FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 101.

<sup>59)</sup> Es handelt sich um folgende Titel: Hans Heinz Ewers, Horst Wessel; Hermann Wirth, Ura Linda Chronik; Werner Bergengruen, Männer machen Geschichte; Freiherr von Dankelmann, Hans Jasow; Geschichte eines Nationalsozialisten; Czech-Hochberg, Deutsche Geschichte (vgl. FKG, Schularchiv, Schriftwechsel).

<sup>60)</sup> FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 323.

<sup>61)</sup> FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 355ff.

<sup>62)</sup> Es handelt sich um die Unterrichtswerke in Französisch und Erdkunde; vgl. Flessau, Anm. 57, S. 208.

<sup>54)</sup> R. wurde von seinen Eltern abgemeldet und verließ die Schule.

<sup>55)</sup> Dabei sind diese drei Aufsätze Arbeiten, die mit „gut“ oder „sehr gut“ beurteilt worden sind.

<sup>56)</sup> Eine grundlegende Analyse des Deutschunterrichts in den Gymnasien des Dritten Reiches steht immer noch aus.

Widerstandes?<sup>63)</sup> Soviel ist gewiß: man hätte schneller wechseln können, aber man ließ sich aus pädagogischem Verantwortungsbewußtsein Zeit. Zeit gewonnen, viel gewonnen! Das galt gerade damals.

Ähnlich handelte die Schule in der Frage der neuen Richtlinien, der Lehr-, Stoff- und Lektürepläne. Vorreiter waren die Sportlehrer oder — wie sie damals hießen — Leibeserzieher. Sie legten in einer Gesamtkonferenz den Kollegen der anderen Fächer ihre neue herausgehobene Funktion dar: sie waren jetzt verantwortlich für die Persönlichkeitsbeurteilung der Schüler (Kriterien: a) körperlicher Zustand, Entwicklung, b) charakterliche Beurteilung) und verkörperten zugleich als Vorbild die „Führer zur Wehrreife“<sup>64)</sup>. Die anderen Fächer folgten im Abstand von einem Jahr und nach weiteren längeren Verzögerungen. Und die Umbenennung der Schule und ihrer Klassen? Jene erfolgte mit dem Beginn des Schuljahres 1937/38<sup>65)</sup>, diese ein Jahr später<sup>66)</sup>. Auch hier hatte man es nicht eilig gehabt.

Diese taktische, nein schon strategische Konzeption, die sich in deutlichen Umrissen abzeichnet, ist neben dem Grundkonsens des Kollegiums<sup>67)</sup> vor allem dem Direktor der Schule zu verdanken: Professor Dr. Walther Lietzmann — einem Zivilisten in uniformierter Zeit. Wie hatte doch ein junger, durch die NS-Zeit geprägter Schüler über ihn geurteilt? „Lietzmann war als Lehrer angesehen, aber als ‚Mann‘ eine Flasche: total unmilitärisch. Der

<sup>63)</sup> Dazu würde die Weigerung passen, sich Rasse — Günthers Nordischer Gesellschaft anzuschließen. (FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 157 — 15. 5. 1936)

<sup>64)</sup> FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, 254ff. Das Fach Leibeserziehung hatte auch frühzeitig einen Stundenzuwachs erhalten. Daß sich die Sportlehrer durchaus nicht als Zuchtmeister der Schule aufspielten, sondern ihren Schülern hilfreich und verständnisvoll begegneten, wird von ehemaligen Schülern ausdrücklich bezeugt.

<sup>65)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1937/38, S. 4. Die Schule hieß nun „Städtische Oberschule für Jungen“. In dieses Schuljahr fiel auch die Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr.

<sup>66)</sup> FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1938/39, S. 9ff. Zur Veranschaulichung der Änderung mögen die beiden Schaubilder dienen: Das obere zeigt den Typ der Oberrealschule mit Reformrealgymnasium, wie er bis zu Beginn des Schuljahres 1937/38 bestanden hatte; die rechte Spalte verdeutlicht mit der heute üblichen Klassenbezeichnung die alte Benennung; das untere Bild zeigt die Umbenennung der Schule im Sinne eines vereinheitlichten Schultyps (1937/38); in den rechten Spalten wieder eine Parallelisierung der neuen Klassenbenennungen (1938/39) mit der uns heute geläufigen.

### Jungenschulen

Oberrealschule i. Aufbauform	Dtsch. Oberschule i. Aufbauform					Ol.	13
						U1.	12
						OII.	11
						UII.	10
						OIII.	9
						UIII.	8
Deutsche Oberschule	Oberrealschule	Reformrealgymnasium	Realgymnasium	Reformgymnasium	Gymnasium	IV.	7
						V.	6
						VI.	5
							4
							3
							2
Volksschule							1

<sup>67)</sup> Dafür liefert rein optisch die Fotosammlung aus dem Kollegium, die Rudolf Roestel aus dem Nachlaß seines Vaters besitzt, schon einen Beweis. Zum anderen vgl. die zitierten ehemaligen Lehrer der Schule. Die Polarisierung zwischen Überzeugten und Gegnern des Nationalsozialismus in den Kollegien — so Flessau, a. a. O., S. 21 — trifft jedenfalls für die Oberrealschule (Oberschule für Jungen) nicht zu.

### Jungenschulen

Aufbauschule	sprachl. Zweig	naturwiss. Zweig		8	12
				7	11
				6	10
				5	9
				4	8
				3	7
Volksschule			Gymnasium Oberschule	2	6
				1	5
					4
					3
					2
					1

konnte zu Führers Geburtstag noch nicht einmal eine Flaggenparade in Gang bringen. Angetreten in U-Form auf dem Schulhof, am rechten Flügel jeweils der Klassenlehrer! Dann sprach Lietzmann, nicht zu viel, nicht zu wenig — gerade das, was erforderlich war. Aber Kommandos konnte er nicht geben, der ca. 1,60 bis 1,65 Meter große und nur Zivil tragende Mann. Er hatte einen Bauchansatz und machte deshalb auf uns schon einen komischen Eindruck. Sein Renommee war sein Professorentitel. Man sagte uns: „Das ist Deutschlands größter Mathematiker!“, und das beeindruckte uns natürlich auch wieder. Er war nach unserem Eindruck der einzige, der keine Parteiabzeichen trug.“<sup>68)</sup> Ganz anders das Urteil eines reifen Schülers, der ihn in den beginnenden dreißiger Jahren erlebte: „Wenn er am anderen Ende des Flurs erschien, nahm ich schon innerlich Haltung an. Er war eine Respektperson sondergleichen.“<sup>69)</sup>

Schließlich die Wertung eines Schülers der zwanziger Jahre, der anschließend als Ehemaliger in den dreißiger und vierziger Jahren Kontakt zu seiner neuen-alten Schule bewahrte: „Lietzmann war der entscheidende Mittelpunkt der Schule im Dritten Reich. Antinationalsozialistisch — trotz der äußerlichen Parteimitgliedschaft von 1933. Eine durch und durch integre Persönlichkeit. Seinem Vorbild war es wohl auch zu verdanken, daß die Schule in den braunen Jahren insgesamt einen zivilen Charakter bewahrte. Denn dieser Eindruck herrschte vor.“<sup>70)</sup>

Lietzmann selbst hat einmal die Anforderungen genannt, die nach seiner Meinung ein Direktor haben müsse (Dok. Nr. 23). Ebenso hat er sich über die angeborenen Eigenschaften geäußert, die einen Erzieher ausmachen — was man eben hätte oder nicht hätte, jedenfalls nicht lernen könne (Dok. Nr. 24). An beiden Maßstäben ist er selbst zu messen, und da kann er wahrlich bestehen — so schwierig er im einzelnen für seine Kollegen menschlich auch gewesen sein mag (Dok. Nr. 25).

Wohl nur ein Mann solchen Zuschnitts konnte die Schule ohne Schädigung ihrer geistigen Substanz durch die Wirrnisse der NS-Jahre führen. Das ging nicht ohne Kompromisse und Kratzer ab, und so manchen Abstrich hat auch Lietzmann machen müssen. Aber selbst dann suchte er vor allem einer seiner direktorialen Eigenschaften treu zu blei-

ben: der Konsequenz. So lehnte er den Antrag des Marinesturms auf Benutzung des Schulhofs mit der hintergründig-sarkastischen Bemerkung, „der Schulhof [sei] nicht als Truppenübungsplatz angelegt“ worden, ebenso entschieden ab wie die vielen vorangegangenen und nachfolgenden Wünsche der NS-Gliederungen, vor allem der HJ<sup>71)</sup>. Ging es dabei um die Benutzung der Aula oder anderer Innenräume der Schule, wies er immer auf die Fußbodenschäden hin, die durch die Nagelschuhe und -stiefel entstanden. Diese widerspruchsbereite, sachorientierte Haltung trug ihm die Achtung und Unterstützung der Göttinger Oberbürgermeister Bruno Jung und Albert Gnade ein: jener schätzte in der Phase nahender Schulreformen seinen fachlichen Rat, dieser nahm ihn in einem persönlichen Brief an den Staatssekretär im Reichspropagandaministerium vor rüden Angriffen der HJ in Schutz. Auf der anderen Seite rückte ihn seine Konsequenz in schulischen Angelegenheiten — ob jenen des Gebäudes oder denen des Unterrichts — in die kritische Optik der NS-Instanzen, vorrangig der HJ und der Kreisleitung.

Die Schule hatte Glück im Unglück: mit einem solchen Direktor — und den noch verbliebenen vertrauten Lehrern — wurde sie in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges gestoßen und überlebte diese. Je grauer sich die Jahre in der Schule färbten, um so mehr wuchs unter Lehrern wie Schülern das Gefühl: solange Lietzmann Chef ist, wird für uns menschlich getan, was getan werden kann. Das gab Hoffnung in hoffnungsloser Zeit. Hier ist grundsätzlich zu fragen: wie standen die Schüler in diesen wie in den vorangegangenen Jahren ideologischer Verführung zu ihrer Schule? Die Antwort kann — bei aller Differenzierung im einzelnen — nur lauten: positiv bejahend. Und das ist durchaus kritisch-eingeschränkt formu-

<sup>71)</sup> FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, an vielen Stellen. Der Schulträger stellte sich hinter seinen Direktor. Wußte doch Oberbürgermeister Jung: „Die Oberrealschule unterstand der Leitung des Direktors Prof. Dr. Lietzmann, eines ganz bedeutenden Schulmannes und Wissenschaftlers auf dem Gebiet der Mathematik. Er hatte eine Anzahl wichtiger mathematischer Lehrbücher verfaßt, die überall im Unterricht gebraucht wurden. [...] Die Schule genoß über Göttingen hinaus großes Ansehen. Mehrere Lehrer gehörten dem Lehrkörper der Universität an. Es gab Stimmen, die mit einem Anflug von Humor unsere Oberrealschule als einen Ableger der Philosophischen Fakultät der Georgia Augusta bezeichneten.“ — Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Erinnerungen Jung, S. 295, 347. (Die naturwissenschaftlichen Disziplinen hatten lange zur Philosophischen Fakultät gehört.)

<sup>68)</sup> Mdl. Auskunft, o. N., 30. 3. 1978.

<sup>69)</sup> Mdl. Auskunft von J. B., 2. 4. 1979.

<sup>70)</sup> Mdl. Auskunft von W. L., 3. 4. 1979.

liert<sup>72</sup>). Der Pendelausschlag reicht vom „Abgesehen von den Lehrern X, Y, waren es erfreuliche, abwechslungsreiche Jahre in der Böttingerstraße“ bis zum „Wenn ich in meinem Leben jemandem etwas zu verdanken habe, dann dieser Schule mit ihren Lehrern!“ Darauf folgen Einzelheiten, die oft eine bewegende Identifizierung mit der Schule verraten, die von Dankbarkeit zeugen und die von erschütternder Suche nach einer bergenden Heimat inmitten einer Zeit totaler Heimatlosigkeit sprechen. Dies gilt vor allem für die im Kriege stehenden Soldaten, Lehrer wie Schüler, für die vorzeitig zum RAD und zum Luftwaffenhelfereinsatz ein- bzw. abberufenen Schüler und für die Angehörigen der gefallenen Schüler. Wer sich durch die vielen Briefe, die an Direktor, Lehrer und Mitschüler geschrieben worden sind<sup>73</sup>), hindurchgelesen hat, zweifelt nicht: im Konflikt Schule-HJ hatte letztere nie eine Chance. Ob vor dem Kriege oder während der Schreckensjahre 1939/45: im Zweifelsfalle für die — „unsere“ — Schule<sup>74</sup>!

Vom Allgemeinen zum Besonderen: das entscheidende institutionelle Ereignis für die Schule in den Kriegsjahren war 1941/42 die Umstellung des Schuljahres von Ostern auf

den Sommer/Herbst<sup>75</sup>). Aber die Schwierigkeiten waren bald gemeistert. Länger wirkten nach und belasteten das Schulleben die frühzeitigen Einberufungen: vor allem die der noch sehr jungen Schüler zum Dienst als Luftwaffenhelfer<sup>76</sup>). Blieb hier doch die Schule verpflichtet, für die unterrichtliche Weiterbildung zu sorgen. Nur für zwei Helfer-Gruppen konnte die Schule eigene Betreuungslehrer stellen<sup>77</sup>). Lietzmann selbst kümmerte sich um alle eingesetzten Schüler und suchte sie mehrfach in ihren Stellungen auf. Für die Jungen-Soldaten war er ein wirklicher Schüler-Vater<sup>78</sup>).

Aber auch hier kam es zu einem Konflikt, der die Schule und ihren Direktor wieder einmal im Grundsätzlichen herausforderte (Dok. Nr. 26, 27): Lietzmann ließ Federn, aber er bewahrte Konsequenz — und menschliche Güte. Das üble Nachspiel hat er selbst handschriftlich festgehalten — ein außergewöhnliches Dokument! Doch der nächste Zusammenstoß mit den NS-Gewaltigen folgte auf dem Fuße. Erstaunlicherweise hat er kaum einen Niederschlag in den Schulakten gefunden<sup>79</sup>). Anfang September 1944 wurden sechzig fünfzehnjährige Schüler der Schule zum Schippeinsatz in das Frontgebiet von Arnheim in Holland transportiert. Das war ein Skandal, wie es ihn in den gewiß recht überraschungsreichen Jahren des Dritten Reiches noch nicht gegeben hatte (Dok. Nr. 28, 29, 30, 31<sup>80</sup>), 32). Der Schule brachte er erstmals die Gestapo ins Haus, und Lietzmann trug er nicht nur den peinlichen Auftritt des Kreisleiters Gengler in der Schule

<sup>72</sup>) Der VI. stützt sich hier auf zahlreiche Gesprächsmittelungen bzw. -splitter, die er in vielen Jahren — sich oft als Lehrer der Schule verleugnend — über die Schule in der NS-Zeit erhalten hat. Den hier gezogenen Rahmen würde es sprengen, sie im einzelnen zu belegen.

<sup>73</sup>) FKG, Schularchiv, Briefe von Schülern und Lehrern, o. Einzelangabe.

<sup>74</sup>) Es hat in den Jahren des Dritten Reiches keine kollektive, von HJ-Schülern getragene Aktion gegen die Schule gegeben. Die Vorgänge zwischen 1933 und 1937 liegen auf einer anderen Ebene: Es waren individuelle, keine generationsgebundenen Konflikte — so weit sie auch immer ins Institutionelle hineinreichen. Aussagestark ist: die Schlußgruß-Formel der Briefe gebraucht niemals das „Heil Hitler“, sondern ist immer persönlich-zugewandt gefaßt. Nichts könnte überzeugender die Grenzen nationalsozialistischer Indoktrinierung aufzeigen. Daran änderten nichts die schmerzvollen Erfahrungen, die Schüler immer noch mit der „schlagkräftigen“ Argumentation einiger Lehrer machen mußten. Ein leidgeprüfter Mittelstufener erinnert sich: „Es wurden von der Schule bis in die letzten Tage vor der Kapitulation Leistungen verlangt. Studienrat [Name des Lehrers] hat uns — in seiner Weise ‚lernzielorientiert‘ — ganz schön versohlt — ob das nun erlaubt war oder nicht. Wenn wir eine mangelhafte Arbeit geschrieben hatten, kam sein großer Tag: ‚Edler Herr, bleib mal hier, ich muß nach der Stunde noch etwas mit Dir besprechen! Sehr nasal — dann über die Bank, und der Stock sauste nieder. Dagegen konnten wir uns nur schützen, wenn wir — den Rückgabetermin ahnend — in Uniform erschienen. Dann durfte er uns nicht schlagen und hat es auch nicht getan.“ Mdl. Auskunft, o. N., 6. 10.1978.

<sup>75</sup>) FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 377 ff.: Gesamtkonferenz v. 21. 2. 1941.

<sup>76</sup>) Die ersten Luftwaffenhelfer stellte die Schule am 1. 10. 1943 mit vierzehn Schülern. Weitere Schüler, gruppenweise formiert, folgten: FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1943/44, S. 8 ff. Vgl. außerdem StaGö, Schulamt, Luftwaffenhelfer (Finanzierungsfragen).

<sup>77</sup>) Es waren die Gruppen Volkerode mit StR. Wiegmann (seit 6. 12. 1943) und Laubach mit StR. Viertel (seit 5. 1. 1944): FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1943/44, S. 8 ff. Am Unterricht dieser Helfer beteiligten sich zusätzlich die Studienräte Wundram und Dr. Engel.

<sup>78</sup>) Für die Gesamtproblematik ebenso instruktiv wie wichtig: L. Schätz, Schüler-Soldaten. Die Geschichte der Luftwaffenhelfer im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 1974.<sup>2</sup>

<sup>79</sup>) Nur im Diensttagebuch der Schule ist eine knappe, fehlerhafte Angabe zu finden. (FKG, Diensttagebuch 1844—1849, Nr. 340)

<sup>80</sup>) Nach Hoßbachs Aussage war der Interventionsweg anders: er lief über Hitlers Marineadjutanten v. Puttkamer zum Generalfeldmarschall Model, dem Oberfeldshaber West. (Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Augenzeugenbefragung v. 21. 5. 1976).

ein, sondern auch die Einberufung zu einem Schulungs-Lehrgang der Gauleitung in Bad Harzburg.

Der Rest war für die Schule im wahrsten Sinne des Wortes Schweigen: ihre Beschlagnahme als Lazarett, der Einsatz von Schüler-Kindern für die Entladung von Flüchtlingen — Erschöpften, Kranken, Sterbenden — täglich vier- bis fünfmal<sup>81)</sup> — die Verlegung des Unterrichts im Frühjahr 1945 ins Freie, ins „Elefantenklo“ (Göttinger Volksmund für ein Bismarckdenkmal) und auf die Schillerwiese<sup>82)</sup>. Das letzte amtliche Dokument trägt das Da-

<sup>81)</sup> Mdl. Auskunft von R. R., 6. 4. 1978.

<sup>82)</sup> Vgl. Anm. 81.

tum des 3. April 1945: die Schule entließ 29 Schüler zum RAD. Fünf Tage später rückten die Amerikaner in Göttingen ein.<sup>83)</sup> Der einzige Direktor der Stadt, der nicht entlassen wurde, war Prof. Dr. Walther Lietzmann. Er ging unverzüglich an den Neuaufbau seiner Schule in der Böttingerstraße 17<sup>84)</sup>.

<sup>83)</sup> Poplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Tagebuch Hannah Vogt, S. 11 ff.) mit einer anschaulich-dramatischen Schilderung der Tage vom 6. bis 8. 4. 1945).

<sup>84)</sup> Zur Biographie und den Leistungen Lietzmanns vgl. die Nachrufe der Georg-August-Universität Göttingen v. 25. 7. 1959 und der Schule in der Göttinger Tagespresse: FKG, Schularchiv, Personalakte Lietzmann.

## Abkürzungen

BDM	Bund Deutscher Mädel	NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
DJ	Deutsches Jungvolk	O. P.	Oberpräsident
Dok.	Dokument	O. U.	Ortsunterkunft
DVP	Deutsche Volkspartei	PG (Pg.)	Parteienosse
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	RAD	Reichsarbeitsdienst
FKG	Felix-Klein-Gymnasium	REM	Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung
FKO	Felix-Klein-Oberschule	SA	Sturmabteilung
Gestapo	Geheime Staatspolizei	SD	Sicherheitsdienst der SS
GN	Göttinger Nachrichten	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutsch- lands
GT	Göttinger Tageblatt	SS	Schutz-Staffel der NSDAP
GZ	Göttinger Zeitung	StaGö	Stadtarchiv Göttingen
HJ	Hitlerjugend	StR.	Studienrat
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampf- bund	Stud. Ass.	Studienassessor
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	uk	unabhänglich
LwH	Luftwaffenhelfer	VB	Völkischer Beobachter
mdl.	mündlich	VO	Verordnung
NHStAH	Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover	WE	Wehrrüchtigung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	WHW	Winterhilfswerk

## Verzeichnis der Dokumente

- |   |  |
|---|--|
| <p>1 Göttinger Tageblatt Nr. 87/12. 4. 1933.<br/>         2 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         3 Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Handakten Gnade.<br/>         4 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         5 FKG, Schularchiv, Protokollbuch, o. S. (handschriftlich).<br/>         6 FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 26 (handschriftlich).<br/>         7 FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1933/34, S. 1.<br/>         8 FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 37 ff. (handschriftlich).<br/>         9 Gespräch zwischen W. R. und Ulrich Popplow, 24. 4. 1979.<br/>         10 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel (handschriftlich).<br/>         11 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         12 FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 27 ff. (handschriftlich).<br/>         13 Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Augenzeugenbefragung von G. W., 31. 3. 1978.<br/>         14 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         15 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel (Die über den Text auf Seite 1 gesetzte handschriftliche Bemerkung lautet: Über den Landheimaufenthalt der Oberprimen zum Zweck nationalpolitischer Schulung überreiche ich den folgenden Bericht des Schulungsleiters: Lietzmann).<br/>         16 FKG, Schularchiv, Protokollbuch VI, S. 68 (handschriftlich).<br/>         17 FKG, Schularchiv, Abiturunterlagen (handschriftlich).</p> | <p>18 FKG, Schularchiv, Abiturunterlagen (handschriftlich).<br/>         19 FKG, Schularchiv, Abiturunterlagen (handschriftlich).<br/>         20 FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1938/39 S. 13 f.<br/>         21 FKG, Schularchiv, Jahresbericht 1938/39 S. 15 ff.<br/>         22 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         23 Walther Lietzmann, Aus meinem Leben. Göttingen 1960, S. 69.<br/>         24 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel, Redeentwurf für die dem verstorbenen Prof. Kraetzschmar geltende Gedenkstunde am 3. 5. 1937, S. 5 (handschriftlich).<br/>         25 Gespräch zwischen F. F. und Ulrich Popplow, 30. 3. 1979.<br/>         26 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         27 FKG, Schularchiv, Schriftwechsel.<br/>         28 Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Handakten Gnade.<br/>         29 Privatbesitz Willi Rehkopf, Göttingen.<br/>         30 Privatbesitz Georg Künemund, Göttingen.<br/>         31 Popplow, Göttingen zwischen Demokratie und Diktatur, Augenzeugenbefragung von W. R., 29. 7. 1976.<br/>         32 Gespräch zwischen G. K. und Ulrich Popplow, 30. 3. 1978.</p> |
|---|--|

Der überwiegende Teil der Dokumente ist originalgetreu in Maschinenschrift umgesetzt worden.

### Dokument Nr. 1

#### Der neue Kurs auf dem Rathaus

72 Anträge der Fraktion der N.S.D.A.P. des Bürgervorsteher-Kollegiums an den Magistrat der Stadt Göttingen

...

12. Da festgestellt wurde, daß die als kommunistisch eingestellt bekannten Lehrer Herbert Kuchemann, Knaben-Mittelschule, Rudolf Kuchemann, Oberrealschule, sowie die Lehrerinnen Fräulein Ziems und Fräulein Adomeit, Mädchen-Mittelschule, noch bis unmittelbar vor den Osterferien ihr Lehramt versehen haben, wird der Magistrat gebeten, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Lehrkräfte bei Beginn des neuen Schuljahres keinen Unterricht mehr erteilen. Die national gesinnte Elternschaft Göttingens würde es als unerträglich empfinden, die Erziehung ihrer Kinder weiterhin kommunistisch gesinnten Lehrkräften anvertrauen zu müssen.

Dr. R. Ambronn  
 Stellvertretender Vorsitzender der  
 Fraktion der N.S.D.A.P.

19. April [193] 3

G.Nr. 1498/2.1.

Betr. Kommunistische Betätigung in Schulen und Lehrerkreisen.

Dass Organisationen kommunistisch gesinnter Lehrer in den letzten Monaten hier in Göttingen hervorgetreten seien, ist nicht beobachtet worden. Ebenso ist über eine Verhetzung der Schulkinder durch kommunistische Propaganda in irgend einer Form mir nichts Näheres bekannt geworden. Ein Schüler ist, wie ich unter der Hand, aber nicht amtlich, erfahren habe, im Anschluss an die Untersuchungen der Angelegenheit der "Eidgenossen" von der Kriminalpolizei verhört worden. Über eine tatsächliche Beteiligung ist mir aber nichts bekannt.

In der Stadt ist mehrfach, auch in "Eingesandt" an Zeitungen, das Gerücht verbreitet worden, dass der Oberschullehrer Rudolf Küchemann unserer Anstalt sich kommunistisch betätigt habe. K. hat schon bei früherer Gelegenheit einmal dem Kollegium der Anstalt ausdrücklich erklärt, dass er niemals der Kommunistischen Partei angehört habe und niemals die Gedankengänge dieser Partei geteilt habe. Er ist, wie ich weiss, Schüler des verstorbenen Philosophen Nelson, der selbst Idealist (Anhänger von Kant und Fries) und Gegner eines Materialismus und Kommunismus in jeder Form war.

Da in der Angelegenheit Küchemann seinerzeit seitens des Patronats ein besonderer Bericht erstattet ist, verweise ich auf diesen.

[Durchschlag - ohne Unterschrift]

An den  
Herrn Oberpräsidenten der  
Provinz Hannover  
Abt. f. d. höhere Schulwesen  
Hannover

Dokument Nr. 3

Urschriftlich

dem Herrn Oberbürgermeister

h i e r

zurückgereicht.

Beurteilung des Oberschullehrers Kuchemann

Im Verlaufe der Kampfjahre ist mir Kuchemann persönlich nicht näher bekannt geworden. Ich weiß aber, daß er nicht nur in Kreisen der Partei, sondern auch von anderen, den rechtsstehenden Parteien angehörenden Einwohnern sehr abfällig beurteilt worden ist.

Ich habe mich bei meiner Einstellung zu Kuchemann von dem Urteil der ihn näher kennenden Personen leiten lassen und, weil er sich an marxistischen Umzügen beteiligte, auch in Wort und Schrift gegen uns auftrat, mich immer scharf gegen ihn ausgesprochen. Andererseits muß ich zugeben, daß ich insbesondere aus den Kreisen der Elternschaft seiner Schüler, den Schülern selbst und Lehrern gute Urteile über seine Eigenschaften als Lehrer gehört habe.

Aber nach dem allgemeinen vernichtenden Urteil in der Öffentlichkeit über seine politische Anschauung und Betätigung halte ich Kuchemann als Lehrer an einer Göttinger Schule für nicht tragbar.

Göttingen, am 8. März 1934

G [nade]  
Stadtrat

Göttingen, den 27. Juni 1942

Tgb. Nr. 582

An den

Herrn Oberpräsidenten der Prov. Hannover  
(Abteilung für das höh. Schulwesen)

H a n n o v e r 1 W  
Brandstr. 23

Betrifft: Beschäftigung des ehemaligen Oberschullehrers  
K ü c h e m a n n

Der ehemalige Oberschullehrer Küchemann ist seit Herbst 1941 an der Oberschule für Jungen in Göttingen auf Grund der Verfügung O.P.Nr. 8112 II / 2.1. vom 20. Oktober als Aushilfe für zur Wehrmacht eingezogene Mitglieder des Lehrkörpers beschäftigt. Seitens der Schule wird im Interesse der Fortführung des Unterrichts - zur Zeit sind noch 9 Mitglieder des Lehrkörpers bei der Wehrmacht - seine Wiederbeschäftigung beantragt. K. ist seiner Zeit auf Grund des § 4 BBG aus dem Schuldienst entlassen worden. Seine vorläufige Wiederverwendung ist durch Erlass des Herrn Reichserziehungsministers - D III e Küchemann c / 41 vom 11. Oktober 1941 - zunächst für ein Jahr genehmigt worden.

Küchemann hat in dem jetzt auslaufenden Schuljahr Unterricht erteilt in den Klassen 1a (2 Erdk.), 1b (2 Erdk.), 2a (2 Erdk.), 2b (3 Tur.), 3a (2 Erdk., 4 Dtsch., 3 Tur.), 3b (4 Ma., 3 Tur.). Ich habe K. absichtlich nur in den unteren Klassen unterrichten lassen, obwohl er seiner Vorbildung nach (z.B. mathem. Unterricht) sehr wohl in höheren Klassen erteilen kann.

Küchemann ist seinen Verpflichtungen als Lehrer gewissenhaft, pünktlich und erfolgreich nachgekommen. Gern hat er jede an ihn herankommende Aufforderung zu Sonderleistungen (z.B. Vertretungen, Aufsichten usf.) übernommen. Er war immer, wenn ich hier von der politischen Seite absehe, ein anerkannter, guter Lehrer; in der Zwischenzeit hat er nichts an grundlegendem Wissen verloren, sondern sich wissenschaftlich und methodisch auf der Höhe gehalten. Er ist anregend, frisch, er erscheint jugendlicher, als sein Alter vermuten läßt; die Art, wie er methodisch den Stoff angreift, wirklichkeitsnahe, heimatbetont, zu geistiger Selbsttätigkeit erziehend, ist zu loben. Er hat einen guten Einfluß auf die Jungen; die Eltern schätzen sein Urteil. In der ganzen Zeit seiner Wiederbeschäftigung ist mir keine, wie auch immer geartete Klage zu Ohren gekommen, wohl aber mehrfach, z.B. von den Eltern der neuen Schulanfänger, der Wunsch entgegengetreten, die Kinder möchten bei ihm Unterricht haben.

Es ist nicht meine Aufgabe, mich über die jetzige politische Einstellung von K. zu äußern; soviel möchte ich aber noch sagen: es sind mir in der Zeit, über die ich zu berichten habe, weder von schulischer noch von der Schule fernstehender Seite irgendwelche Anstände hinsichtlich seiner politischen Haltung bekannt geworden.

Prof. Dr. Durchschlag - ohne Unterschrift  
Oberstudiendirektor

Dokument Nr. 5

Gesamtkonferenz: 17. 5. [19]33, 10.23 h (Große Pause)

...

6. Verfgg. d. Oberpräsi. vom 11. 5. 33, unter Nr. O. P. 2395 II/  
2.G. über die jüdischen Schüler an höh. u. mittleren Schulen

Die Festlegung der in Frage kommenden Schüler soll noch einige Tage hinausgeschoben werden, um das Eintreffen von Fragebogen abzuwarten.

Ende: 10.47 h

Lietzmann

Meyer

Dokument Nr. 6

Klassenkonferenz der UIIIa: 29. November 1933

Am letzten Freitag ist der Oberprimaner Hertz nach dem Unterricht auf der Nikolaistr. von Schülern belästigt worden. Herr Wundram stellte dabei die Schüler Probst, Ziegler, Rannenberg, Wellhausen der UIIIa fest. Die Untersuchung ergibt, daß Probst Hertz Rad festgehalten hat, während die andern Schüler ihn mit ihren Rädern am Weiterfahren gehindert haben. Das Verhalten der Schüler verursachte einen Auflauf auf der Straße. Da es sich um einen jüdischen Schüler handelt, ist der Vorfall besonders schwerwiegend. Die Klassenkonferenz bestraft deshalb die 4 Schüler mit je 4 St. Arrest. Außerdem wird ihr Benehmen ihren Jungvolkführern mitgeteilt.

Lietzmann

Kauenhowen

Dokument Nr. 7

C h r o n i k d e r S c h u l e 1933/34

=====  
Am 26. 1. 1934 starb plötzlich im Alter von 14 Jahren  
der Schüler der U IIIb

Ludwig Meininger.

Er stand zu seiner neuen Klasse in einem guten kameradschaftlichen Verhältnis und seine Mitschüler mochten ihn gern. Seine Klasse und Abordnungen aus den übrigen Klassen gaben ihm das letzte Geleit. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren!

=====

Dokument Nr. 8

Gesamtkonferenz: 2. 2. [19]34, Beginn 12.20 h

Es fehlen die Herren Direktor Dr. Lietzmann, Studienrat Eike-  
meyer, Studienrat Börner.

...

Der Fall Meininger

Im Anschluß an den Selbstmord des Meininger werden die Herren  
des Collegiums auf die Verfügung des Herrn Ministers aufmerksam  
gemacht, derartigen Selbstmorden durch entsprechende Unterweisun-  
gen vorzubeugen.

An den Herrn Minister soll über den Todesfall berichtet wer-  
den. Das Collegium hat an der Beerdigung zusammen mit der Fahnen-  
kompagnie teilgenommen. Bei dem Abmarsch vom Friedhof folgten die  
Schüler nicht mehr der Fahne mit Ausnahme der Klasse von Herrn  
Wundram. Über den Fall wird beraten. Die Schüler, die die Fahne  
verlassen haben, warten auf die Entscheidung über die Beurteilung  
im Kinzimmer. Das Peinliche dieser Situation war durch die Tat-  
sache bedingt gewesen, daß der Verstorbene Jude war. Das Collegi-  
um beschließt, durch Herrn Oberstudienrat Baustaedt den Schülern  
das Unverantwortliche ihrer Handlungsweise ins Gewissen zu rufen  
und an ihr Ehrgefühl zu appellieren.

...

Schluß 13.18 h

I.V. Baustaedt

A. Weygandt

Dokument Nr. 9

Rudolf Hahn kam ein halbes Jahr vor seinem Abitur in unsere Klasse.  
Er wurde akzeptiert und respektiert. Er war das, was man einen "netten  
Kerl" nennt. Wenn es auf seinem Abiturzeugnis unter "Allgemeiner Beur-  
teilung" heißt: "Sein Betragen war stets gut, sein Auftreten immer  
taktvoll und bescheiden", dann kann ich dem voll zustimmen. Als wir  
ins Landheim gingen, fragte uns Klassenlehrer Baustaedt, ob wir etwas  
dagegen hätten, wenn Hahn mitkäme. Das hatten wir nicht, aber Rudolf  
Hahn blieb von sich aus zurück - um uns nicht zu belasten. Denn er  
wußte, was uns unbekannt war: jüdische Schüler waren seit 1935 von  
Landheimaufenthalten ausgeschlossen. Baustaedt verhielt sich zu ihm  
wie zu uns allen: positiv, fördernd, wohlwollend. Wir hatten Hahns  
schwierige Lage nicht voll erkannt, wenn man auch spürte, daß er zu  
den Verfolgten gehörte. Über eine geplante Emigration hat er sich  
nicht geäußert. Wir wußten, daß er vermögend war, aber das war für uns  
unwichtig.

Dokument Nr. 10

Oberschule für Jungen  
Göttingen

Göttingen, den 15. Juli 1942

Tgb. Nr. 594

E 1

U. weitergereicht.

[handschriftlich]

Der zur Aufnahme in die erste Klasse angemeldete W. F r i t - s c h e wäre der einzige Schüler der Anstalt, der, da er Mischling 1. Grades ist, nicht der H.J. angehörte und deshalb wohl auch an nationalpolitischen Feiern (z.B. Flaggenparade usw.) der Schule nicht teilnehmen dürfte. Mir liegt an einer Klärung der Frage, ob einem Schüler, zumal wenn er, wie im vorliegenden Falle, noch nicht einmal weiß, dass er nicht deutschblütiger Abstammung ist, diese seelische Belastung während seiner Schullaufbahn zugemutet werden kann. Entweder sollte man ihn nicht aufnehmen oder aber, sofern eine parteiamtliche Prüfung auf Grund der vom Vater angegebenen besonderen Verhältnisse die Unbedenklichkeit ergibt, jene einschränkenden Bestimmungen bei ihm nicht in Anwendung bringen.

Ich habe deshalb die Aufnahmeprüfung des F. vertagt und möchte gegebenenfalls bitten, eine Entscheidung herbei zu führen.

Prof. Dr. [Durchschlag - ohne Unterschrift]  
Oberstudiendirektor

An den  
Herrn Oberpräsidenten des Prov. Hannover  
(Abt. für das höh. Schulwesen)

H a n n o v e r 1 W  
Brandstr. 23

Dokument Nr. 11

Der Oberpräsident  
der Provinz Hannover  
Abteilung für höheres Schulwesen

Hannover 1 W, den 17. Juli 1942  
Brandstraße 23

Fernsprecher: 4 42 21

Tgb. Nr. 600 [handschriftlich]

Es wird ersucht, in der Antwort  
die nachstehende Tagebuch-Nummer  
anzugeben. O.P.Nr. 7461 II/5.

E 1 [handschriftlich]

Auf die mir durch den Herrn Direktor der städtischen Oberschule für Jungen in Göttingen eingereichte Eingabe vom 13. Juli d.Js. betr. Aufnahme des Sohnes Wolfgang in Klasse 1.

Der Herr Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat durch Erlaß vom 2. Juli 1942 - E II e 1597 - die Aufnahme jüdischer Mischlinge ersten Grades in Hauptschulen, Mittelschulen und höhere Schulen allgemein verboten. Ausnahmen sind in dem Erlaß nicht vorgesehen.

Ich darf daher Ihrem Antrag nicht entsprechen. Der Führer allein kann im Einzelfall eine andere Entscheidung treffen.

Die miteingereichte Bescheinigung über die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse mit Schwertern füge ich wieder bei.

gez. Unterschrift

...  
An  
den Herrn Direktor  
der Oberschule für Jungen

[Dienstsiegel] Beglaubigt  
Kasten

in Göttingen  
Böttingerstr.

Allgemeine Konferenz: 16. Dez. 1933, Beginn 11 h

Der Dezernent der Anstalt, Herr Regierungsdirektor Dr. Pusch, hält im Anschluß an seine Revision der Anstalt eine Besprechung mit dem gesamten Lehrerkollegium ab. Er drückt seine Zufriedenheit mit der Arbeit der Schule aus. Es sei notwendig, mit aller Anspannung zu arbeiten, denn der deut. Erzieherstand schaffe die Grundlagen für das neue Reich. Voraussetzung für das Gelingen dieser Arbeit sei, daß alle Lehrer 100 %ige Nationalsozialisten sind. Der Nationalsozialismus erstrebe die Ganzheit, die Ausbildung aller drei Seelenfunktionen sei nötig. Verstandesmenschen könnten nicht ganze Nationalsozialisten werden. Wer nicht mit ganzem Herzen Nationalsozialist sein könne, müsse ausscheiden.

Zum Schluß seiner Ausführungen gibt der Dezernent noch einige Richtlinien für die weitere Arbeit der Anstalt.

In der Reifeprüfung dürften die Anforderungen in den neueren Sprachen nicht übersteigert werden.

Der Erlaß über Rassenkunde müsse in der Reifeprüfung auch von den ethischen Fächern berücksichtigt werden, nicht allein von der Biologie. Es sei unmöglich, alle Prüflinge über ihre Kenntnisse in den Gebieten des Erlasses besonders zu prüfen.

Der deutsche Aufsatz sei der beste Gradmesser für die geistige Reife des Prüflings. Er sei besonders zu berücksichtigen bei der Wertung. Auch auf Rechtschreibung und Sprachrichtigkeit sei bei den Aufsätzen besonderes Gewicht zu legen.

Zum Schluß weist der Dezernent darauf hin, daß im allgemeinen zu wenig schriftliche Arbeiten geschrieben würden. In OI seien 7 Aufsätze zu fordern, der Prüfungsaufsatz müsse der 8te sein. Im Französischen seien in VI 15-20 Arbeiten im Jahr zu schreiben. Im Deutschen seien auf der Mittelstufe jährlich 8 Aufsätze zu schreiben, außerdem Diktate.

Aus dem Kollegium werden noch einige Fragen aufgeworfen.

Die vom Examen zurückgewiesenen Schüler der OI sollen in der OI bleiben, da sie bereits nach einem halben Jahr zum Examen zugelassen werden können. Der Dienst im J.V. und in der H.J. solle an den beiden arbeitsfreien Nachmittagen stattfinden. Die Schulpflichten seien neben dem Dienst voll zu erfüllen. Die Verantwortung dafür trage der Schüler selbst.

Schluß 12 h

Lietzmann

Kauenhowen

Abitur - Pusch, Träger des goldenen Ehrenzeichens, geistig wie körperlich klein, früherer Oberstudienrat in Peine, war aus Hannover erschienen. Er führte den Vorsitz. Geprüft wurde in Religion, und zwar ausgerechnet der Sohn unseres Kollegen "Schorse" Eickemeyer, der ein bißchen begriffsstutzig war. Thema: Jesus Christus, der Arier. Pusch gab dem Prüfling dauernd Hilfen: "Wer war denn die Mutter?" "Maria." "Ja. Wo stammt die denn her?" "Aus Galiläa." "Woran erinnert Sie das Wort Galiläa?" Schweigen, dann: "An die Gallier." "Na also! Was können Sie daraus schließen?" Der Kandidat paßte. Pusch: "Bei der Völkerwanderung muß ein Teil der Gallier nach Palästina gekommen sein. Maria aus Galiläa. Was können Sie also daraus schließen?" Endlich kam er darauf, daß Maria wohl eine Arierin gewesen sei. Nun war der Vater an der Reihe: Joseph. "Das ist doch nicht der Vater gewesen. Wer war der Vater?" Das wußte der Prüfling natürlich ebenso wenig wie wir anderen auch. "Ja, haben Sie denn niemals die Legende gehört, die besagt, daß ein germanischer Zenturio der Vater gewesen sein soll?" Das wußte er. "Also, wenn wir das als wahr annehmen, dann war Jesus Christus ein Arier." Die Komik war kaum noch zu überbieten. Aber Pusch war noch nicht am Ende. Er zog das Bild von Hannibal mit dem Helm aus der Tasche. "Zu welcher Rasse gehörte Hannibal?" "Karthago - Semiten!" "Nun sehen Sie ihn sich doch mal an! Hannibal, das wissen Sie doch: Kriegsführer, die Römer besiegt!" Hannibal wurde dann auch noch arisiert. Das war Pusch, Regierungsdirektor und Dezernent unserer Schule, ein Hundertfünfzigprozentiger.

29. August [193] 4

zu O.P. 3551 vom 31.7.1934

Tg.B.Nr. 370

Betr. Staatsjugendtag

1.) Über die Gesamtzahlen der Schüler der Klassen VI - UIII und der Schüler, die dem Jungvolk angehören, gebe ich folgende Zusammenstellung:

	VIa	VIb	Va	Vb	IVa	IVb	UIIIa	UIIIb	UIIIc
Klassenstärke	39	36	31	37	36	34	29	35	32
im Jungvolk	20	30'	29	23	32	32	27	31	32

2.) Über die Zahlen der Jungvolkführer in den Klassen von OIII aufwärts gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

OIIIa	OIIIb	OIIIc	UIIa	UIIrg	OIIa	OIIrg	UIa	UIrg
9	14	14	6	1	4	-	-	1

3.) Für die am Staatsjugendtag in der Schule verbleibenden Schüler sind zwei Gruppen gebildet. U2 umfaßt die Schüler der Klassen VI und V. Dem nationalpolitischen Unterricht liegt der folgende Plan zugrunde:

Die Grundgedanken des Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Aufbauarbeit dargestellt an: den grossen Tagen der nationalsoz. Bewegung vor und nach der Machtergreifung und den grossen nationalen Feiertagen im Dritten Reich. - Der Führer und seine Haupthelfer. - Das deutsche Jungvolk und die Hitlerjugend. - Auswahl aus dem

nationalsoz. Schrifttum in Poesie und Prosa. - Alles in lebendigem Zusammenhang mit dem von der Jugend dieser Stufe schon Miterlebten mit gelegentlichen geschichtlichen Rückblicken (Der 30. Januar 1933, der Tag von Potsdam, der Tag der nationalen Arbeit, der 12. November 1933, Hindenburgs Tod und Staatsbegräbnis, die Volksabstimmung am 19. August 1934, die Saarkundgebung am 26. August 1934, Parteitag in Nürnberg, Erntedankfest auf dem Bückeberg etc.

Dem national-politischen Unterricht in der die Klassen IV - VIII umfassenden Abteilung U1 liegt der folgende Plan zugrunde:

Der Nationalpolitische Unterricht knüpft vornehmlich an nationale Feiertage und nationalsozialistische Feste und Veranstaltungen, sowie an die Persönlichkeiten an, welche die nationalsozialistische Bewegung und den Staat von heute tragen. Häufige Rückblicke auf die Geschichte unseres Vaterlandes, auf seine grossen Männer, sowie auf frühere Verhältnisse politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art werden notwendig sein. Hieraus ergibt sich eine reiche Mannigfaltigkeit zu behandelnder Stoffe. Nachstehend einige Beispiele:

1. Der Tag von Potsdam (Deutschlands Niedergang nach dem Kriege, Versailles, die nationale Bewegung, Hindenburg und Hitler).
2. Der Tag der nationalen Arbeit (Der Klassenkampf, der soziale Friede im Dritten Reich, Wert und Anerkennung der Arbeit unserer Volksgenossen).
3. Der Reichsparteitag (Der Parteienstaat vor 1933. Die nationalsozialistische Partei: ihre Entstehung, Ziele, Wege, Führer, ihr Kampf und ihre Opfer.)

Weitere Anlässe sind: Saarkundgebung, Fest der deutschen Schule, Erntedankfest auf dem Bückeberg, Volkstrauertag für die Gefallenen des Weltkrieges, Tanneberg-Gedenkfeier usf.

Hilfsmittel: Das neue nationalsozialistische Schrifttum, z.B. die "Schriften zu Deutschlands Erneuerung"; Die Lesebogen von Goerlich zur Geschichte oder die von Beltz, Die Schülerzeitschrift "Hilf mit", Atlas, Geschichts- und Erdkundebücher, Bildersammlungen für den Geschichts- und Erdkundeunterricht, Zeitungen.

[Durchschlag - ohne Unterschrift]

Die beiden Oberprimen, zusammen 32 Schüler, waren vom Montag, d. 2. Juli, bis Freitag, d. 13. Juli 1934, im Landheim der Oberrealschule in Eddighausen unter Leitung des Oberstudienrates Baustaedt. Die 14 Tage dienten der Nationalpolitischen Erziehung, dem Heimatgedanken, sowie dem Gelände- und Wehrsport. Die allgemeine Einteilung des Tages war so, daß grundsätzlich mit Frühsport begonnen wurde, dann folgte die Flaggenparade. Am Vormittag wurden die unten genannten Themen besprochen, der Nachmittag war meist für körperliche Arbeit, Gelände- und Wehrsport bestimmt. Am Abend nach dem Essen trafen sich die beiden Klassen im Musiksaal des Landheims zum Singen und zu kameradschaftlichem Zusammensein.

Folgende Themen und Fragen wurden in den 14 Tagen im Gedankenaustausch mit den Abiturienten besprochen:

Adolf Hitler, Mein Kampf: Die Ursachen des Zusammenbruchs, Volk und Rasse, Der Staat, Staatsangehöriger und Staatsbürger, Persönlichkeit und völkischer Staatsgedanke, Gedanken über Sinn und Organisation der S. A.

A. Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhunderts: Volk und Staat.

Mythos und Typus.

Der Direktor hat an einem Vormittag mit beiden Klassen „Rassefragen auf biologischer Grundlage“ behandelt. Im Anschluß daran wurden an verschiedenen Abenden besprochen: Platos Gedanken im „Staat“ und in den „Gesetzen“, über die Erhaltung der Rasse sowie die gesch. Beurteilung Karls des Großen und Widukinds, Friedrich Barbarossas und Heinrichs des Löwen.

Lichtbildervorträge, welche die Verbundenheit von Volk und Heimat aufzeigen sollten, ferner Lichtbildseiten aus den abgetretenen und den gefährdeten

deutschen Grenzgebieten und aus Deutsch-Österreich schlossen sich an.

Am Sonntag besuchten beide Klassen mit dem Lehrer geschlossen den Gottesdienst in der Kirche der Gemeinde.

Um die Oberprimaner in das Leben der Ortschaft einzugliedern, wurde an einem Abend ein gemeinschaftliches Beisammensein mit den Dorfbewohnern veranstaltet. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse in Orte schwierig sind, wurde dieser Gemeinschaftsabend aus dem Saale des Landheims in die Gastwirtschaft von Voigt verlegt, um auf diese Weise die Wirtschaft anzukurbeln. Der Abend war so gedacht, daß 2 Stunden lang die Oberprimaner die Dorfbewohner mit Musik und Gesang, turnerischen und sportlichen Vorführungen und der Auf-führung eines kleinen Singspieles unterhielten, dann kam Tanz und gemütliches Beisammensein zu seinem Rechte. Sorge machte die Frage, wie der Plan zur Kenntnis der Dorfbewohner gebracht werden könnte. In Verkleidung trugen die Klassen Plakate durchs Dorf, welche auf den Abend hinwiesen und ein volles Haus brachten. Das Ergebnis des Abends waren ausgezeichnete künstlerische und sportliche Leistungen der Oberprimaner und, trotz der zunächst vorhandenen gewissen Zurückhaltung der Dorfbewohner, eine wirkliche Verbundenheit aller Teile.

Als allgemeine Erfahrung kann gesagt werden, daß dieser 14tägige Aufenthalt der Oberprimen im Landheim, da er genügend vorbereitet war, in jeder Beziehung fruchtbar verlaufen ist und Lehrer und Schülern übereinstimmend viel Freude gemacht hat. Er hat das Zusammenleben zwischen Lehrer und Schüler vertieft, dem Lehrer die Möglichkeit einer viel reicheren Charakterbeurteilung der Abiturienten gegeben, und nicht zuletzt die Fühlung mit der bodenständigen Bevölkerung fester gestaltet.

Dokument Nr. 16

Klassenkonferenz OIIa: 7. 7. [19]34

Beim Staffellauf der Schule ist Sarre, der Stammführer des Jungvolks ist, die ihm zugeteilte Strecke mit dem Rade durchfahren. Dadurch ist das Unternehmen, an dem die gesamte Schule beteiligt war, sinnlos geworden. Sarre wird auf die Pflicht der Vorbildlichkeit hingewiesen, die er als Führer hat. Das Unglaubliche seines Benehmens wird ihm vorgehalten.

Lietzmann

Seyfarth

Dokument Nr. 17

Was die Welt den Deutschen verdankt.

...

Es gibt einen Schiller, der den "Wilhelm Tell", und einen Goethe, der den "Faust" geschrieben hat. Es gibt einen Beethoven und einen Bach, die größten Tonlyriker der Welt. Es gibt einen Wagner, der das Musikdrama geschaffen hat, und es gibt viele andere mehr. Deutsche in der Technik, Deutsche in der Dichtkunst, Deutsche in der Musik! Überall führend. Was für ein Gebiet bleibt übrig, wo die Deutschen nicht an erster Stelle stehen? - Ach ja! Die Politik! Das ist die schwache Seite (der Deutschen)! Hoffen wir, daß auch Deutschland in der Politik bald führend wird, daß die deutschen Stämme, die Parteien, daß das deutsche Volk bald einig ist! Und dann trotz Versailles: "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ..."

Reifeprüfungsarbeit von P. M., 29. Januar 1933

Dokument Nr. 18

Wie ist des Führers Wort zu verstehen: "Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten"?

...

Unsere Zukunft verlangt gebieterisch einen starken Staat. Dieser wird sich aber nur auf genügend großen räumlichen Grundlagen erheben können [...]. Aus der Notwendigkeit der angeführten Gründe ergibt sich aber auch das Verhalten gegenüber fremdvölkischen Ansprüchen. Es ist nicht angängig, ihnen Raum zu geben [...]. Die gestellten Aufgaben (verlangen) einen besonderen Menschen, der willig und fähig ist, sie aufzugreifen und zu lösen. Sinnvoll wird es deshalb nur dann sein, den Osten als Siedlungsgebiet zu betrachten, wenn man sich bemüht, den Menschen zu formen, der dort notwendig ist. Darüber wollen wir uns klar sein: Es ist nicht leicht, sich durch Siedlung eine Existenz zu schaffen [...]. Die Siedlung darf deshalb nur so weit gefördert werden, daß sie noch eine Auslese der wertvollen Kräfte ermöglicht.

Reifeprüfungsarbeit von H. K., 30. Hartung [sic] 1934

...

Damit komme ich zum Begriff der Pflicht und Ehre, dem Leitstern unseres Tuns und Lassens. Wir haben diesen Begriff als typisch nordisch und artbedingt erkannt. Deshalb ist dies Ehr- und Pflichtgefühl wieder zu neuem Entstehen in uns geweckt worden und bestimmt unser Handeln. Nur dieser Begriff ist es, der uns die seelische Freiheit und die stolze Verantwortungsfreudigkeit möglich macht. In ihrer Auswirkung ist die geistige Freiheit etwas so Ausschlaggebendes, daß wir ihre Bedeutung gar nicht hoch genug einschätzen können.

Träger der eben genannten Ideen ist die heutige Jugend. Angefangen auf der Schule, wird dieser Gedanke in den politischen Organisationen fortgesetzt, seien es H.J. oder S.A. Seinen Abschluß und Höhepunkt findet dieser Weg durch den Arbeitsdienst, der die Gedanken der Volksgemeinschaft, Ehre und Verantwortung in die Tat umsetzt. Wahrlich ein Weg, der Ehre in sich birgt und auf den wir stolz sein dürfen!

Reifeprüfungsarbeit von G. W., 28. Januar 1935

Dokument Nr. 20

L e k t ü r e p l a n

=====

D e u t s c h

- 8na Schiller, Wallenstein; Goethe, Iphigenie, Faust I und II, 1; Kleist, Prinz von Homburg; Hebbel, Agnes Bernauer; Grimmels-  
hausen, Simplizissimus; Hitler, Mein Kampf, Ausgewählte Kapi-  
tel; Zillich, Die Reinerbachmühle; Pleyer, Die Brüder Tomman-  
hans; Lesebuch: Deutsches Erbe, Bd. 8.
- 8nb C.F.Meyer, Das Amulett; Martin Luther, Sendbrief vom Dolmet-  
schen, An die Ratsherren Deutscher Städte; Schiller, Die Räu-  
ber; Lessing, Minna v. Barnhelm, Hamburgische Dramaturgie,  
17. Literaturbrief, Wie die Alten den Tod gebildet; Schiller,  
Wallenstein; Kleist, Prinz von Homburg; Hebbel, Agnes Bernauer;  
Goethe, Götz von Berlichingen, Iphigenie, Faust I; Dwinger, Und  
Gott schweigt ...?; Pleyer, Der Puchner; Carossa, Wirkungen  
Goethes auf die Gegenwart; Goethe, Gedichte u. Balladen; Baldur  
v. Schirach, Goethe an uns; A. Rosenberg, Mythos des 20. Jahrhun-  
derts; Will Vesper, Ein Tag im Leben Goethes (mit Goethes "Ma-  
rienbader Elegie"); Alverdes, Gespräch über Goethes "Harzreise  
im Winter".
- 8s Grimmelshausen, Simplizissimus; Kleist, Prinz von Homburg; Heb-  
bel, Agnes Bernauer; Schiller, Wallenstein; Aischylos, Orestie;  
Goethe, Iphigenie, Faust I und II, 5; Frenssen, Jörn Uhl; Gul-  
branssen, Und ewig singen die Wälder; Fr. Griese, Das letzte  
Gesicht; Aus dem Lesebuch und aus Quellensammlungen: Schiller,  
Gedankenlyrik, Goethe, Lyrik und Balladen; Gedichte von Droste-  
Hülshoff, Meyer u. Fichte.
- 7na Immermann, Der Oberhof; Löns, Der Werwolf; Goethe, Götz v. Ber-  
lichingen; Schiller, Die Räuber; Kabale und Liebe.
- 7nb Schiller, Die Räuber, Kabale und Liebe; Goethe, Egmont; Lessing,  
Minna v. Barnhelm; Skakespeare, Macbeth; Meyer, Jürg Jenatsch;  
Eichendorff, Aus dem Leben eines Taugenichtses; Kleist, Michael  
Kohlhaas; Freytag, Soll und Haben; Bojer, Die Auswanderer, Grimm,  
Volk ohne Raum; Aus dem Lesebuch und Quellenschriften: Luther,  
Lessing, Herder.

- 7s Die Edda (Überblick, das Atlilied, Hamdirlied, Hjalssaga); Isländersagas (Gisli der Geächtete insb.); Walther von der Vogelweide, Lieder und Sprüche; Lieder des Kurenbergers; Der Minnegesang; Martin Luther, Sendbrief vom Dolmetschen; Grimms Hausen, Simplizissimus; Schiller, Maria Stuart; Lessings Kampf um das deutsche Theater; Herders Leben und Werk, Proben aus seinen Schriften; Die deutsche Ballade: Bürger, Herder, Goethe, Schiller, Uhland, Platen, Möricke, Liliencron, Fontane, B.v.Münchhausen; Bürger und die Dichter des Göttinger Hains (mit Proben); Oden und hymnische Dichtungen: Klopstock, Goethe, Hölderlin, Weinheber; C.F.Meyer, Jürg Jenatsch; Möricke, Mozart auf der Reise nach Prag.
- 6na Storm, Zur Chronik von Grieshus, Der Schimmelreiter; Kleist, Michael Kohlhaas; Schiller, Maria Stuart; Keller, Das Fähnlein der 7 Aufrechten.
- 6nb Edda (der Seherin Gesicht, Hamdirlied, das alte Atlilied, das alte Sigurdlied, germanische Spruchweisheit); Sagas, (Auswahl aus Gisli, Hjal, Egil); Hildebrandslied; Nibelungenlied (Ausw.); Homer, (Achilles u.Hektor; Odysseus u. Penelope); Walther von der Vogelweide; Schiller, Maria Stuart; Kleist, Michael Kohlhaas, Hermannsschlacht; Keller, Das Fähnlein der 7 Aufrechten; Alverdes, Die Freiwilligen; Beumelburg, Der Feigling; Storm, Bötjer Basch, Die Söhne des Senators.
- 6s Gisli-Saga, Sigurdlied, Atli-Lied, Sprüche aus der Edda; Nibelungenlied; Walther von der Vogelweise (Aus.); Kleist, Hermannsschlacht, Michael Kohlhaas; Schiller, Maria Stuart; Lessing, Minna von Barnhelm; Keller, Das Fähnlein der 7 Aufrechten; Schönherr, Volk in Not; Homer, Zwei Gesänge aus der Ilias.

Schriftliche Arbeiten

=====

D e u t s c h

- 8na 1. Das Wort List's "Im Hintergrunde aller meiner Pläne liegt Deutschland" als Schlüssel zum Verständnis seiner Gedanken; 2. a) Die Wandlung des Prinzen von Homburg in Kleist's Drama; b) Nach welchen Gesichtspunkten muß man seinen Beruf wählen? Wie habe ich mich selbst entschieden? 3. Grimmelshausen's Simplizissimus als Spiegel seiner Zeit. 4. a) Wozu verpflichten Besitz und Bildung; b) Kameradschaft und Freundschaft. (Wie fasse ich sie auf, wie erlebte ich sie?) 5. a) Welche Erlebnisse und Beobachtungen auf unserer achttägigen Klassenfahrt haben mich am stärksten beeindruckt? b) Welche praktischen und menschlichen Erfahrungen verdanke ich meiner Tätigkeit als Arbeiter an der Reichsautobahn?
- 8nb 1. Unser Recht auf Österreich. 2. a) Opferwilligkeit und Einsatzbereitschaft im neuen Deutschland. b) Wie zerriß Adolf Hitler die Fesseln des Diktats von Versailles? c) Der junge Schiller und die Jugend von heute. 3. Mein Bildungsgang. 4. Die Gestalt Wallensteins nach Schillers Drama. 5. Worin zeigte sich der Wert unserer Wehrmacht? 6. Der Gegensatz zwischen der alten und der neuen Zeit in Goethes "Götz".
- 8s 1. Gesetz oder Gefühl als Grundlagen einer Gemeinschaft? (im Anschluß an Kleist und Hebbel). 2. Rahmenthema: eine Landschaftsschilderung. 3. Die weltanschauliche Wandlung in Deutschland um 1800 (nach geschichtl. Quellenheften). 4. Freude an eigener Leistung. Gibt es sie? Worauf beruht sie? Wo sind ihre Grenzen? 5. a) Die geographische Entwidlung der Stadt Göttingen. b) Die Göttinger Landschaft (Erdkundliche Facharbeit).
- 7na 1. a) Der alte Spruch der Wulfsbauern "Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott" soll als das Thema der Bauernchronik "Der Werwolf" nachgewiesen werden. b) Ein selbstgewähltes Charakterbild aus der Bauernchronik "Der Werwolf". 2. Großer Halbjahresaufsatz mit verschiedener Themenstellung. 3. Nacherzählung eines einmal vorgelesenen Textes. 4. (Der Hauslesestoff), seine Grundgedanken und seine Wirkung auf mich. 5. Grammatisch-stilistische Übungsarbeit. 6. Großer Halbjahresaufsatz mit verschiedener Themenstellung für den einzelnen Schüler.
- 7nb 1. a) Darstellung einer eigenen Beschäftigung. b) Spiel, Beschäftigung, Arbeit. 2. a) Erlebnisse und Erfahrungen bei der Erntehilfe. b) Erlebnisse und Erfahrungen bei der Ferienarbeit. 3. Die Vertreter der verschiedenen Gesellschaftsschichten in "Soll und Haben" von G. Freytag. 4. Nach welchen Gesichtspunkten kann man eine politische Tat beurteilen? 5. Geschichtliche Facharbeit mit verschiedenen einzelnen Themen. 6. a) Die Bedeutung der Luftfahrt für die Welt und für Deutschland. b) Der Wert öffentlicher Veranstaltungen.
- 7s 1. Ich möchte bei der Infanterie (Luftwaffe, Marine usw.) dienen. 2. Luftfahrt tut not. 3. Die Entstehung der Heidelberger Liederhandschrift nach Gottfried Kellers "Hadlaub". 4. Soldatenleben in Grimmelshausens "Simplizissimus". 5. Zur nationalsozialistischen Jugenderziehung. Rahmenthema; dazu folgende Wahlthemen: a) Elternhaus, Schule, und Hitler-Jugend: Drei Erziehungsmächte im nationalsozialistischen Deutschland. b) Adolf Hitlers Gedanken über Jugenderziehung und ihre Verwirklichung im Dritten Reich. (Nach Hitler, Mein Kampf). c) Orandum est ut sit mens sana in corpore sano. Eine alte Forderung im Lichte unserer Zeit. 6. Aus meinem Bildungsgang. (Bericht über die letzten Monate). 7. "Wer sein Volk liebt, beweist es einzig durch die Opfer, die er für dieses zu bringen bereit ist". (Adolf Hitler) Ansprache an eine junge Mannschaft.

5na 1. a) Storms Novelle "Zur Chronik von Grieshus", ein Zeitbild.  
b) Die Grundgedanken in Storms Novelle "Zur Chronik von Grieshus" und meine Stellungnahme zu ihnen. 2. Großer Halbjahresaufsatz mit verschiedener Themenstellung. 3. Nacherzählung eines einmal vorgelesenen Textes. 4. Nacherzählung einer einmal vorgelesenen Ballade (Felix Dahn, Die Mette von Marienburg). 5. Grammatisch-stilistische Übungsarbeit. 6. Großer Halbjahresaufsatz mit verschiedener Themenstellung für den einzelnen Schüler.

5nb 1. Bilder aus Altislands Alltag. 2. Rahmenthema: Über Fahrten und Fahrtenerfahrungen. 3. a) Göttinger, benutzt die Sportanlagen eurer Stadt! b) Womit beschäftige ich mich in meinen Freistunden? c) Woran erkenne ich in Göttingen, daß Deutschland wieder stark, fleißig und einig geworden ist? 4. Charakteristik: a) Ein Sportsmann, wie er sein soll. b) Ein Meckerer in der Straßenbahn (Abteil o.ä.) c) .... (mein Vater) bei der Arbeit. 5. Hat Luther in Kleists Novelle recht gegen Kohlhaas? 6. a) Wenn du werden könntest, was du willst, was würdest du tun? b) Was gefällt dir besonders am Leben in der H.J.? (D.J.) c) Welche von den innerpolitischen Neuerungen des Nationalsozialismus erscheint dir als die wichtigste? 7. Hausaufsatz von größerem Umfang mit teils selbst gewählten, teils gestellten Themen.

5s 1. Die Isländer entdecken Amerika; nach einer Saga. 2. Ein Lied Walthers. Versuch einer metrischen Übersetzung. 3. a) Soldatische Pflichtauffassung. Nach der Gestalt des Majors Zur Linden in dem Film "Unternehmen Michael". b) Der Film im Dienste der Sicherheit des Reiches. Nach dem Film "Verräter". 4. Ein Stimmungsbild. a) Ehe der Vorhang aufgeht. b) Im Paddelboot. c) Die schönste Ruine meiner Heimat. 5. Das Mikroskop. 6. Wie wandelte sich meine Stellung zum Buch? 7. a) Welche Sportart halte ich für die wertvollste? b) Was ist sportliches Verhalten?

Betr. Unterricht in Biologie  
im Winterhalbjahr 1933/34.

...

## 2. Lehrstoff

In die Anstaltslehrpläne sind die Aenderungen gegenüber dem bisher geltenden Stoffplan eingetragen. Ich berichte darüber kurz:

a) Biologie: In U II werden die Mendelschen Gesetze und ihre Anwendung auf den Menschen behandelt. Den Gründen der Auslese und Gegenauslese wird nachgegangen.

In O I a und b wird das in U II vorgesehene Stoffgebiet erweitert durch die Behandlung der Entwicklung der menschlichen Kultur in der Vorgeschichte, ferner Bevölkerungsbiologie, besonders die staatlichen Aufwertungsmassnahmen.

In O Irg: System der Tiere und Pflanzen. - Die Zelle. - Zellteilung - Fortpflanzung - Ontogen. und phylogenet. Entwicklung - Vererbungsgesetze - Entwicklungstheorien - Prähistorischer Mensch - Rassenkunde - Rassenhygiene - Bevölkerungspolitik.

b) Deutsch: In U II wiederholt die Sprachlehre die Familiennamen und ihre Bedeutung. Zwei Hausaufsätze nehmen ihren Stoff aus dem Gebiete der Familienkunde. Rassenkundliche Fragen werden im Anschluss an Frennsens Peter Moors Fahrt nach Südwest behandelt, rassenhygienische (Vererbung) bei der Lektüre der Judenbuche von A. von Droste-Hülshoff, bevölkerungspolitische an Hand des Büchleins Deutsche Ostmark (Velh.u.Klasing) und der einschlägigen Lesestücke und Gedichte des Lesebuches.

In O I werden rassenkundliche und bevölkerungspolitische Fragen an Hand von Hans Grimm, Volk ohne Raum besprochen. Auch werden die einschlägigen Gedichte der Sammlung Wägen und Wirken herangezogen. Die Judenfrage erfährt eine Beleuchtung durch die Privatlektüre eines der folgenden Romane: Freytag, Soll und haben; Reuter, Ut mine Stromtid; Raabe, Hungerpastor; Polenz, Der Büttnerbauer.

Eine Hausaufgabe behandelt eine Aufgabe aus der Familien- oder aus der Rassenkunde. (Z.B. Ein Beitrag zur Geschichte meiner Familie, oder: Die Rassengegensätze in Hans Grimms Erzählung "Aus John Nukwas Lehrjahren".)

Für die neu eingesetzten Lesestoffe werden einige im Lektüreplan angesetzte Schriften gestrichen.

Zu weiterer Anregung wird eine Ausstellung von Formularen, Tafeln, Anleitungen, Schriften und ausgeführten Arbeiten vornehmlich zur Familienkunde veranstaltet.

c) Geschichte: Der gesamte Stoff der Rassenhygiene und der Vererbungslehre wird dem Biologieunterricht zugewiesen. Die Familienkunde müsste eigentlich schon von U III an fortlaufend im Geschichtsunterricht behandelt werden, damit die Schüler sich mit

An den  
Herrn Oberpräsidenten der  
Provinz Hannover,  
Abt.f.d.höh.Schulwesen  
H a n n o v e r

diesem wichtigen Kapitel wirklich vertraut machen und nicht nur durch gelegentliche interessante Kostproben über den Ernst der ganzen Frage hinweggetäuscht werden. Sie wird in diesem Jahre in den Stoff der beiden Klassen eingefügt, und wo es nötig erscheint, wird dafür der Stoff von 1870 - 1890 gekürzt. Auf dem Gebiete der Rassenkunde sind wir Geschichtslehrer zum grossen Teil Laien, wir haben beschlossen, in Anlehnung an das bei Quelle und Meyer erschienene Buch von Steche eine kurze Einführung in die Rassenkunde zu geben. Auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik soll sich der Geschichtsunterricht in den beiden Klassen viel stärker als bisher auswirken. Die raumarmen und raumreichen Völker der Erde, die überfüllten Länder und ihre Sorgen, vor allem die Bevölkerungspolitische Not Deutschlands, die falsche Bevölkerungspolitik unserer Regierung in den letzten 50 Jahren, die neuen Grundlagen der gesamten Bevölkerungspolitik durch Adolf Hitler und Walther Darré werden im Mittelpunkt der Geschichtsbetrachtungen von 1890 - 1933 stehen.

d) Erdkunde: In U II wird in dem Kapitel "Völkische Gliederung Mitteleuropas" besonders eingegangen auf die rassenkundlichen und bevölkerungspolitischen Fragen unseres Volkes.

In O I ist bei der Behandlung der Kulturgeographie Deutschlands auf die Bevölkerungspolitik mehr Nachdruck zu legen als bisher. Dahinzielende Gedanken sollen sich immer wieder sowohl bei Besprechung des Bodens, der Grenzsäume wie auch der Bevölkerungsbewegung und der Gliederung des Volkes in den Vordergrund schieben. Die dafür erforderliche Zeit ist, da nur eine Wochenstunde zur Verfügung steht, zu gewinnen dadurch, dass nach Ermessen des Lehrers andere Kapitel knapper zusammengefasst werden (z.B. die Wirtschaft).

[Durchschlag - ohne Unterschrift]

### Dokument Nr. 23

Vorbedingung für einen Direktor ist, daß er ein guter Lehrer ist. Diese Bedingung ist notwendig, aber nicht hinreichend. Einige zusätzliche Eigenschaften seien angegeben:

**P ü n k t l i c h k e i t** - manche, auch gute Lehrer, kommen morgens gern ein wenig zu spät oder im letzten Augenblick; es kann vor dem Unterrichtsbeginn noch plötzlich allerlei zu erledigen sein, was sich vorher nicht übersehen ließ.

**S e l b s t ä n d i g k e i t** : Der Direktor soll gar nicht immer fragen, Berichte an Vorgesetzte oder gleichgeordnete Behörden schreiben, sondern selbst entscheiden, wo irgend es im Rahmen seiner Befugnisse möglich ist.

**K o n s e q u e n z** : Mit gefaßten Beschlüssen ist durchzuhalten, auch wenn man während der Ausführung merkt, daß man es noch hätte besser machen können. Immer wieder auf halbem Wege umkehren und von neuem anfangen bringt Unruhe in den Betrieb. Tradition ist auch in der Schule eine gute Sache.

**U m g ä n g l i c h k e i t** mit Lehrern, Schülern, Eltern, Behörden. Allerdings suaviter in modo, fortiter in re. Man muß auch "Nein" sagen können, wenn auch das "Ja"-sagen leichter ist.

**V e r l ä ß l i c h k e i t** : Nicht mehr versprechen, als man unbedingt halten kann. Lieber weniger zusagen und nachher doch erfüllen.

Ruhig zuhören können, ohne aufzubrausen, selbst wenn es zunächst reichlich viel ist, was einem zugemutet wird. Wenn die Munition verschossen, ist der Gegenangriff nicht mehr schwierig.

...

### Dokument Nr. 24

So wichtig es auch sein mag, welchen Stoff jemand seinen Schülern darbietet und welche Methoden er dabei anwendet, für die Beurteilung eines Lehrers ist letztes Endes nicht das Was und Wie, sondern seine Stellung zum Schüler entscheidend. Wie weit ein Lehrer Erzieher ist, das kann man eigentlich erst beurteilen, wenn man auf sein Wirken sieht, wie es sich nach vielen Jahren offenbart. Denn nicht erzieherische Worte sind entscheidend, sondern die ganze Art, wie sich der Lehrer selbst als Mensch dem Schüler gegenüber gibt. Es braucht gar nicht der scheinbar fehlerlose Mustermensch zu sein, ja der stößt mehr ab, als daß er anregt. Das im einzelnen zu beschreiben, ist unmöglich. Man fühlt es, oder man fühlt es eben nicht.

Lietzmann war ein merkwürdig zurückhaltender Mann, etwas spröde und unbeholfen, aber durchaus nicht gehässig. Lietzmann war sicherlich ein guter Mathematiker, aber menschlich war er schwierig. Sein Hauptinteresse galt seinen Veröffentlichungen. Seine Sekretärin arbeitete praktisch nur für ihn. Als Direktor der Schule hielt er sich sehr abseits. Er kam zwar am Morgen in jeder Pause herauf in das Lehrerzimmer, sonst aber sah man von ihm überhaupt nichts. Ein einziges Mal ist er bei mir im Unterricht gewesen. Hinterher, und das tat er bei allen, keinen Ton! Man bekam nichts aus ihm heraus, wie er zu der Stunde oder zu einem selbst stand. Das wirkte ein wenig abkühlend für das Kollegium.

Taktisch war er geschickt: für die Reden an den NS-Feiertagen wählte er Kollegen aus, die Verbindungen zur Partei oder ihren Gliederungen hatten. So ging er Schwierigkeiten, die von der Seite hätten kommen können, aus dem Wege. Bei solchen Anlässen, aber auch nur bei ihnen, wurde Uniform getragen - von Lehrern wie Schülern. Von jenen, wenn sie eine - wie immer gefärbte - hatten, von diesen, wenn sie irgendeinen Führerrang besaßen. Eine besondere Bedeutung haben wir dem eigentlich nicht beigemessen. Im Gegenteil: im allgemeinen waren wir froh, in der Schule in Zivil erscheinen zu können, weil wir bei den politischen Nebentätigkeiten ohnehin schon bis zum Überdruß in Uniform herumzulaufen hatten. Lietzmann war eigentlich böse, daß ich zu dem SS-Verein gehörte: mußte ich doch 1936, 1937 und 1938 zu den Parteitagen nach Nürnberg und dafür beurlaubt werden. Ich wollte das gar nicht und bat ihn: "Herr Direktor, sagen Sie doch nein!" Aber das wagte er nicht, um sich keine Laus in der Pelz zu setzen. Umgekehrt war die SS-Standarte an ihm wie an der Schule uninteressiert. Es gab im ganzen nur zwei Schüler, die der SS angehörten. Von denen war einer ein Tunichtgut, und Steinbrink bat mich, auf ihn ein Auge zu haben.

Dokument Nr. 26

Tgb. Nr. 97/44

Abschrift!

Der Standortführer HJ.

4. 3. 1944  
Schlageterstr. 23

An den  
Kreisleiter der NSDAP  
Bereichsleiter Dr. Gengler  
Göttingen  
Reinhäuserldstr.

Betr.: Vorfall bei der Aufstellung einer Ehrenformation zu der Beerdigung des Luftwaffenhelfers der HJ, Rottf. Reche.

Bei einem Terrorangriff auf Braunschweig fiel der Rottf. Reche — Schüler der Oberschule für Jungen, Göttingen im Einsatz als Luftwaffenhelfer. Am Mittwoch, den 1. 3. 44, 10.30 Uhr, bekam ich erst Nachricht, dass die Beerdigung am Donnerstag, den 2. 3. 44, 11.15 Uhr, stattfinden sollte.

Gleich nach Erhalt des Bescheides rief ich den Direktor der Oberschule — Herrn Prof. Lietzmann — an u. bat ihn, Jungen der Oberschule, die Angehörige der Hitler-Jugend sind u. gute Winterdienstuniform hätten, für die Ehrenformation der Hitler-Jugend freizugeben.

Herr Prof. Lietzmann lehnte dieses mit der Begründung ab, dass die Jungen mit ihren Klassen geschlossen an der Beerdigung teilnehmen müssten, u. zwar als Schüler der Oberschule in Zivil. Auf mein Bemerken, der Junge sei doch als Hitler-Junge gefallen, bekam ich die Antwort: im Falle HJ-Schule ginge stets die Schule vor. Im übrigen sei R. nicht als Hitler-Junge, sondern als Schüler gefallen. Er selbst habe die Jungen in Braunschweig als Leiter der Oberschule besucht. Es würden ja auch verschiedene Abordnungen mitgehen, die Wehrmacht, die Luftwaffenhelfer u. die Partei, da müsste die Schule schon geschlossen auftreten. Hier auf sagte ich, dass ich mich mit der Bitte, Schüler in Uniform zu nehmen, an ihn gewandt hätte, da Reche ja gerade Schüler seiner Anstalt gewesen sei u. die Benachrichtigung durch die Schule doch einfacher wäre, da Berufstätige hierfür doch schlecht frei bekommen würden.

Herr Prof. Lietzmann lehnte hierauf meine Bitte kurz ab u. sagte mir, ich könne doch genau so gut Schüler der Mittelschule oder des Gymnasiums nehmen.

Stempel

Heil Hitler!  
gez. Wagner  
Gefolgschaftsführer

Vorfall bei der Beerdigung des Luftwaffenhelfers Reche.

Der Schüler der 6. Klasse, Wolfgang Harald Reche, ist seit dem 7. 12. 1943 im Gebiet von Braunschweig als Luftwaffenhelfer eingesetzt. Luftwaffenhelfer unterstehen auch weiter schulisch ihrer Stammaanstalt. Sie werden von Lehrern der Stammaanstalt betreut. Die für sie ausgestellten Zeugnisse dienen dem Direktor der Stammaanstalt als Unterlage dafür, ob er Versetzungen, Reifebescheinigungen aussprechen kann. Unter diesen Umständen habe ich es für meine Pflicht gehalten, mich ständig auf Grund der Berichte der Schüler, die auf Urlaub nach Göttingen kämen, und der Betreuungslehrer über die LwH auf dem laufenden zu halten. Ich bin dann auch in den Einsatzstellen der Jungen gewesen, habe mich nicht nur von ihrer schulischen Betreuung, sondern auch von ihrem militärischen Einsatz — dabei entscheidend von den militärischen Dienststellen unterstützt — unterrichtet. Die Schule steht also mit den LwH auch während ihres Einsatzes in engster Berührung. Die LwH sind Schüler. Meines Wissens ist eine Betreuung durch die HJ in der gleichen Zeit nicht erfolgt.

Als ich Nachricht von dem Termin der Beisetzung von Reche auf dem Ehrenfriedhof in Göttingen mit militärischen Ehren erhielt, habe ich im Einverständnis mit dem Lehrerkollegium angeordnet, daß die Klassen 4 bis 7 sich an der Beisetzung beteiligen. Am Tage vor der Beisetzung erhielt ich dann einen Anruf aus der Bannleitung und zwar nicht vom Bannführer selbst. Ich wurde ersucht, so wie es in dem Schreiben von Herrn Wagner ausgeführt ist, auf den Einsatz der Schule zu verzichten und dafür die Schüler für die HJ zur Verfügung zu stellen. Ich habe versucht, dem Sprecher am Telefon meinen Standpunkt klarzumachen. Daß ich dabei gesagt habe: „Im Falle HJ—Schule geht stets die Schule vor“, trifft nicht zu, das wäre auch sinnlos, denn alle Erfahrungen sprechen dagegen. Dagegen habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß ich die Beteiligung der HJ an der Beisetzung meinerseits für dringend erwünscht hielt. Nur war es der ausdrücklich mir von der Klasse des Reche durch ihren Klassenlehrer Studienrat Henze übermittelte Wunsch als Klasse bei der Beisetzung zugegen zu sein.

Kurze Zeit darauf rief mich der Kreisleiter an. Ich habe ihm meinen Standpunkt in der Angelegenheit auseinandergesetzt. Da er ihn nicht teilte, mir auch sagte, daß er inzwischen mit dem Oberbürgermeister gesprochen habe, sagte ich ihm, daß die Anordnung des Hoheitsträgers der Partei selbstverständlich für mich Befehl sei und daß ich deshalb meine Anordnung über die Beteiligung der Schüler rückgängig machen werde.

Kurze Zeit darauf rief mich der Oberbürgermeister an. Ich setzte auch ihm meine Ansicht auseinander. Er gab mir deutlich zu verstehen, daß er diese Ansicht durchaus begreiflich fände und bat mich, jedenfalls im Namen der Schule am Grabe zu sprechen.

Am Grabe selbst erbot sich in liebenswerter Weise der Offizier, der die Abordnung der LwH führte, die Kränze der Schule und der früheren Klasse von Reche durch LwH tragen zu lassen. Ich habe dann dem Vertreter des Kreisleiters bei der Beisetzung gesagt, daß ich auf Wunsch des Oberbürgermeisters am Grabe für die Schule einige Worte sagen werde. Im übrigen bemerkte ich, daß eine Anzahl von Schülern, die von der HJ nicht erfaßt waren, ihrerseits an der Beisetzung teilnahmen. Am Grabe habe ich dann über unseren Schulkameraden, nachdem die anderen Vertreter gesprochen hatten, ein paar Worte gesagt.

Als mich die Eltern einige Tage danach aufsuchten, haben sie mir dafür ihren besonderen Dank ausgesprochen.

*Zusatzbemerkung am 26. 5. 1944 (handschriftlich).*  
Bei einer HJ-Veranst., bei der der Gauleiter erst auf d. Hofe d. Schule die angetretenen HJ u. BDM besichtigte u. dann in der Aula sprach, teilte mir der Bannführer, der mich zu dem Vortrag vorher eingeladen hat, kurz vor diesem mit: „Der Gauleiter wünscht nur HJ zu sehen.“  
Am heutigen Tage teilt mir dazu der Bannführer (dazu) ergänzend mit: Den Auftrag, mir das mitzuteilen, habe er vom Gauleiter erhalten, nachdem der Kreisleiter diesem den oben behandelten Vorfall mitgeteilt habe.

Göttingen, den 10. September 1944

An  
Herrn Regierungspräsident Dr. Binding

Hildesheim

P e r s ö n l i c h !

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident!

Nachstehende Mitteilungen mache ich Ihnen nicht, weil ich mit den Dingen hier nicht allein fertig werde. Ich berichte Ihnen persönlich diese Angelegenheiten, weil ich weiß, daß die Partei in umgekehrten Fällen, wenn sie glaubt, an der Stadtverwaltung etwas aussetzen zu müssen, in jedem Falle dem Gauleiter berichtet, trotzdem die Dinge in eigener Verantwortung erledigt werden könnten.

Am 7. 9. mußte die Kreisleitung auf Anordnung des Gauleiters rund 100 Mann und rund 120 Schüler zu den Schanzarbeiten an der holländischen Grenze namhaft machen. Ich als Leiter der Ortspolizeibehörde mußte die Notdienstverpflichtung aussprechen. Der Kreisleiter hat am 7. 9. abends die Ortsgruppenleiter zusammengerufen, um die Namen festzustellen. Die Ortsgruppenleiter kamen in der Zeit von 22 - 23 Uhr auf das Rathaus, um auf meinem Büro die Namen anzugeben. Hier wurden die Formulare ausgestellt und den Ortsgruppenleitern mitgegeben. Die Notdienstverpflichteten mußten sich am nächsten Morgen um 8 Uhr melden.

...

Es ist merkwürdig, daß von den rund 100 zur Schanzarbeit herangezogenen Einwohnern 11 Gefolgschaftsmitglieder der Stadt und 2 Lehrer gestellt werden mußten.

[Durchschlag - ohne Unterschrift]

Studienrat Willi Rehkopf, geb. 28.4.1892,  
ist von mir als Betreuungslehrer der von der Oberschule für  
Jungen in Göttingen nach dem Westen abgeordneten Schüler  
eingesetzt.



Prof. Dr. *Lietzmann*

Oberstudiendirektor

Göttingen, 7. September 1944.

Der Oberbürgermeister  
als Ortschaftspolizeibehörde.

Göttingen, am 6. September 1944.

Heranziehung zum kurzfristigen Notdienst.

An

Herrn Georg Künemund . . . . .

G ö t t i n g e n

Ewaldstr. 4 . . . . .

Sie werden hiermit gemäß § 1 der Notdienstverordnung vom 15. Oktober 1938 (RGl.I S. 1441) zum kurzfristigen Notdienst herangezogen und auf Grund des § 2 Abs.1 der Ersten Durchführungsverordnung zur Notdienstverordnung vom 15. September 1939 (RGl.I S. 1775) einer noch bekanntzugebenden Stelle zur Dienstleistung zugewiesen. Sie haben sich am Donnerstag, dem 7. September 1944, morgens 8 Uhr, im Stadtpark zur Entgegennahme weiterer Anweisungen einzufinden.

Diese Beorderung und Ihre <sup>G. J. Griebner</sup> ~~Mitbringspapiere~~ haben Sie mitzubringen und der Stelle, der Sie zur Dienstleistung zugewiesen sind, vorzulegen.

Die Nichtbefolgung dieser Beorderung wird nach den gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

gez. Gnade. /



Beglaubigt:

Polizeiinspektor.

1944 wurden die Fünfzehnjährigen nach Holland geschickt. Es waren etwa 130 Schüler, von unserer Schule etwas über 60, das Gymnasium hatte 26 und die Mittelschule hatte 50. Da wurden als Begleitung Leute ausgesucht, die der Partei wegen ihrer kirchlichen Einstellung nicht sehr genehm waren. Auch ich war dabei. Wir wurden hier am Bahnhof verabschiedet. (Frage: Wer machte das?) Der Kreisleiter Gengler. Dann wurde uns gesagt: "Ihr geht dorthin und leistet schöne Arbeit. Ihr braucht nichts mitzunehmen, keine Lebensmittelkarten. Ihr werdet gut gepflegt, und es wird ausreichend für Euch gesorgt." Damals hatte Lietzmann mich gebeten, die Jungen wirklich zu betreuen.

Während der Fahrt - sie dauerte einige Tage - haben wir keinerlei Verpflegung erhalten. Dann kamen wir in Holland an, obwohl uns vorher versprochen worden war, wir kämen nicht in Feindesland. Wir wurden an drei verschiedenen Orten ausgeladen. Am ersten Ort meldete ich mich, und da sagten die: "Nein, Hitler-Jungen haben wir nichts zu sagen." An der zweiten Stelle erhielt ich die gleiche Antwort. An der letzten Stelle stiegen wir dann alle aus, und ich meldete zum drittenmal 130 Hitler-Jungen. "Haben wir keine Verfügung drüber!" war wieder die Antwort. Da bin ich zum Zugführer gerannt und habe ihn gefragt, wo er hinführe. "Nach Arnheim." Daraufhin sagte ich ihm, daß wir weiter mitwollten. Die 130 Schüler setzten sich wieder in den Zug, und in Arnheim sind wir dann ausgestiegen.

Wir sollten mehrere Tage da bleiben und uns ausruhen. Aber bereits am nächsten Mittag erhielten wir plötzlich einen Abmarschbefehl und kamen nach Doesburg. Da war eine Gruppe vom Arbeitsdienst, und von der erhielten wir zum erstenmal vernünftige Verpflegung. Wir wurden in einer Schule untergebracht und lagen dort auf Stroh. Dann wurden die Jungen alle eingekleidet, weiße Drillichanzüge, die man später umarbeiten konnte. Wir bekamen eine sehr erfreuliche Beschäftigung. Die Jungen haben an den Straßen Einmannlöcher graben müssen. Weil die klein sind, konnten die Jungen sie ausheben.

Das dauerte einige Tage. Wir wurden immer mehr, weil auch noch von anderen Schulen Schüler kamen. Wir waren schließlich etwa fünfhundert Menschen. Als die Löcher fertiggestellt waren, mußten die Jungen zusammen mit SA-Leuten einen großen Graben ausheben. Der sollte zur Panzerabwehr dienen.

Eines Tages, als die Jungen draußen beim Schanzen waren, erschienen plötzlich zwei Offiziere, mit roten Streifen an den Hosen, also vom Generalstab, und sagten, sie kämen im Auftrag von General Hoßbach, um sich hier einmal umzusehen. Hoßbachs jüngerer Sohn war mit unter den Jungen, und sie baten mich, ob sie nicht hinausfahren könnten. Der Sohn Hoßbachs fuhr mit zu einer Dienststelle und telefonierte mit seinem Vater. (Frage: Was hat Hoßbach nach diesem Telefongespräch getan?) Er hat sich beim Innenminister Himmler über den Zustand des Lagers und darüber beschwert, daß die Jungen gewissermaßen an der Front eingesetzt wurden.

Der Innenminister gab die Sache an den Gauleiter weiter und dieser wieder an den Kreisleiter. Sie bekamen alle einen auf den Hut. Der Befehl traf ein, die Jungen herauszuziehen. Unsere Sachen wurden auf einen Lastwagen verladen, damit wir nicht so viel Gepäck hatten und ganz leicht marschieren konnten. Wir marschierten die ganze Nacht zurück und kamen gegen Morgen an die deutsche Grenze, wo wir zum erstenmal gepflegt wurden. Nach einem weiteren Marsch erreichten wir die erste deutsche Station. Dann wurden wir zurückgefahren und durchquerten das Industriegebiet. Überall sahen wir die Brände, die Bomben fielen. Wir kamen aber gut durch bis nach Elze. Von dort konnten wir uns in Göttingen telefonisch ansagen. Alle Jungen kamen heil in Göttingen an. Ich war heilfroh, die Jungen endlich wieder zu Hause zu

haben. Unterwegs hatte uns ein Hitler-Jugendführer nochmals dazu bewegen wollen, uns woanders noch einmal einsetzen zu lassen. Es hatten aber alle die Nase voll.

Ich ging am nächsten Tag in unsere Schule. Es waren zu der Zeit noch Ferien. Ich traf den Kollegen Baustaedt, der mir erzählte, daß mein Briefwechsel beschlagnahmt worden sei. Ich war von Lietzmann aufgefordert worden, die Jungen gut zu betreuen und alles zu schreiben, was passierte. Ich habe ihm dann auch von den Geschehnissen in Holland berichtet. Diese Briefe waren beschlagnahmt worden. Ich bin schnell nach Hause gelaufen und habe alles belastende Material vernichtet, damit die Kriminalpolizei, falls sie käme, nichts fände.

Der Kreisleiter kam dann in die Schule, in die er uns beordert hatte, weil die Jungen Mordsgeschichten von ihren Erlebnissen in Holland erzählt hatten. Er sagte ihnen, daß das keine Beutefahrt gewesen sei und sie alle Sachen, die sie auf der Fahrt erhalten hätten, am Nachmittag in die Schule zu bringen hätten. Es ist natürlich nichts dorthin gebracht worden. Die Jungen dachten gar nicht daran, all die schönen Sachen wieder herzugeben.

Dokument Nr. 32

In Göttingen kursierten nach unserer Rückkehr die tollsten Gerüchte: was wir alles durchgemacht hätten, knapp dem Tode entronnen usw. Das Ganze wurde durch die Zeitungs- und Rundfunkberichte über Arnheim noch angeheizt. Dabei waren nicht einmal wir es, die das alles dramatisierten, sondern die zurückgebliebenen Klassenkameraden und die Eltern. Das nahm solche Formen an, daß wir ganz kurzfristig zu einer Versammlung in die Aula unserer Schule gerufen wurden. Der HJ-Bann hatte das in die Hand genommen. Auch die Arnheim-Fahrer vom Gymnasium und von der Mittelschule mußten erscheinen. Dann traten Gengler und der HJ-Führer Goldmann auf - Prof. Lietzmann war auch dabei. Goldmann meldete die Versammelten dem Gengler. Der hat uns eine Standpauke gehalten, die ziemlich ausführlich war, mit dem üblichen Brimborium vom Endsieg, dem Glauben an den Führer usw. garniert. Er beschwerte sich über die Gerüchte, die durch Göttingen schwirrten, und wir mußten ihm zugestehen, daß an ihnen viel zutraf. Zum Schluß sagte er sinngemäß: "Damit Ihr wißt, daß ich so etwas nicht durchgehen lasse, verweigere ich Euch die Verleihung des 'Westwall-Ordens'." Er hieß eigentlich anders, aber wir nannten ihn so. Den gab es seit 1938. Er hatte ein gelb-weißes Band, das wie das EK II getragen wurde. Die Hann. Mündener und die Northeimer Schüler haben den Orden bekommen. Mit dieser Verweigerung hatte Gengler bei uns verspielt. Aber es war sinnlos, sich gegen seine Strafe aufzulehnen. Die Gerüchtewelle wurde allerdings durch seine Verdonnerung gestoppt.

## Alfred Schaefer, Walter Uhlmann, Edu Wald, Bodo Gerstenberg: Die Widerstandskämpfer im Zuchthaus Brandenburg-Görden in den Jahren 1933—1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/80, S. 3—32

Der deutsche Widerstand, der in der DDR fast ausschließlich der moskautreuen KPD zugeordnet wird, wies in Wirklichkeit ein vielfältiges Spektrum auf. Viele kleine oder neu entstandene Gruppen wurden ebenso bedeutsam wie die Überreste der nun verbotenen Massenparteien der Weimarer Republik. Überhaupt trat die Parteizugehörigkeit des einzelnen zurück hinter die allgemeine Solidarität im Kampf um die Wiederherstellung der Menschenrechte.

Der durch Aufrechterhaltung oppositioneller Organisationen und Herstellung von Aufklärungsmaterial in der Illegalität geführte Kampf endete nicht mit der Verhaftung des „Hochverrätters“, sondern fand im Gestapoverhör und in der Gerichtsverhandlung seinen Höhepunkt. Er wurde im Zuchthaus fortgesetzt.

Für Berlin-Brandenburg war die „moderne“ Strafanstalt Brandenburg-Görden zuständig, wohin aber auch Verurteilte aus allen Teilen des Reiches „verbracht“ wurden. Die bürokratische Ordnung des staatlichen Strafvollzuges unterschied sich zwar von dem regellosen Terror des Konzentrationslagers, doch konnte jederzeit die Gestapo in diese Ordnung eingreifen, um einen Insassen unter Druck zu setzen und ihn nach Verbüßung der Strafe einem Konzentrationslager zu „überstellen“.

Daß die unter schweren Haftbedingungen geführten politischen Diskussionen von einer KPD-Zentrale linientreu geleitet wurden, ist eine der Legenden, an denen das in der DDR erschienene Buch „Gesprengte Fesseln“ reich ist. Es ist auch reich an Auslassungen. So werden die Widerstandskämpfer der oppositionellen Kommunisten Uhlmann und Havemann verschwiegen, ebenso die des Gewerkschaftlers Edu Wald und die des von der Schwarzen Front herkommenden Antifaschisten Bodo Gerstenberg. Ihre Berichte werden hier zum erstenmal veröffentlicht. Vor allem aber wird vieler fast vergessener, zum Tode Verurteilter, gedacht, der Märtyrer, deren Leben in der „Henkergarage“ des Zuchthauses Brandenburg-Görden unter dem Fallbeil endete.

Das Gedenken an die Opfer ist ein Stück Einheit der gespaltenen Nation.

## Ulrich Poppow: Schulalltag im Dritten Reich. Fallstudie über ein Göttinger Gymnasium

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/80, S. 33—69

Die Zeitgeschichtsforschung hat die Frage der Jugenderziehung im Dritten Reich bisher fast ausschließlich von „oben“ her gesehen: von den Gesetzen, Erlassen und Verfügungen, mit denen die obersten Partei- und Staatsverantwortlichen über Mittelstufen hinweg die verschiedenen Erziehungsinstanzen an der Basis „überschütteten“. Das Bild einer totalen Indoktrinierung und „Erfassung“ der Jugend täuscht jedoch: aus der Perspektive der betroffenen Jugendlichen, ihrer Führer und Erzieher betrachtet, wird es „rissig“ und erhält erhebliche „Verwerfungen“. Die nationalsozialistische Herrschaftsdurchsetzung stieß auch in diesem Bereich auf Resistenz, auf noch begrenzt eigenständige Institutionen und gewachsene Verhaltensnormen, die sich nicht widerstandslos gleichschalten ließen. Mit Recht hat deshalb Martin Broszat gefordert, „die Wirkungsgeschichte des NS-Regimes ‚von unten‘, von der sozialen Basis her zu dokumentieren“.

Das geschieht hier am Beispiel einer Oberrealschule (später: Oberschule für Jungen) einer deutschen Mittelstadt. Das heutige Felix-Klein-Gymnasium in Göttingen wird in das Spannungsfeld von zentraler Reglementierung und regionaler politischer Machtaufspaltung — Kompetenzenrangelei zwischen der Stadt als Schulträger und der Kreisleitung wie den NS-Gliederungen als „Garanten der neuen Zeit“ —, in den Schnittpunkt von diffusem Elternwillen und erzieherischem Impetus der Lehrerschaft und des Direktors gestellt. Äußerlich gedeckt durch die Mitgliedschaft vieler Lehrer in der Partei und ihren Gliederungen, wehrte sich die Schule gegen Flügelleien von HJ-Führer-Schülern, schützte ihre jüdischen Schüler, stand zu einem aus politischen Gründen amtsenthobenen Kollegen, zögerte trotz mancher ideologischen Konzessionen die Einführung neuer, NS-orientierter Lehrpläne und Lehrbücher hinaus, lehnte den Beitritt zur Nordischen Gesellschaft des Rassekundlers Günther ab, versagte ferner den NS-Gliederungen die Nutzung schulischer Einrichtungen und protestierte gegen die Entfernung eines Bildes der verfeimten Käthe Kollwitz aus einer Schulausstellung. Im Kriege wehrte sie den Kontakt zu ihren ehemaligen Schülern, befreite die zum Luftwaffenhelfereinsatz kommandierten Soldaten-Schüler und holte die zu einem Schanz-Einsatz in das Frontgebiet von Arnheim deportierten Schüler zurück. Sie ließ sich durch Parteidekrete maßregeln, nicht aber in ihrer pädagogisch bestimmten Lehrer-Schüler-Einheit aufspalten, d. h. gleichschalten. Als ruhender Pol in diesem Kampf um erzieherische Selbstbehauptung, um Wahrung einer elementaren humanitas, erwies sich ein überragender Schulleiter.